Heft 174
Ausgabe 6 | 2009

ISSN 0170-461
K 53 61
5,00 Euro

spw

„Das wird unser Jahrzehnt“

Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl

Daniel Gardemin, Heiko Geiling
Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD

Felix Butzlaff, Oliver Nachtwey
Die Sozialdemokratie am Scheideweg

Benjamin Mikfeld
Die neue (sozial-)demokratische Frage

Interview mit Björn Böhning
Nur wer die Entscheidungen der Partei mitbestimmt, wird diese verteidigen

Kurzum | von Thomas Westphal

Dies ist kein Aufruf zur Erneuerung der SPD! Davon gibt es schon genug. Mittelmäßige obendrein. Einmal abgesehen davon, dass ein Aufruf zur Erneuerung eine surreale Vorstellung ist. So als könne man jemanden, der in einem katastrophalen Zustand ist, der sich selbst aufgegeben zu haben scheint, der keine Anzeichen von Eigenantrieb und Selbstverantwortung zeigt, der Veränderungen um sich herum nicht wahrnehmen will, als könne man dem mal eben so zurufen:

„Verändere Dich. Los, steh auf und erneuere Dich selbst! Wer sich nicht verändert geht unter!“

Kurzum: Fossilisierung, Trägheit und Organisationssklerose lässt sich nicht mit Aufrufen heilen.

Ich empfehle in diesen Tagen daher allen Beteiligten in der SPD so etwas wie eine analytische Einkehr. Wer jetzt mit dem Vorschlaghammer philosophiert, einfache Formeln über Rente mit 67, Hartz IV und Öffnung zur Linkspartei entwirft, der kehrt nicht die Partei und ihre Leitlinien um, sondern nur das interne Vorzeichen für eine weiterhin oberflächliche, identitätslose und zukunftsbefreite SPD.

Die deutsche Sozialdemokratie, einst als Modernisierer der Kohl-Gesellschaft angetreten, hat den Anschluss an den Wandel der gesellschaftlichen Realität verloren. Die Kreuzung aus Massenpartei und Staatspartei ist einseitig zugunsten der Technokraten in den Staatsapparaten aufgelöst worden. Der SPD als Parteiorganisation fehlen 15 Jahre im Verständnis von Wandlungen im System der Marktnetzwerke, Arbeit, Individualität und politischer Identität.

Kurzum: Der Weg zur neuen SPD führt nur über eine moderne, klassenbewusste SPD!

Thomas Westphal, ist Diplom-Volkswirt und spw- Mitherausgeber. Er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

Dieses Unverständnis über gesellschaftliche Zusammenhänge, über Veränderungen im Markt-und Produktionsregime der deutschen Gesellschaft wurde in der Reaktion auf die weltweite Finanzkrise manifest. Die Staatstechnokraten reagierten mit Beschwichtigungen und röchelten der Krisenentwicklung hinterher. Die Partei als Orientierungsgeber in der Krise entfiel vollständig. Das Hamburger Grundsatzprogramm, teilt das Schicksal des Görlitzer Programms von 1921. In der Hektik auf die kurzfristigen Anforderungen des politischen Zeitgeistes und in der Abgrenzung zur linken politischen Konkurrenz geschrieben, wird es nie mehr als eine Episode ohne Ausstrahlungs- und Anziehungskraft sein.

Der Kern jeder weiteren Erneuerungsarbeit ist der Versuch wieder eine Perspektive des sozialen Aufstiegs zu erzeugen. Aus den neuen Milieubeschreibungen der führenden Institute ist das klassische Aufsteigermilieu früherer Tage bereits verschwunden. Aufgelöst in der bürgerlichen Mitte und den so genannten „modernen Performern“ (Westerwelle lässt grüßen). Aus der Hoffnung des Aufstiegs für viele, ist die Angst des Abstiegs für alle geworden.

Kurzum: Die Erneuerung der SPD wird nicht billig. Mit der flatternden Fahne der sozialen Gerechtigkeit ist es nicht getan. Es geht um nichts weniger als um neue Hegemonie. Um eine neue Positionierung der Partei in den sich wandelnden Milieus des flexiblen Kapitalismus. ■

Inhalt

■ Meinung

Bürgerliche Bürgerversicherung:
Werden Kranken- und Pflegekassen privat? | Felix Welti 4

Für eine Dezentralisierung der Energieversorgung
| Ralf-M. Marquardt 5

Aufbruch aus dem Desaster? | Inge Wettig-Danielmeier 6

Nur wer die Entscheidungen der Partei mitbestimmt,
wird diese verteidigen | Interview mit Björn Böhning 7

■ ■ Im Fokus: „Das wird unser Jahrzehnt“ – Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl

Einleitung zum Schwerpunkt
| Kai Burmeister, Thilo Scholle und Stefan Stache 9

Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD. Zum Ergebnis
der Bundestagswahl 2009 | Daniel Gardemin und Heiko Geiling 14

Die Sozialdemokratie am Scheideweg
| Felix Butzlaff und Oliver Nachtwey 23

Die neue (sozial-)demokratische Frage | Benjamin Mikfeld 30

In die Zukunft gedacht? Zur Rolle und Bedeutung von Think Tanks
bei der inhaltlichen Erneuerung der SPD | Sonja Profittlich 35

Sammelrezension:
Krise der SPD, Krise der Volksparteien, Krise der Demokratie?
| Thilo Scholle 39

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Moralinsauer | Gesa Rünker 45

Unternehmenssteuern und Konjunktur | Arne Heise 46

Braune Revolution?
Die Debatten über Sozialstaat und NS-Politik | Sascha Howind 48

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Nachruf auf Ulrich Zachert | Kai Burmeister und Felix Welti 52

Dokumentation; Richtung bestimmen! Ein Aufruf
| Andreas Bach, Kai Burmeister, Hans-Joachim Olczyk, Eckhart Seidel und Stefan Stache 53

Meldungen: 20 Jahre spw-Förderverein Jubiläumstagung,
Kampagne www.starkebasis.de 57

5 Fragen an...Christina Ujma 58

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Telefon 030 - 4 69 22 35
Telefax 030 - 4 69 22 37
redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sieben Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461 - K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2009.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:
www.photocase.de; © luxuz::.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, November 2009

Bürgerliche Bürgerversicherung: Werden Kranken- und Pflegekassen privat?

von Felix Welti

Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP bringt nur wenige klare Aussichten auf Themen und Konflikte der nächsten Jahre. Bei Gesundheit und Pflege ist jedoch erkennbar, dass der Versicherungsschutz privatisiert werden könnte:

Für die Krankenversicherung wird „langfristig" eine Ordnung mit „mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommens-unabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden" angestrebt. Das bedeutet einen kopfpauschalen, von Kasse zu Kasse verschiedenen Beitrag und Ausgleich aus Steuermitteln, entweder an die Kasse oder an die Versicherten. Dies erinnert an die niederländischen Reformen, bei denen Krankenkassen privatisiert wurden. Werden sozialer Ausgleich und Auftrag herausgelöst, bleibt eine Versicherung, die auch private Unternehmen mit Gewinn durchführen können. Das europäische Wettbewerbsrecht könnte die Öffnung des neu eröffneten Marktes für Privatversicherungen erzwingen und zugleich Kartelle im Verhältnis zur Pharmaindustrie und den Krankenhäusern verbieten, was bisher mit Hinweis auf den solidarischen und nicht gewinnorientierten Charakter der Krankenkassen unterblieben ist.

Eine so privatisierte Krankenversicherung wird kaum effizienter. Die Leistungsanbieter werden gegen eine Vielzahl von Kassen eher höhere Preise durchsetzen. Mehr Marketing und fehlende Transparenz werden einen Preis kosten: beim Beitrag oder bei der Qualität. Privater ist hier teuer – siehe USA. Wie ein staatlicher Sozialausgleich ohne Steuererhöhungen und mit Schuldenbremse bezahlt werden soll, ist unklar – wenn nicht Druck auf das Leistungsniveau ausgeübt werden soll. Als kurzfristiges Geschenk an die Privatversicherung genügt es zudem wieder, in einem Jahr die Pflichtversicherungsgrenze zu überschreiten, um in die private Versicherung zu wechseln. Und mit den Zusatzbeiträgen wird die Logik der Kopfpauschale schon jetzt etabliert.

In der Pflegeversicherung soll neben die bestehenden sozialen Kassen die Pflicht zur kapitalgedeckten Zusatzversicherung treten: verpflichtende soziale Vorsorge als neues Geschäftsfeld der angeschlagenen Finanzbranche. Kapitalisierung kann aber einen demografisch bedingt höheren Bedarf an Pflegeleistungen nicht besser sichern und finanzieren. Pflegen und das Geld für Pflege aufbringen muss immer die jeweils junge Generation. In der Sozialversicherung geht das paritätisch, solidarisch und sicher, bei Kapitaldeckung muss das gesammelte Kapital durch die Arbeit der Jungen Zinsen tragen, wenn es nicht durch riskante Geschäfte verschwunden ist. Darf das nicht geschehen, wird die Finanzbranche immer noch stärker staatlich garantiert.

Diese Pläne sollen zunächst durch Kommissionen beraten werden. Opposition, Gewerkschaften und Sozialverbände werden im kommenden Jahr herausarbeiten müssen, dass es um eine Systementscheidung geht, die umverteilen würde und zugleich gemeinwirtschaftliche Elemente des Gesundheitswesens bedroht. Dafür muss es weder in der Bevölkerung noch in Bundestag und Bundesrat eine Mehrheit geben. ■

Für eine Dezentralisierung der Energieversorgung

von Ralf-M. Marquardt

Dr. rer. pol. Ralf-M. Marquardt ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Quantitative Methoden an der FH Gelsenkirchen

Foto: privat

Die deutsche Energieversorgung ist mit ihren Großkraftwerken durch eine starke Zentralisierung geprägt. Da aber bis 2020 wegen ihrer Veralterung selbst bei verlängerten AKW-Laufzeiten ohnehin gut die Hälfte der Stromerzeugungskapazitäten ersetzt werden muss, bietet sich die Chance, diese Strukturen aufzubrechen. Dabei geht es vorerst nicht um eine komplette Verdrängung zentraler Anlagen, sondern um eine ausgewogenere Angebotslandschaft.

Ein forcierter verbrauchernaher Kraftwerkszubau in vielen kleinen Anlagen hätte in jedem Fall große Vorteile. Zum einen resultieren sie unmittelbar aus der regionalen Verortung. Diese bedeutet zunächst einmal mehr Autarkie. Strom und Wärme können vor Ort bedarfsgenau von Stadtwerken, von gewerblichen Betreibern oder von energieintensiven Industrieunternehmen erzeugt werden und müssen – abgesehen von Engpassphasen – nicht mehr von Dritten bezogen werden. Gewinne bzw. Einsparungen kommen unmittelbar den regionalen Abnehmern oder den öffentlichen Aufgaben zugute, was auch dazu beitragen könnte, Ausbauwiderstände leichter zu überwinden. Überdies nehmen die Möglichkeiten eines Lastenmanagements zu: eine automatische Koppelung des Ein- und Abschaltens von zeitlich flexiblen, energieintensiven Anlagen an die jeweilige Auslastung der Erzeugungsanlagen lässt sich bei einer regional verankerten Infrastruktur leichter bewerkstelligen. Zudem ergeben sich durch das Heranrücken der Anbieter an die Abnehmer Anknüpfungspunkte für weitere Energiedienstleistungen. Darüber hinaus können die neuen Energieproduzenten den Markt der oligopolistischen Energieriesen aufmischen, den Stromhandel zum Teil erübrigen und auf diesem Weg auch den Einfluss der Strombörsen und Spekulanten verringern. Des Weiteren tragen dezentralere Strukturen bei obendrein reduziertem Netzumfang und geringeren entfernungsbedingten Durchleitungsverlusten zu mehr Versorgungssicherheit bei: der Ausfall einer kleinen Anlage betrifft nicht nur weniger Verbraucher, sondern kann bei entsprechender Vernetzung auch leichter aufgefangen werden.

Zum anderen ergeben sich die Vorzüge auch aus den mit einer dezentralen Versorgung verbundenen Erzeugungsanlagen. Im Fokus stehen – abgesehen von den lokal konzentrierten großen Offshore-Windparks – die Erneuerbaren Energien (EE) und die Kraftwärmekoppelung (KWK). Während die EE zum Teil mit kostenlosen Primärenergieträgern betrieben werden können, kaum bzw. keine Entsorgungs- und Kühlwasserprobleme aufweisen sowie überaus umweltfreundlich und auch langfristig verfügbar sind, besticht die KWK durch die Effizienz und damit durch die Umweltfreundlichkeit bei der gleichzeitigen Bereitstellung von Strom und (insbesondere Nah- sowie Prozess-)Wärme. Das Potenzial für diese zuverlässigen und flexibel steuerbaren Kraftwerke ist gerade in Ballungsräumen groß.

Die Politik wäre daher gut beraten, die Dezentralisierung auch über die Erzeugungsanlagen weiter und stärker zu unterstützen. Widerstände oder Zaudern von Seiten der Energiegiganten sollten dabei eher als eine Bestätigung für diesen Weg aufgefasst werden. ■

Aufbruch aus dem Desaster?

von Inge Wettig-Danielmeier

Inge Wettig-Danielmeier war von 1991 bis 2007 Schatzmeisterin der SPD und von 1981-1992 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) in der SPD Seit 25 Jahren ist sie Mitglied des Parteivorstandes.

Foto: privat

Der 27. September bleibt für die SPD ein Tag der negativen Superlative: Noch nie hat sie in ihrer 146jährigen Geschichte innerhalb einer Wahlperiode so viele WählerInnen verloren; war sie so schwach im Bundestag vertreten; verloren wir so viele Wahlkreise; waren wir in den Großstädten so schwach; verloren wir in Hamburg Wahlkreise und errangen in München kein Direktmandat; waren wir so schwach in Bayern und Baden-Württemberg. Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Als ich vor 50 Jahren in die SPD eintrat, hatte die SPD zum dritten Mal eine Bundestagswahl verloren. Auf hohem Niveau, denn sie hatte 3 Prozent hinzugewonnen, trotzdem war die CDU/CSU die große Wahlsiegerin. Die Konsequenzen der SPD-Führung waren umfassend, sie ordnete ihre Führung neu und legte diese Ergebnisse zu Struktur und Personal nach einem halben Jahr 1958 dem Parteitag zur Abstimmung vor, und zwei Jahre später beschloss sie in Bad Godesberg ihr neues Programm. Ich fand dieses Vorgehen so ermutigend, dass ich mich zur Mitarbeit entschloss.

Was motiviert bei den Aktionen seit dem 27. September zur Mitarbeit? Unaufschiebbar war nur die Wahl einer engeren Fraktionsführung, denn eine neue Fraktion muss handlungsfähig werden. Musste alles andere auch so schnell gehen, musste wirklich auf jeden Ansatz zu einer sorgfältigen Analyse verzichtet werden? Es ist sicher richtig, dass wir unser Verhältnis zu *Die Linke* enttabuisieren, doch für die Neubestimmung unserer Politik ist das deutlich zu wenig. Schmeißen wir elf Jahre Regierung in die Mülltonne und erklären das meiste oder alles für falsch, was erste Erklärungen andeuten? Wird dabei Gerhard Schröder zu einem zweiten Hermann Müller, dem ungeliebten und vergessenen Kanzler aus der SPD? Was heißt denn, *„wir müssen um die Mitte kämpfen"* oder *„wir dürfen nicht zu einer Klientelpartei werden"* präzise? Aus dem Wahlergebnis herauslesbar ist nur, dass wir in keiner Gruppe der Gesellschaft über eine Mehrheit verfügen. Eine Zukunftsstrategie wird also dort ansetzen müssen, wo auf der politischen Tradition der SPD aufbauend erneut Mehrheiten zu gewinnen sind. Erkennen, was geschehen ist und vorbereiten, was geschehen muss, benötigt jedoch Zeit.

Ein Neuanfang verlangt nach Organisation, die das Willy-Brandt-Haus nicht im notwendigen Umfang leisten kann. Die acht Vorsitzendenwechsel seit Hans-Jochen Vogel und die damit verbundenen Personalrotationen haben Spuren hinterlassen. Auch der 1999 eingeführte Generalsekretär konnte, außer von Franz Müntefering, von keinem seiner drei Nachfolger im gewollten Auftrag ausgefüllt werden. Was noch schwerer wiegt: die Ruhigstellung der Partei. Aus der diskutierenden, sich immer wieder kreativ äußernden SPD, wurde eine auf die Regierungslinie verpflichtete Partei. Es wird nicht leicht sein, dieses Potenzial zum Leben zu erwecken. Die überstürzte Personalrochade war dazu nicht angetan.

Der in Dresden zu wählenden Führung müssen wir Erfolg wünschen und sie nach Kräften unterstützen. Verlangen müssen wir von ihr, das politische Erbe der SPD zu wahren und die Kreativität der Partei erneut zu beleben. Ihr Luft zum Atmen zu lassen. ■

Nur wer die Entscheidungen der Partei mitbestimmt, wird diese verteidigen

Interview mit Björn Böhning

Foto: privat

spw: „Steinmeier warnt vor Linksruck der SPD", so eine aktuelle Botschaft aus einem FR-Interview. Wie beurteilst Du das innerparteiliche Kräfteverhältnis und Interessenlagen der relevanten Kreise nach der Wahl?

B.B.: Mein Ziel ist es, dass die SPD wieder ihr eigenes programmatisches Zentrum findet, das im Hamburger Grundsatzprogramm angelegt ist. Die Partei ist in Bewegung. Es findet eine Diskussion auf allen Ebenen statt und es wäre zu einfach, jetzt alles in ein Links-Rechts-Schema einzusortieren. Wir brauchen einen breiten Prozess der Ursachenanalyse dieses fatalen Wahlergebnisses. Wir müssen genauso beantworten, warum Teile unserer Sozialreformen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung stießen, als auch warum beispielsweise viele ehemalige sozialdemokratische z.T. sogar gewerkschaftsorientierte Wähler dieses Mal FDP gewählt haben – die Partei, die am offensichtlichsten ihren Interessen zuwiderläuft.

Zudem beobachte ich mit Sorge, dass Einige in der SPD sich offenbar der notwendigen Erneuerungsdebatte dadurch entledigen wollen, indem sie die Entwicklung der SPD auf nur noch 20 Prozent als „europäischen Normalisierungsprozess" verklären. In dieser Sichtweise ist kein Platz mehr für eine linke Volkspartei, die in breiten sozialen Milieus und den gesellschaftlichen Bewegungen verankert ist. Sie wollen sich damit zufrieden geben, die SPD zu einer sozialliberalen Partei einer nebulösen Mitte zu machen. Das ist gegenwärtig die Scheidelinie zwischen links und rechts in der SPD.Als SPD-Linke sehen wir durchaus selbstkritisch, dass es uns sowohl innerparteilich wie gesellschaftlich nicht gelungen ist, unsere Positionen zeitgemäß und überzeugend genug zu formulieren.

spw: Die Fortschreibung des Regierungsprogramms wird für die Oppositionsrolle nicht ausreichen. Wie muss sich die SPD jetzt programmatisch aufstellen?

B.B.: Die SPD muss die strategische Frage klären: Will sie sich ausschließlich darauf konzentrieren, in künftigen Koalitionen mitzuregieren und dort durch eine letztlich technokratische Kompetenz brillieren – oder will sie als gestaltende Kraft Wirtschaft und Gesellschaft verändern und unterschiedliche Milieus für sozialdemokratische Programmatik gewinnen.

Als SPD-Linke wollen wir in folgenden Handlungsfeldern das Profil der SPD schärfen:

1. Die SPD muss zur Kraft der sozialen, positiven Globalisierung werden. Wie müssen wir die Herausforderungen bewältigen, die sich aus den globalen Migrationsbewegungen ergeben. Von der Regulierung der Finanzmärkte über die Entwicklungszusammenarbeit und einer neuen Integrationspolitik bis hin zu einer neuen globalen Wirtschaftsregierung reichen die Ideen für eine andere Ordnung, die die Welt nicht in Gewinner und Verlierer aufteilt.

2. Die SPD ist und bleibt die Partei der Wertschöpfung. Die SPD muss als die Kraft wahrgenommen werden, die einen umfassenden wirtschaftspolitischen Ansatz verfolgt, der gute Arbeit schafft, Wohlstand gerecht verteilt und Nachhaltigkeit sowie ökologisch-soziale Verantwortung ins Zentrum stellt. Wir brauchen eine neue Wirtschaftspolitik, die auch den Staat als wirtschaftlichen Akteur wieder rehabilitiert.

3. Wir müssen die Veränderungen in der Arbeitswelt gestalten und dem Trend der

Prekarisierung politisch begegnen. „Gute Arbeit" – beispielhaft an den Themen Leiharbeit und Mindestlohn – wird eines der zentralen Auseinandersetzungsfelder auch mit der schwarz-gelben Koalition sein.

4. Wir wollen wieder „Mehr Demokratie" wagen – in der Wirtschaft wie auch im Alltag und in der medialen Öffentlichkeit. Das neue sozialdemokratische Projekt ist ein Projekt der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Konsequente Wirtschaftsdemokratie bedeutet beispielsweise über neue Instrumente gesellschaftlicher Investitionssteuerung nachzudenken. Es muss der SPD auch gelingen, das Internet als demokratisches und freies Medium zu erhalten und zu nutzen. Sie muss offener, dialogischer und anschlussfähiger sei.

spw: Wie plural muss dafür die Linke in der SPD sein?

» **B.B.:** Wir erfahren in den vergangenen Monaten viel Zuspruch. In einer diskussionsfreudigen Partei muss eine SPD-Linke plural und differenziert sein. Wir haben in den letzten Jahren immer eine Verantwortung gegenüber der Gesamtpartei wahrgenommen – z.T. fast bis zur Selbstverleugnung. Das war unser Beitrag dazu, das Zentrum zu stärken. Ich möchte dazu beitragen, dass die unterschiedlichen Flügel der SPD wieder in einen produktiven programmatischen Dialog kommen, statt sich als zwei verfeindete Abteilungen einer Holding zu begreifen. Ich denke, dass wir in den Debatten sowohl der letzten Jahre und auch ganz aktuell gezeigt haben, dass wir dazu in der Lage sind, die SPD programmatisch voranzubringen.

spw: Du bist Sprecher der Parteilinken und bist stark in die bundespolitischen Tagesauseinandersetzungen eingebunden. Vor Ort werden diese Berliner Fragen nicht so schnell nachvollzogen. Muss die Parteilinke eine Lücke zwischen dem Berliner Politikbetrieb und eher symbolischen Positionen schließen?

» **B.B.:** Das ist eine Aufgabe der Gesamtpartei, wenn nicht sogar der „Politik" insgesamt. Die innerparteilichen Kommunikationsprozesse müssen verbessert werden. Nur wer die programmatischen Entscheidungen der Partei mitbestimmt hat, wird diese Inhalte auch stolz und selbstbewusst am Infostand verteidigen. Der gesamte Laden muss wieder näher ran an die Menschen. Das habe ich bereits in meinem eigenen Wahlkampf in Kreuzberg-Friedrichshain so gehalten. Das ist nicht einfach, aber alternativlos.

spw: Nun zur Parteiorganisation selbst. spw hat in den 1990er mit der Buchveröffentlichung „vorwärts, rückwärts, seitwärts" die Debatte um die Parteiorganisation aufgemacht. Geht es heute um eine Revitalisierung der innerparteilichen Auseinandersetzung und eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie oder ist das für die SPD-Linke in Zeiten der Mediendemokratie ohne Erfolg?

» **B.B.:** Das ist kein Widerspruch. Innerparteiliche Demokratie muss sich auch in Zeiten der stark medialisierten Demokratie beweisen. Da brauchen wir einen neuen Stil. Zuhören, Mitreden, Entscheiden und Mehrheiten akzeptieren – nur so kann eine lebendige Mitgliederpartei funktionieren.

spw: Welche Perspektiven siehst Du für ein neues Crossover der politischen Linken aus den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und den Parteien? Welche Rolle kommt dabei der SPD-Linken zu?

» **B.B.:** Wir brauchen eine Crossover-Debatte der politischen und gesellschaftlichen Linken. Wir dürfen das nicht allein auf die Frage der möglichen Regierungskonstellationen beschränken. Wir sollten gemeinsam mit spw in den kommenden Monaten überlegen, wie wir hier eine neue Initiative starten. ■

Björn Böhning ist Vorsitzender des Forums Demokratische Linke (DL21) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.
Das Interview führten Kai Burmeister und Stefan Stache

„Das wird unser Jahrzehnt“[1] – Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Thilo Scholle und Stefan Stache

Symbolische Inszenierungen sind besonderer Bestandteil von Wahlabenden und Parteitagen. Auch in der SPD bedienen sich die KommunikationsberaterInnen eines breiten Bauchladens von Moderne und Tradition, von den großen Gesten des strahlenden Kandidaten, über technisch ausgefeilte Präsentationen bis hin zum Bergmannschor. Doch um 18:30 Uhr des 27. September schien sich nicht nur das Fernsehpublikum im allgemeinen, sondern auch die Parteibasis auf den Wahlpartys in der falschen Vorstellung zu befinden. Wer angesichts der beispiellosen Wahlniederlage der Sozialdemokratie Gesten der Nachdenklichkeit erwartet hatte, sah sich mit einem strahlenden Wahlverlierer und einer jubelnden Menge konfrontiert, die jeden Zweifel am politischen Kurs hinweg zu applaudieren schienen. Die Inszenierung der Geschlossenheit hatte sich bis ins Absurde gesteigert. Sarkastisch fragten manche Leitartikler, ob der Jubel Erleichterung über das Ende der ungeliebten Regierungszeit oder völlige Abkopplung von der Realität ausdrücke.

Tosender Beifall und die Ankündigung Frank-Walter Steinmeiers, die Führung der Oppositionsfraktion zu übernehmen, symbolisierten im Kern: „Wir haben alles richtig gemacht!“. Auch in den Wochen nach der Wahl mochte sich keine Stimmung der inhaltlichen und personellen Erneuerung entfalten. Die Skepsis gegenüber den schnell getroffenen Personalentscheidungen basiert auf der Befürchtung, die Art der autoritären Durchsetzung politischer Entscheidungen könnte sich nun weiter fortsetzen. Zudem artikulieren große Teile der Parteimitgliedschaft das Bedürfnis, vor personellen Festlegungen zunächst das Wahlergebnis aufzuarbeiten und die künftige politische Orientierung zu diskutieren. Programmatisch wiederum zeichnet sich eine zentrale Konfliktlinie zwischen jenen ab, die an den politischen Grundsatzentscheidungen der Regierung Schröder öffentlich festhalten und zugleich politisch mehr oder minder neue Akzente setzen wollen, sowie denjenigen, die die Revision einer Politik fordern, die in der öffentlichen Wahrnehmung mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Rente mit 67 verbunden ist. Dieser strategische Dissens reicht bis in die Parteilinke hinein. So stellen sich mitunter FunktionärInnen und Abgeordnete, die den Kurs auch gegen ihre Grundeinstellung mitgetragen hatten, gegen die Auffassung, neue Glaubwürdigkeit für die SPD führe über die kritische Diskussion der Politik der letzten Regierungsjahre.

Der massive Vertrauensverlust in den Arbeitnehmermilieus der sozialen Mitte als Kernwählerschaft der SPD begann bereits vor Beginn der Großen Koalition im Jahr 2005 und auch vor der Durchsetzung der Agenda 2010 zwei Jahre zuvor. Sie ist, wie Benjamin Mikfeld in spw 163 (2008) beschrieb, Folge von Diskursen, die seitens der Beraterzirkel um Gerhard Schröder mitinitiiert worden waren: Die Vorstellung von gerechten Ungleichheiten, vom vermeintlichen Gegensatz von „sozialen Modernisierern“ und „Traditionalisten“ in der SPD, der Idee des Vorrangs der Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung sowie dem Postulat der „Alternativlosigkeit“ von Maßnahmen der Deregulierung. Über das Schröder-Blair Papier (1999) hielten diese Schlagworte

1 Franz Müntefering im Vorwärts, Februar 2009

Foto: www.photocase.de, © luxuz::.

erstmals Einzug in die öffentliche politische Diskussion vor allem der Sozialdemokratie und prägten in der Folge neben den arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen der Regierung auch die politische Kultur der Partei.

Jene Diskurse basierten auf einer Fehlinterpretation der sozialen Strukturen der Gesellschaft. Diese ging davon aus, die Klassenmilieus hätten sich aufgelöst und die Sozialdemokratie müsse sich einen neuen politischen Standort jenseits der alten politischen Lager suchen. Wie Analysen der sozialen Strukturen Deutschlands von Michael Vester, Heiko Geiling u.a. zeigten, hatten sich die sozialen Milieus zwar modernisiert und ausdifferenziert, waren jedoch keineswegs verschwunden. Auch die politischen Lager sind, wie Heiko Geiling und Daniel Gardemin in ihrem Beitrag argumentieren, entgegen dem Mythos vom individualisierten volatilen Wechselwähler, heute weitgehend stabil. Der Austausch von Stimmen habe in den Bundestagswahlen seit den 90er Jahren hauptsächlich innerhalb des linken und rechten Lagers stattgefunden. Aus ihren empirischen Erkenntnissen lässt sich schließen, dass der Versuch einer im Kern marktliberal geprägten Politik, mit der „neuen Sozialdemokratie" und der „Neuen Mitte" die Meinungsführerschaft zu erlangen, an dem teils fundamental unterschiedlichen Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit in den eigenen Wählermilieus scheiterte. Die SPD habe , so Geiing und Gardemin, in der Regierung Politik gegen das eigene Lager betrieben.

Zum anderen hatte die „neue Sozialdemokratie" aber auch dem umworbenen, sozial besser situierten und höher qualifizierten modernen Arbeitnehmermileu und dem sozialintegrativen Teil der bürgerlichen Milieus kein Projekt mehr anzubieten. So existierte keine ausstrahlungsfähige sozialdemokratische Erzählung, die das Streben nach umfassender gesellschaftlicher Demokratisierung mit dem Versprechen des sozialen Aufstiegs und einem ökologisch nachhaltigen Wachstum verband.

In elf Jahren der Regierung versäumte es nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sozial fortschrittliche ökonomische Antworten auf die neoliberale Globalisierung zu formulieren und in die politische Praxis umzusetzen. Aus der Perspektive der Parteienforschung skizzieren Oliver Nachtwey und Felix Butzlaff die Herausbildung einer „Marktsozialdemokratie" in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, für die der Markt zur bestimmenden Größe ihrer Praxis geworden sei. Hiernach werde das Ziel der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgegeben, es müsse aber mit dem Markt vereinbar sein. Um die neue soziale Frage des modernen Kapitalismus – Sicherheitsverlust und Prekarität – einzuhegen, seien die sozialdemokratischen Parteien gefordert, Ökonomie neu zu denken. Ein „weiter so" führe sie dagegen tiefer in die Krise.

Kaum eine Perspektive für den Regierungsalltag wuchs aus der Tatsache wachsender sozialer Ungleichheit und Armut unter sozialdemokratischer Regierungsführung. Statt aus

den Verlusten bei den Bundestagswahlen der Jahre 2002 und 2005 Konsequenzen für das Regierungshandeln zu ziehen, wurde weiter auf das „Vermittlungsproblem" gesetzt. Nach diesem Verständnis, insbesondere der Regierungstechnokraten, habe die Wählerschaft die notwendigen Strukturreformen schlicht nicht verstanden und müsse mit einem professionellen Marketing, u.a. über die Massenmedien, von ihrer positiven Wirkung überzeugt werden.

Der Unwillen der Parteiführung, Parteiaustritte und Wahlniederlagen auch als Bewertung der eigenen Politik ernst zu nehmen, wirkte schon fast sektiererisch: „Eben weil alle gegen uns sind, ist das, was wir machen richtig!" – so ließe sich das Verhalten interpretieren. Hinzu kommt eine Haltung des „bittersüßen Leidens", die auch auf Teile der Parteibasis ausgestrahlt hat: Nach dem Motto: „Wir sind es eben, die schweren Herzens aber entschlossen die nötigen und harten Reformen angehen, ganz zum Wohle des Staates und der Allgemeinheit, auch wenn wir als Partei dafür Niederlagen einstecken müssen", werden weder tatsächliche Ergebnisse eigener Politik noch gesellschaftliche Wahrnehmungen zur Sinnhaftigkeit dieser Politik erkannt. Beide Einstellungen führen dazu, dass das Sensorium für Ängste und Bedürfnisse der Menschen verloren geht und aus Niederlagen (politisch) nichts gelernt wird. Sie richten eine linke Volkspartei mittelfristig zugrunde.

Sowohl die konkreten Auswirkungen, als auch die symbolische Botschaft der politischen Maßnahmen verfestigten den Eindruck, die SPD vernachlässige die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund war die Einschätzung ein Irrtum, die WählerInnen würden zwischen dem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2009 und den Grundsatzentscheidungen der Regierungspraxis der SPD differenzieren: Auch der geänderte Kurs, der sich vor allem im Konjunkturprogramm II, Mindestlöhnen in mehreren Branchen und einem keyenesianisch beeinflussten Regierungsprogramm mit Investitionen in ökologische Modernisierung und Bildung niederschlug, konnte das verlorene Vertrauen nicht zurückgewinnen. Dazu trug nicht zuletzt bei, dass der damalige SPD-Finanzminister sich zuvor vehement gegen konjunkturstützende Instrumente gewandt und darüber hinaus das Ausmaß der Finanzmarktkrise öffentlich unterschätzt hatte.

Der Deutschland-Plan Frank-Walter Steinmeiers enthielt ohne Zweifel wichtige Elemente eines sozial-ökologischen New Deal, wurde aber kaum zur Kenntnis genommen. Nach jahrelanger konjunkturell verheerender Sparpolitik und Deregulierung wirkte er nicht glaubwürdig und kam als Botschaft zu spät. Als Fortsetzung der Agenda 2010 kommuniziert, zeichnete er eher das Bild von Orientierungslosigkeit: Laut einer Umfrage von Infratest dimap gaben 69 Prozent der Befragten an, man wisse bei der SPD nicht, was sie nach der Wahl vorhabe.

Im Ergebnis verlor die SPD die Mehrheit der Stimmen an die NichtwählerInnen (2, 1 Mio), Die Linke (1,1 Mio.) und die Grünen (870 000), aber auch an CDU/CSU (870 000)und FDP (520 000) gingen Stimmen verloren.

Offensichtlich gelang es den Konservativen und Liberalen, sich bis hinein in die mittleren Arbeitnehmermilieus, die früher von der SPD gebunden wurden, als glaubwürdigere Schutzmacht des sozialen status quo oder als Steuersenkungspartei zu profilieren.

Weite Teile der Parteimitgliedschaft, vermutlich besonders die für die Kommunikation wichtigen „Alltagsmultiplikatoren", identifizierten sich am Ende selbst kaum mehr mit den progressiven Projekten und Erfolgen wie z.B. der Ausweitung von Mindestlöhnen, Investitionsprogrammen oder der Verbesserung sozialer Leistungen wie z.B. dem Schulbedarfspaket.

Der Wahlsonntag lässt eine Partei zurück, deren Konfliktfähigkeit verkümmert ist und in der sich viele ehemals Aktive aus der Arbeit

zurückgezogen haben. Die Parteitage wurden eher als Bühne der Regierung und als autoritäres Instrument, denn als Möglichkeit zur politischen Diskussion wahrgenommen. Um eine partizipatorische Demokratie zu etablieren, muss daher die Aufarbeitung der Ursachen des Wahlergebnisses als erster Schritt zur Revitalisierung der Parteistrukturen offensiv betrieben werden. Zudem wird eine politische Kursänderung nur dann glaubwürdig sein, wenn sie erkennbar auf einem Diskussionsprozess beruht und nicht im Verdacht schlicht opportunistischer Anpassung steht.

Letztlich ist eine Hinterfragung auch der eigenen Rolle der Parteilinken im Parlament und als Organisation während der elf Regierungsjahre unverzichtbar. Nicht zufällig war auch in anderen historischen Kontexten umstritten, wie stark sie Positionen zuspitzen und welche Strategie sie zu ihrer Durchsetzung verfolgen soll. So schrieb Olaf Scholz in spw 17 im Jahre 1982 – auch nach einem Verlust der Regierungsmacht: „Die Parteilinke ist handlungsunfähig, weil mittlerweile dort das gesamte Spektrum der Partei repräsentiert wird. Diese Situation macht die Herausbildung eines wirklichen linken Flügels notwendig."

„Handlungsunfähig" war die Parteilinke in den letzten Jahren sicherlich nicht. Auch die öffentliche Wahrnehmung war vorhanden. Je nach Situation wurde die Parteilinke jedoch mit verschiedenen Personen identifiziert, die untereinander inhaltlich und strategisch kaum koordiniert auftraten. Festzuhalten bleibt, dass die organisierte Parteilinke im Forum DL 21 wie auch die Jusos als eine der wenigen Teile der Partei in den letzten Jahren teils erfolgreich versucht haben, mittels Tagungen und Veröffentlichungen ihre eigenen Positionsfindungen auf eine breitere Diskussion und öffentliche Debatte zu gründen, und hier durchaus Anknüpfungspunkte zur Weiterentwicklung bieten.

Allerdings gelang auch hier die Synthese aus Ablehnung von Teilen der Regierungspolitik mit eigenen progressiven Gestaltungsvorschlägen kaum. Weder wurde die Parteilinke innerparteilich als ernsthafte Bewahrerin der sozialdemokratischen Tradition wahrgenommen, noch gelang es ihr – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – neue programmatische Ausstrahlung zu gewinnen.

Zugleich fehlen aber gerade für die Parteibasis wahrnehmbare linke Identifikationsfiguren und -projekte. Der Einfluss der Parteilinken wurde oft in inoffiziellen Zusammenhängen geltend gemacht, während nach außen hin der Regierungskurs nur milde angegriffen wurde oder Kritik unter einem Mantel des allgemeinen Lobes für die Regierung verborgen wurde.

Geradezu paradox mutet an, dass einige führende Parteilinke in den letzten Jahren ihre Kritik am Regierungskurs mit Rücksicht auf den Zusammenhalt und die Aktionsfähigkeit der Partei mäßigten, während zugleich Parteirechte wie Peer Steinbrück sich nicht im geringsten um die Beschlusslage der Partei kümmerten, sich in der Öffentlichkeit aber trotzdem der Eindruck festsetzte, die Parteilinke sei der Flügel der Partei, der sich am wenigsten auf gemeinsamen Konsens festlegen lassen würde.

Daher sollte die Parteilinke zunächst ihre eigene Identität diskutieren: Vereint sie alle, die sich in der SPD auf irgend eine Weise „sozialdemokratisch" fühlen? Wie breit sollen die inhaltlichen Unterschiede sein? Wie ließe sich eine gemeinsame strategische Basis entwickeln? Bisher scheint sich nur herauszukristallisieren, dass die Arbeit am Zuspitzen der eigenen Konturen nicht zum Ziel haben darf, jede innerhalb der eigenen Strukturen vertretene Position abzubilden.

Künftig kommt der Parteilinken einerseits die Aufgabe zu, wieder programmatische Auseinandersetzungen voranzutreiben und zuzuspitzen. In diesem Zusammenhang geht es um

die Forcierung eines sozialökologischen Projekts, u.a. mit den Elementen produktiver Sozialstaat, gute Arbeit, Chancengleichheit im Bildungswesen, ökologische Modernisierung, demokratische Investitionssteuerung und internationale soziale Mindeststandards. Die Parteilinke muss der Motor der Auseinandersetzung mit der marktliberalen Regierung sein und über zentrale Leitthemen Identifikationsmomente für die ParteianhängerInnen schaffen. Erste Ansatzpunkte dafür können die Entscheidungen zur Privatisierung von Gesundheit und Pflege im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP bieten.

Foto: www.fotolia.com, © Andy Dean #4218966

Think Tanks können die politische Arbeit fachlich begleiten, sofern sie, wie Sonja Profittlich einfordert, der Programmatik der SPD zumindest nahe stehen. Aufgrund der Erfahrung mit der Hartz- und Rürup-Kommission empfiehlt sie der Partei jedoch, eigene Zentren der fachlichen Expertise zu stärken bzw. einzurichten, die wissenschaftliche Erkenntnisse mit politischen Zielen abgleichen und in eine politische Strategie übersetzen.

Innerparteilich kann ein produktiver Streit mit dem Flügel der Agenda-Unterstützer mit dem Ziel programmatischer Klärung einen wichtigen Beitrag zur Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit der gesamten SPD leisten. Andererseits muss die Parteilinke das Ziel verfolgen, die Partei organisatorisch zu stabilisieren – durch das gesamte Repertoire der Partizipation, wie z.B. Foren mit Bündnispartnern, aktive Kommunikation zwischen Mitgliedern, Interessierten, Funktionären und Abgeordneten mittels modernster Internetplattformen, der Ausweitung von Mitgliederbegehren und –entscheiden, Kampagnen der Basisstrukturen sowie der Wiederentdeckung der Projektarbeit.

Im linken Lager würde die Initiierung und Begleitung eines neuen Crossover-Prozesses der politischen Linken aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und über die Parteigrenzen hinweg nicht nur Machtperspektiven eröffnen, sondern programmatische Impulse ermöglichen. Benjamin Mikfeld verdeutlicht, dass die SPD und die politische Linke als ganze nur über ein Projekt die Chance auf eine Hegemoniefähigkeit erlangen kann, das ökologische Verantwortung, ökonomische Prosperität und soziale Gerechtigkeit nicht als Gegensätze, sondern als Einheit begreift. Die normative Basis dafür könne ein sozial integrativer Diskurs der sozialen und demokratischen Bürgerrechte darstellen, der für Ideen eines linken Republikanismus und radikaler Demokratie offen stehe.

Ein solcher Diskurs der Bürgerrechte könne dem ausgrenzenden konservativ-marktliberalen Diskurs der „Bürgerlichkeit“ entgegengesetzt werden. ■

Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

Thilo Scholle ist Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD.[1]

von Daniel Gardemin und Heiko Geiling

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009

Mit Verblüffung müssen die Wählerinnen und Wähler zur Kenntnis nehmen, dass nach dem 27. September 2009 die verantwortlichen Wahlverlierer der SPD behaupten, alles richtig gemacht zu haben. Die SPD, so Steinmeier, habe schließlich nach links weniger verloren als nach rechts, die Rente mit 67 sei eben Mathematik und somit schlichte Wahrheit. Es gebe, so Steinbrück, keinen Grund, die erfolgreichen Positionen der SPD-Regierungsarbeit aufzugeben, und außerdem, so Müntefering, müsse die SPD jetzt nach vorn schauen, statt vom Quatsch der Selbstreinigung der Partei zu reden. Ob in der Springer-Presse, im SPIEGEL oder in DIE ZEIT, unisono scheinen die Wahlverlierer mit Hilfe von Legenden alles daran zu setzen, an ihren sozialen und politischen Verkennungen festhalten zu wollen. Gegen diese fast schon als Selbsthypnose zu fassende Unbeweglichkeit der etablierten Parteielite und gegen das beschränkte Kurzzeitgedächtnis des Boulevards und des politischen Feuilletons, die offenbar nichts mehr fürchten als ein handlungsfähiges politisches Lager jenseits von Union und FDP, gestatten wir uns einige Anmerkungen zum historisch einzigartigen Wahldebakel der SPD, zu dessen Vorgeschichte und zur Frage der politischen Lagerbildung.

Wahldebakel kurz gefasst

Die SPD hat 2009 nur noch 64 Bundestagswahlkreise gewinnen können. Gegenüber der auch nicht gerade erfolgreichen Wahl von 2005 wurden 81 Wahlkreise verloren. Ein Minus von 11,2 Prozentpunkten wie jetzt 2009 hatte es für eine Partei bei Bundestagswahlen noch nie gegeben. Mit je knapp fünf Prozentpunkten hatte die SPD jeweils bei den Bundestagswahlen 1983 und 2005 bereits die höchsten Verluste. Die Bundestagsfraktion schrumpft nun gegenüber 2005 noch einmal um 76 Sitze und besteht aus 146 Abgeordneten.

Wahlanalysen[2] verweisen insbesondere auf hohe Verluste in den jüngeren Altersgruppen: bei den 18- bis 24-jährigen minus 20 Prozent, bei den 25- bis 34-jährigen minus 16 Prozent. Selbst bei der Bundestagswahl 2005 hat die SPD in der jüngsten Altergruppe noch 38 Prozent erhalten, 2009 nur 18 Prozent. Die jungen Frauen wählen mittlerweile zu 19 Prozent die Grünen und nur noch zu 18 Prozent die SPD. Das beste Ergebnis konnte die SPD noch bei den über 60-jährigen mit 27 Prozent erzielen. In Ostdeutschland mit einer Wahlbeteiligung von 64,8 Prozent (minus 9,5 Prozent; Westdeutschland minus 6,2 Prozent auf 72,3 Prozent) hat die SPD die Hälfte der Wähler von 2005, als sie dort noch stärkste Partei war, verloren. In 13 von 16 Bundesländern verlor die SPD 2009 zweistellig: in Sachsen-Anhalt minus 15,9 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern minus 15,2 Prozent; in Sachsen jedoch „nur“ minus 9,9 Prozent, in Bayern und im Saarland jeweils minus 8,6 Prozent. In Nordrhein-Westfalen, wo 2010 Landtagswahlen anstehen, erzielte die SPD überdurchschnittliche (!) 28,5 Prozent, die CDU kam auf 33,1 und die FDP auf 14,9 Prozent. Wie schon bei nahezu allen Landtagswahlen seit 2003 sind die prozentualen Stimmenverluste der SPD insbesondere in den Großstädten durchweg erheblich, sei es in Leipzig und Berlin (jeweils minus 14,1), Hannover (minus 15,3), Dortmund (minus 15,2), Duisburg (minus 14,0), Braunschweig (minus 15,8) oder Oldenburg (minus 16,7).

1 Vgl. dazu Heiko Geiling (Hg.), Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster 2009.

2 Vgl. Infratest Dimap, Wahltagsbefragung vom 27.9.2009.

Volkspartei am Ende?

Wahldebakel dieser Größenordnung verzeichnet die SPD auf Landesebene schon seit 2003. Wenn es jetzt in der verblüffenden Selbstwahrnehmung der SPD-Parteiführung heißt, dies sei vor allem auf den aussterbenden Typus der Volkspartei zurückzuführen und nicht auf die eigene, d.h. der mathematischen Logik verpflichteten Politik, wird ausgeblendet, dass die eigene Volkspartei von eben dieser Parteiführung weitgehend beschädigt worden ist. Werden neben den immensen Stimmenverlusten der SPD seit 2003 vor allem auch deren ernüchternde Mitgliederverluste (1990 noch 943.000 Mitglieder; Anfang 2003 noch 650.000, d.h. minus 30 Prozent zu 1990; schließlich im September 2009 noch 513.000 Mitglieder, d.h. minus 45 Prozent zu 1990 bzw. minus 22 Prozent zu 2003) berücksichtigt, lässt sich ohne weiteres behaupten, dass nie zuvor eine Partei jemals einen solchen Vertrauensverlust in der eigenen Mitgliedschaft und in der Bevölkerung erlitten hat.

Zur Erinnerung: Das Ausmaß dieses Vertrauensverlustes wurde insbesondere nach dem 14. März 2003 offensichtlich, als SPD-Kanzler Schröder seine als „Agenda 2010" gefasste Konzeption einer Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Berlin vorstellte. Es handelte sich dabei um die konsequente Folge des in der SPD seit dem Rücktritt ihres Vorsitzenden Lafontaine nicht ausgehandelten Streits zwischen sogenannter Marktorientierung und sozialer Gerechtigkeit. Dieser Konflikt wurde in einem geradezu dezisionistischen Akt der engsten SPD-Parteiführung entschieden und von vielen Parteimitgliedern, Gewerkschaftern und Wählern als Preisgabe der sozialen Gerechtigkeit empfunden, die nach wie vor als der ureigene programmatische Kern der Sozialdemokratie wahrgenommen wird. Ohne innerparteiliche Diskussion und ohne eine diese Entscheidung begleitende konsistente Politik und Vermittlung nach außen war mit dieser grundlegenden Verschiebung des sozialdemokratischen Koordinatensystems das Fünfparteiensystem auch in Westdeutschland angekommen. Die ostdeutsche Regionalpartei PDS und die sozialdemokratische Abspaltung WASG mit Oskar Lafontaine schlossen sich als „Die Linke" zusammen. Die gleichzeitigen Mitgliederverluste der SPD sind nachweisbar[3] auf massive Parteiaustritte von Mitgliedern aus den mittleren Arbeitnehmermilieus zurückzuführen, die sich in ihren politischen und moralischen Überzeugungen von der SPD geführten Regierung nicht mehr vertreten fühlten. Es handelte sich dabei um für den innerparteilichen Zusammenhalt der Partei wichtige und auch in ihrer Funktion als basisorientierte ‚Kümmerer' und Vermittler sozialen Kapitals notwendige Mitglieder. Sie sind in der Regel einer Modernisierung des Sozialstaats nicht grundsätzlich abgeneigt, weigern sich aber, die als traditionell sozialdemokratisch empfundenen Werte der Solidarität und Gerechtigkeit gerade für jene technokratische Parteielite in Berlin zu opfern, die mit der SPD als Mitgliederpartei ohnehin nicht mehr viel im Sinn hat.

Bis heute konnte diese Demobilisierung der eigenen Partei von den dominierenden Gruppen in der SPD weitgehend verdrängt werden, obwohl gerade deren Vertreter des rechten SPD-Flügels an den Wahlniederlagen der letzten zehn Jahre massiv beteiligt waren.[4] 2003 verlor Gerhard Bökel, mit Jürgen Walter als Wahlkampfleiter, bereits 10,3 Prozent, Sigmar Gabriel verlor im selben Jahr in Niedersachsen 14,4 Prozent. Wolfgang Clement, im Jahr 2000, und Peer Steinbrück, im Jahr 2005, verloren in Nordrhein-Westfalen insgesamt 8,9 Prozent. Und auch die Verluste von Gerhard Schröder im Bund 2002 und 2005 summierten sich auf immerhin 6,7 Prozent. Erfolgreiche Alternativen zu Schröders Politik wurden sys-

3 Vgl. Stephan Meise, „ ... wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre" – Verprellte Mitglieder, Parteiaustritte und die Vertrauenskrise der SPD, in: Heiko Geiling (Hg.), a.a.O., S.113-158.

4 Vgl. Horst Peter, Mathias Lomb, Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen – Die Landtagswahlen in Hessen 2008 und 2009, in: Heiko Geiling, a.a.O., S.197-230.

tematisch ausgegrenzt. Der in der Geschichte der SPD einzigartige bzw. handstreichartige Sturz des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck durch die Wahlverlierer von 2009 sollte noch in Erinnerung sein. 2006 hatte Kurt Beck mit 45,6 Prozent die absolute Mehrheit in Rheinland-Pfalz erringen können, weil es ihm offenbar gelungen war, die große Mitte der konservativen und modernen Arbeitnehmergruppen durch eine identitätsstiftende Sozialpolitik des vorsorgenden Staats zu erreichen.

Beck, der sich landespolitisch in Distanz zur Agenda-Politik der Berliner Parteielite orientierte, erging es damit nicht anders als Andrea Ypsilanti in Hessen. Sie hatte es gewagt, sich auf dem SPD-Parteitag von 2003 als Gegnerin der von Schröder, Steinmeier und Müntefering erzwungenen Politik der Agenda 2010 zu behaupten. Der sogenannten Reformpolitik ihrer Parteieliten in Berlin stellte sie dann bei den hessischen Landtagswahlen 2008 ihr alternatives Politikkonzept entgegen. Mit 36,7 Prozent der Stimmen konnte sie einen Großteil der von Bökel und Walter zuvor verlorenen Stimmen für die SPD zurückholen. Ihr Versuch der programmatischen Integration der Parteiflügel scheiterte nicht zuletzt am Widerstand jener Parteifreunde, die dann auch für den Sturz des Parteivorsitzenden Kurt Beck verantwortlich waren. Ypsilanti hatte in ihrem Wahlkampf 2008 aber deutlich machen können, wie die SPD als moderne Volkspartei verlorenes Vertrauen zurückgewinnen kann. Ihre integrierende Leitformel zielte darauf, soziale und ökologische Gerechtigkeit durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik zu erreichen. Mit Rainer Domisch als einen der Architekten des vielgepriesenen Schulsystems in Finnland und mit Hermann Scheer als einen Protagonisten der ökologischen Energiewende wurden glaubwürdige und die Mitte der Gesellschaft erreichende Repräsentanten gesellschaftlich-politischer Reformforderungen gewonnen. Der anschließende Wahlerfolg basierte auf einer erfolgreichen Mobilisierung in der Nichtwählerschaft und im rot-grünen Wählersegment für einen konkreten Politikwechsel in Hessen. Die vor der Wahl von Ypsilanti gemachte Absage an ein Bündnis mit der Linkspartei sollte die Hürde für taktische Linkswähler erhöhen und zugleich den rechten Parteiflügel integrieren. Der nach der Hessenwahl von 2008 über die Landespartei hereinbrechende Kampf gegen eine rot-grüne Minderheitsregierung nahm die Gestalt einer modernen Hexenverfolgung an. Die Unterminierung von Ypsilantis Glaubwürdigkeit sowie die Verunglimpfung von Scheer erfolgte unter Beteiligung des rechten SPD-Flügels in einer bis dahin noch nie da gewesenen Politmobbingkampagne und verhinderte die Ablösung der CDU-Regierung unter Roland Koch.

Foto: www.photocase.de, © view7

Die hessische SPD unter Ypsilanti hatte 2008 exemplarisch zeigen können, wie entgegen der vielbeschworenen These vom Ende der Volksparteien die Sozialdemokratie wieder mobilisierungsfähig gemacht werden kann. Mit der dabei gelungenen politischen Repräsentation unterschiedlicher sozialer Milieus konnte die SPD bis in die Gemeindeparlamente und Kreisräte hinein für eine neue rot-grüne Bildungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mobilisieren. Es gelang ein gesellschaftlich-politischer Aufbruch, der von unterschiedlichen Interessenverbänden bis hin zu den Gewerkschaften und Naturschutzverbänden in begleitenden Kampagnen gestützt wurde.

Wähler der Arbeitnehmermilieus konnten aus der Nichtwählerschaft und von der CDU zurückgewonnen werden, und Wähler der modernisierten und gut qualifizierten Milieus kamen von den Grünen zur SPD zurück, weil ein glaubwürdiges Alternativmodell zur Berliner Politik der Agenda 2010 zur Wahl stand. Wenn allerdings jeder Versuch, das rot-grüne Projekt und die gesellschaftlich-politische Mobilisierung der Willy-Brandt-Zeit im Sinn einer sozialen Moderne zu erneuern, mit klassisch autoritärer Feindbildpolitik und bürokratischem Zentralismus beantwortet wird, ist das Prinzip der Volkspartei und damit auch die Erneuerung der SPD ohne Chance. Dass es sich dabei um realistische Chancen handelt, zeigt der Blick auf die politische Lagertreue der sozialen Milieus.

Stammwähler und Wählerwanderungen: Lagertreue Milieus

Der Blick auf die Bundestagswahlergebnisse und auf die Verteilung der Wahlberechtigten seit den 1990er Jahren zeigt eine größere Stabilität der beiden großen politischen Lager als gemeinhin angenommen. Im Längsschnitt der absoluten Wähleranteile seit 1994 weisen CDU und FDP ihren höchsten gemeinsamen Wert 1994 mit 37,7 Prozent auf, ihren niedrigsten 1998 mit 33,6 Prozent der Wahlberechtigten.[5] Die Spannbreite beträgt 4,1 Prozentpunkte. SPD, Grüne und Linke/PDS erreichten 1998 das beste gemeinsame Ergebnis mit 42,7 Prozent, ihr schlechtestes 2009 mit 31,9 Prozent der Wahlberechtigten. Geht man von einer Ungleichverteilung der politischen Präferenzen im Nichtwählerlager aus, wie der Wählerabstrom von 4,5 Prozentpunkten von SPD und Linke zu Sonstigen und Nichtwählern zur Bundestagswahl 2009 nahe legt, so bleibt die Schwankungsbreite des Anteils im linken politischen Lager auch deutlich unterhalb von 10 Prozentpunkten der Wahlberechtigten über die letzten fünf Bundestagswahlen.

Die Stabilität der Lager ist auf die Lagertreue der sozialen Milieus zurückzuführen, die zwar teilweise innerhalb der politischen Lager wechseln oder mittels Stimmensplitting Themen und Koalitionen zu beeinflussen suchen, in ihrem Kern jedoch ihren habitualisierten Gesellschafts- und Politikbildern treu bleiben. Innerhalb dieses Wertespektrums, in dem nicht nur die alten Cleavages und die daraus entstandenen Parteibindungen nachwirken, sondern auch neue Fragen sozialer, ökologischer und globaler Ungleichheit bewertet werden, müssen sich auch die Hauptströmungen der Parteien, ihre politische Praxis und Koalitionsoptionen wiederfinden. In welcher Weise die Parteien auf das politische Wertespektrum ihrer Milieus angewiesen sind, zeigt ein kursorischer Blick auf die Parteien und ihre Wählerschaft:[6]

Im gesellschaftlichen Raum vertreten in der kulturell und ökonomisch privilegierten oberen Mitte und höher die Grünen das Bildungsbürgertum und die Avantgardemilieus. Ihr politisches Spektrum umfasst postmaterialistische, radikaldemokratische und kosmopolitische Werte, vertreten von modernen Freiberuflern, gehobenen akademischen Angestellten der Wissens- und Kulturberufe, die vormals der SPD nahe standen und heute als Vertreter des rot-grünen Projekts gelten. Von dort aus streuen die politisch progressiven Werte weit in das linke politische Lager hinein. Die Grünenwähler vertreten den Anspruch, über die ökologische Frage übergreifend gesellschaftspolitische Probleme lösen zu können. Sie haben sich als städtische Klientelpartei mit einem stark überdurchschnittlichen Frauenanteil fest etabliert. Die Grünen können auch habituell mit einer wertkonservativen CDU Bündnisse eingehen, werden dann aber

5 Im Unterschied zum relativen Anteil werden für die absoluten Stimmenanteile nicht die gültigen Wahlstimmen sondern die Wahlberechtigten einschließlich der Nichtwähler hinzugezogen.

6 Vgl. Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2002: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main, S. 429ff.

Foto: www.photocase.de, © Grammbo

nur über messbare politische Erfolge auf Dauer ihre fortschrittlichen Kräfte halten können.

Die Widersacher der Grünen in den oberen Milieus der Gesellschaft sind die Freiberufler und gehobenen Dienstleister des Besitzbürgertums, deren politischen Werte eher auf die Wahrung der eigenen ökonomischen und ständisch geprägten Privilegien ausgerichtet sind. Diese werden überdurchschnittlich von der FDP vertreten. Im Gegensatz zu den Grünen vertrauen die wirtschaftsliberalen Teile der Besitzbürgermilieus auf ökonomische Selbstheilungskräfte und erachten staatliche Steuerung als Eingriff in die Freiheit des Individuums. Die Werte der FDP streuen weit in die bürgerliche Mitte, so dass vor allem Unions-Wähler aber auch konjunkturell SPD-Wähler erreicht werden. Zwischen Grünen und Linken findet praktisch kein Austausch statt.

In den kleinbürgerlichen Milieus unterhalb der gehobenen FDP-Klientel befindet sich die Domäne der Union. Sie vertritt hauptsächlich die konservativen kleinen und mittleren Beamten und Angestellten, einen Großteil der ländlichen Bevölkerung aber auch einen Teil der Facharbeiter. Ihre gesellschaftspolitischen Werthaltungen reichen von teilmodernisierter Toleranz über ordnungspolitisch-paternalistische Vorstellungen bis hin zu enttäuscht-autoritären Mustern. Die Union kann mit ihrer wertkonservativen Grundhaltung das gesamte Spektrum der kleinbürgerlichen Milieus einbinden. Als Schutzmacht der kleinen Leute bildet sie auch für SPD-Wähler eine Alternative.

Ihr gegenüber steht die SPD, die ebenfalls mittlere, aber auch ökonomisch prekäre Milieus der Gesellschaft vertritt. Die Anteile der Facharbeiter und der einfachen und qualifizierten Angestellten in den arbeitnehmerisch geprägten Milieus der SPD sind überdurchschnittlich hoch. Im Gegensatz zu den ordnungspolitischen Werten der Union und den ökonomistisch geprägten Zielen der FDP orientieren sich die sozialdemokratischen Milieus an sozialintegrativen Werten. Über Bildungs- und Aufstiegswege in der Nachkriegszeit haben sich die unterprivilegierten Arbeitermilieus unter der Schutzmacht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen gleichberechtigten und gesicherten Platz in der Mitte der Gesellschaft erkämpfen können und damit die Erfahrung gesellschaftlicher Solidarität verinnerlicht. Neben den solidarischen Grundüberzeugungen sind in den sozialdemokratisch geprägten Milieus mehr und mehr auch skeptisch-distanzierte Einstellungen anzutreffen, die sich in Wahlenthaltung und Protestwahl ausdrücken.

Die Linke hat in Westdeutschland den Protest der mittleren und prekären Milieus aufgreifen können und vertritt damit ähnliche Milieus wie die SPD. Hinzu kommen Teile der avantgardistischen und hedonistischen Milieus, die sich von SPD und Grünen sozial- und außenpolitisch nicht mehr vertreten sehen. In Ostdeutschland stehen die durch die Gesellschaftstransformationbenachteiligtenehemaligen Arbeiter- und die Funktionärsmilieus der Linken nahe. Die Linke weist insgesamt einen überdurchschnittlich hohen Männeranteil auf.

In den nachstehenden Abbildungen sind die Parteien in einer schematisierten Darstellung des sozialen Raumes ihrer hauptsächlichen Lager- und Milieuzugehörigkeit zugeordnet.[7] Dabei erstreckt sich sowohl das linke als auch das konservative politische Lager auf der vertikalen

7 Vgl. Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2002: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main, S. 61ff.

Achse von den unterprivilegierten bis zu den gehobenen Lagern, d.h. die Distanzen der Parteien zueinander bilden auch die sozialräumliche Nähe oder Ferne der Milieus zueinander ab.[8] Gleichzeitig werden in den Abbildungen die absoluten Proportionen von Parteien und Nichtwählern bezogen auf die Summe aller Wahlberechtigten dargestellt. Jeweils ein abgebildeter Quadratzentimeter steht für rund eine Million der etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten. Neben den fünf Parteien befinden sich auf dem Raumbild die Sonstigen, mehrheitlich vertreten durch Parteien, die eher dem konservativ-rechten Lager zuzurechnen sind sowie die Nichtwähler und diejenigen Wähler, die ungültige Wahlscheine abgegeben haben. In der Summe stellt die gesamte Abbildung die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten dar.[9] Der Vorteil dieser Darstellung, die den gesellschaftlichen Raum, die Parteien, die Wählerstimmen und die Nichtwähleranteile abbildet, liegt in dem deutlich erkennbaren Verhältnis der Parteien und Lager zueinander.

Das erste Raumbild (Abb. 1, s. S. 20) stellt die Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 dar. 1998 war die SPD die Gewinnerin der Bundestagswahl. Sie konnte allen Parteien Stimmen abnehmen und ihren Anteil gegenüber der Bundestagswahl 1994 von 28,4 Prozent auf 33,2 Prozent steigern. Die SPD bezog ihren größten Stimmenzuwachs mit 2,2 Prozentpunkten von der Union, gefolgt mit 1,9 Prozentpunkten aus dem Nichtwählerlager und jeweils 0,4 Prozentpunkten von den Grünen und von der FDP.[10] Die Union erreichte nur noch 28,5 Prozent der Wahlberechtigten, nachdem sie 1994 noch von 32,3 Prozent gewählt worden war. Sie verlor fast ausschließlich an die SPD, dazu noch 0,4 Prozentpunkte an die Sonstigen. Für Grüne und FDP gab es gegenüber 1994 kaum Veränderungen. Die Grünen erreichten 5,4 Prozent (minus 0,3), die FDP 5,1 Prozent (minus 0,3). Die PDS, der noch junge Vorläufer der Linken, konnte ihr Ergebnis von 1994 um 0,7 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent der Wählerstimmen steigern. 90 Prozent der Stimmen kamen dabei aus Ostdeutschland.

Zur Bundestagswahl 2002 (Abb. 2) wanderten die zuvor von der SPD aus dem konservativen Lager gewonnenen Stimmen wieder vollständig zurück: 2,0 Prozentpunkte an die Union, 0,6 Prozentpunkte an die FDP. Auch die Grünen bekamen 0,8 Prozentpunkte zurück und selbst die Nichtwähler wurden wieder von der SPD mit 0,5 Prozentpunkten bedacht. Auch die PDS gab ins Nichtwählerlager 1,4 Prozentpunkte ab. Insgesamt profitierten 2002 Grüne, Union und FDP von den Verlusten der SPD und der PDS, allerdings nur in dem Maße, wie sie 1998 Stimmen an die SPD verliehen hatten. Auch der Anteil der Nichtwähler stieg 2002 wieder nahezu auf das Niveau von 1994, das bei 22,3 Prozent der Wahlberechtigten lag.

Die Bundestagswahl 2005 zeigt (Abb. 3), dass der Anteil der kleinen Parteien und der Nichtwähler zu Lasten der Volksparteien nochmals anwuchs. Die SPD verlor wiederum am stärksten: nochmals 1,0 Prozentpunkte an die Union, 1,6 an die Linke und 0,6 an die Nichtwähler. Die Union verlor 1,8 Prozentpunkte an Leih- und Wechselstimmen an die FDP und selbst 0,5 Prozentpunkte an die Linke.

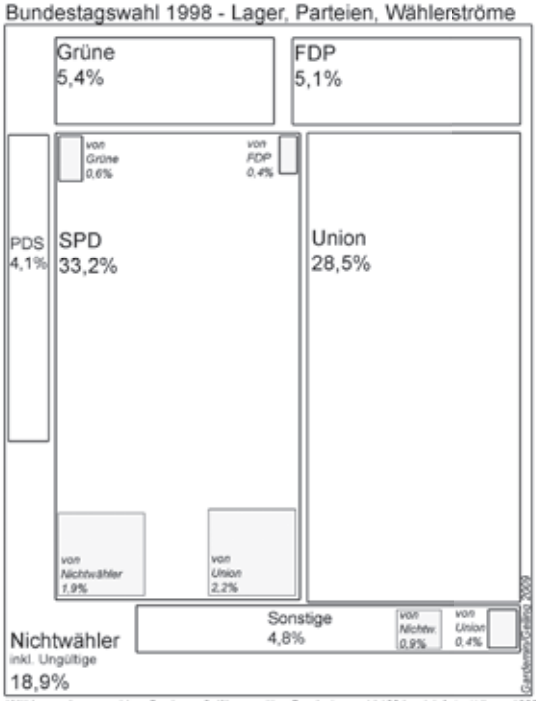
Die Bundestagswahl 2009 (Abb. 4) führte zu weiteren Verlusten für beide Volksparteien. Vor allem vor dem Hintergrund des gestiegenen Anteils der Nichtwähler schrumpfte der proportionale Anteil der großen Parteien, allen voran der der SPD, erheblich. Bei 30,2 Prozent Nichtwählern konnte die SPD nur noch 16,1

8 Selbstverständlich befinden sich bspw. nicht sämtliche Grünwähler im oberen Fünftel der Gesellschaft, doch der Übersichtlichkeit halber sind die Parteien in den Abbildung nicht weiter unterteilt worden.

9 Ca. 9x7 Zentimeter entsprechen 63 Quadratzentimetern bei 62,13 Millionen Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009.

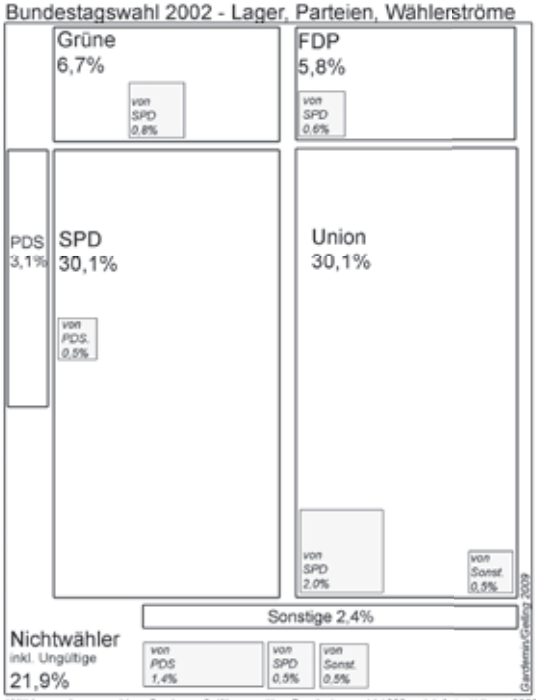
10 Wählerwanderungen ermöglichen ein sehr genaues Stimmungsbild der Wahlentscheidungen für den Wahltag. Mittels Wahlnachbefragungen können Stichproben erreicht werden, die die Zwischenwahldemoskopie für so genannte Sonntagsfragen und andere Erhebungen um mehr als ein fünfzigfaches übersteigen. In der Regel werden allerdings in der medialen Berichterstattung und der kurzfristigen Nachwahlanalyse die Wanderungsströme überhöht, erhofft der Betrachter doch, in den Zu- oder Abwanderungen eine Erklärung für das gute oder schlechte Abschneiden einer Partei erkennen zu können. Der viel größere Teil der nichtwechselnden Stammwähler bleibt dabei häufig unberücksichtigt. Alle Angaben beruhen auf den Wahltagsbefragungen von infratest/dimap (Wahlreport 1998, 2002, 2005, 2009).

Abb. 1
Bundestagswahl 1998 - Lager, Parteien, Wählerströme



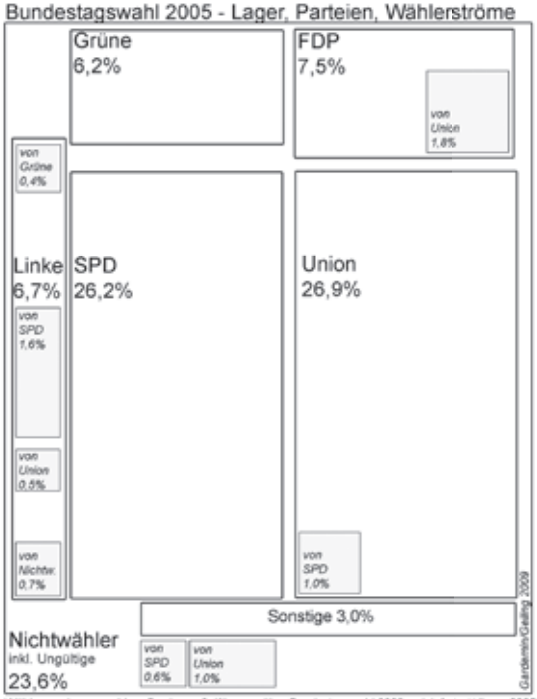
Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 1994, vgl. infratest/dimap 1998
Wahlberechtigte: 60762751

Abb. 2
Bundestagswahl 2002 - Lager, Parteien, Wählerströme



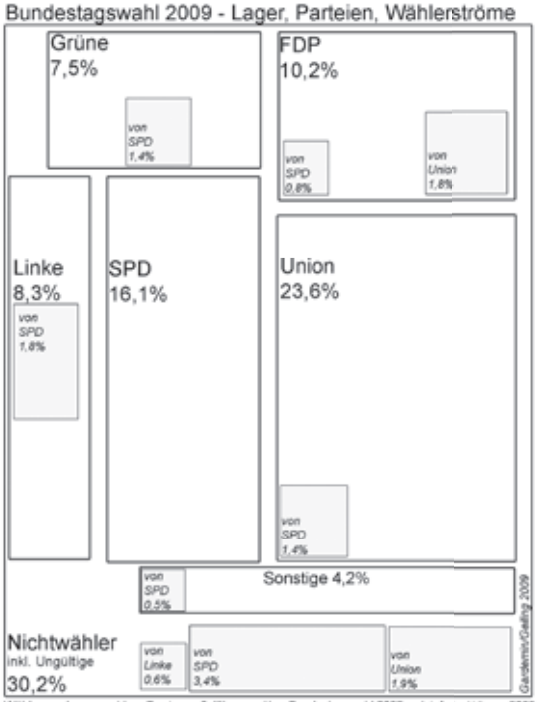
Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 1998, vgl. infratest/dimap 2002
Wahlberechtigte: 61432868

Abb. 3
Bundestagswahl 2005 - Lager, Parteien, Wählerströme



Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 2002, vgl. infratest/dimap 2005
Wahlberechtigte: 61870711

Abb. 4
Bundestagswahl 2009 - Lager, Parteien, Wählerströme



Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 2005, vgl. infratest/dimap 2009
Wahlberechtigte: 62132442

Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen. Sie gab 3,4 Prozentpunkte ins Nichtwählerlager ab, 1,8 an die Linke, 1,4 an die Grünen, 1,4 an die Union, 0,8 an die FDP und 0,5 an die Sonstigen. Die Union verliert 1,9 Prozentpunkt an die Nichtwähler, 1,8 an die FDP.

In der Summe konnte die Union seit 1998 über die vorangegangenen Wahlen 2,5 Prozent der Wahlberechtigten von der SPD an sich binden, verlor aber gleichzeitig 4,1 Prozentpunkte an die FDP und 3,3 Prozentpunkte an die Nichtwähler. Die SPD verlor neben den 2,5 Prozent an die Union 2,9 Prozent an die Linke, 2,3 Prozent an die Nichtwähler, 1,8 Prozent an die Grünen und 1,0 Prozent an die FDP. Die größten Verluste haben die Volksparteien damit innerhalb ihres eigenen Lagers und gegenüber den Nichtwählern zu beklagen. Der Austausch zwischen den Lagern liegt im Saldo bei lediglich 3,5 Prozent der Wahlberechtigten über die vergangenen fünf Wahlen. Oder anders ausgedrückt: Von dem 1994 von der SPD erreichten Wählerkontingent von rund 17 Millionen Stimmen hat die SPD an Union und FDP 2,2 Millionen Stimmen verloren. An die Linkspartei und die Grünen gingen im gleichen Zeitraum 3 Millionen Stimmen, dazu noch 1,7 Millionen in das Nichtwählerlager.

Für eine erneuerte Sozialdemokratie mobilisierbar: Das sozialintegrative und das radikaldemokratische Lager

Auch wenn die Wählerwanderungssalden nicht die einzigen Kennziffern darstellen und im Längsschnitt nicht identifizierbare Ringtauschbewegungen stattfinden[11], so sprechen die Relationen doch für sich. Erstens ist die Volatilität, gemessen an den 60 Millionen Wahlberechtigten, nicht ausgesprochen hoch und zweitens ist der Austausch zwischen den politischen Lagern nur halb so groß wie die Wanderungen innerhalb des eigenen politischen Lagers und dem Nichtwählerlager. Studien über Wahlverhalten in Partei- und Merkmalshochburgen nach politischen Ansichten und nach Alter und Geschlecht unterstreichen die These der Lagertreue.[12]

Am Beispiel der FDP und der Grünen, die seit dem Einzug der Grünen in die Parlamente praktisch keinen Wähleraustausch haben, wird zudem deutlich, wie stabil die Wertmuster der Milieus sind. Historisch betrachtet sind die Entstehungsprozesse der Grünen und der Linkspartei in Westdeutschland auf Modernisierungs- und Verjüngungsprozesse klassischer SPD-Milieus zurückzuführen, die in der Partei keine Handlungsoptionen erringen konnten. Die SPD hat sich bis heute schwer getan, die neuen Parteien als Teil der eigenen Milieufamilie anzuerkennen. Die Geschichte von Rot-Grün zeigt: Der Phase der Nichtbeachtung folgten Beschimpfungen, Diffamierungen und Versöhnung, bis 1998 schließlich eine Interessenkoalition gefunden wurde, die über eine sachlagenorientierte Zweckgemeinschaft weit hinausging. Zeitgleich mit der Befriedung des rot-grünen Konflikts verlor die SPD jedoch ihren sozialintegrativen und gewerkschaftsorientierten Flügel zu einem erheblichen Teil an die Linkspartei. Damit geriet die SPD als Schutzmacht der Arbeitnehmermilieus in eine doppelte Konkurrenzsituation nach rechts und nach links. Zugleich ging ihr mangels ausgewogener Flügel der sozialpolitische Kompass abhanden. Die Folge war eine regelrechte Implosion der SPD nach 1998, in deren Folge 10 Millionen Wählerstimmen verloren wurden. Der SPD kamen die von der rechten Mitte neu gewonnenen 1,8 Millionen Wählerstimmen doppelt wieder abhanden (minus 3,7 Millionen Wählerstimmen zu CDU und FDP). Entscheidende 1,8 Millionen Stimmen aus der Kernwählerschaft der linken Mitte wanderten

11 Den größten Wanderungsstrom über den Untersuchungszeitraum erzielte die SPD 1998 mit einem Zustrom aus dem Unionslager von 2,2 Millionen Wählern. Ob dieser Zustrom bereits 2002 wieder als Abstrom zur Union oder auch zur FDP zu saldieren ist, oder ob andere Wanderungsbewegungen stattgefunden haben, hätte mit Paneldaten erhoben werden müssen.

12 Vgl. Martin, Andreas/Buitkamp, Martin/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/Schwarzer, Thomas 2009: Bundestagswahl 2009 in der Region Hannover, Hannover (www.wahlbericht-hannover.de).

zur Linkspartei ab. Die Grünen, die bereits nahezu vollständig ihre Stimmen über die letzten 30 Jahre aus der SPD erhielten, konnten zwischen 1998 und 2009 nochmals 1,5 Millionen Wählerstimmen aus der arrivierten SPD-Klientel abwerben. Im Wartestand sind zudem noch die 2,8 Millionen ins Nichtwählerlager abgewanderten Sozialdemokraten, die aus Überzeugung weder die CDU, noch die Linke und auch nicht die Grünen als Alternative sehen.

Nur durch die massive Wahlenthaltung von ehemaligen SPD-Wählern konnte überhaupt eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit gegen eine bislang nominell linke Mehrheit möglich werden. Denn auch das schwarz-gelbe Lager ist von 1994 bis 2009 von 23 Millionen Wählern auf 21 Millionen geschrumpft. Es besteht für die SPD die Gefahr, dass eine starke und gut organisierte Linke und ein neuer moderater städtische Konservatismus die SPD vollständig aufreiben. Zum ureigenen Thema der sozialen Gerechtigkeit sind keine modernen, glaubwürdigen oder gar visionären Ideen entwickelt worden. Nur über eine, wie in Ansätzen bei der Hessenwahl 2008 gefundene, moderne Antwort auf die soziale Frage können auch skeptische sozialdemokratische Wähler aus dem Nichtwählerlager zurückgeholt werden. Das Kernthema der Sozialdemokratie, sozialen Ausgleich mit den Bedingungen der modernen Arbeitsgesellschaft zu verbinden, ist nach wie vor die die sozialdemokratischen Milieus umspannende Klammer. Der neue soziale Deal darf aber nicht als eine technisch-ökonomistische Veranstaltung politischer Eliten verstanden werden, sondern muss die Milieus von Beginn an mitnehmen.

Die Kunst, mit diesen Milieus gemeinsam eine Reformpolitik zu entwickeln, hat die Sozialdemokratie in ihren prosperierenden Zeiten immer verstanden. Sicherheit der Arbeitsplätze und Mitbestimmung, Bildung und Qualifikation, innere und äußere Sicherheit, Ökologie und neue Technologien, Menschenrechte und Globalisierung, Gesundheit und Rente werden in den Politik- und Gesellschaftsbildern der sozialen Milieus jenseits von Union und FDP ähnlich definiert, und zwar immer vor dem Hintergrund der sozialen Integration, der Gerechtigkeit, der demokratischen Legitimität und der ökologischen Nachhaltigkeit. Hier hat es die SPD versäumt, auf alte Fragen neue Antworten zu finden und dabei mehr und mehr an Inte-grationskraft eingebüßt, Themenfelder freigegeben und letztlich aufgegeben, ihre ureigenen sozialdemokratischen Milieus zu repräsentieren. Die kulturelle Avantgarde, qualifizierte Facharbeiter, städtische Dienstleister, Sozial- und Bildungsberufsgruppen, einfache Angestellte, temporär Arbeitslose, untertariflich Beschäftigte, moderne Familien, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, auf Sozialstaatlichkeit angewiesenen Rentner und Frührentner, Auszubildende, Studierende, Migranten: Alle fühlen sich zu großen Teilen von der SPD nicht mehr repräsentiert, können politische Inhalte der SPD nicht mehr auf sich beziehen, verstehen die Funktionärssprache nicht, sind aufgeschreckt von sozialen Einschnitten, ahnen handwerkliches Stückwerk und Lobbyeinfluss in Gesetzesvorlagen, vermissen das sozialdemokratische Ethos als politische Leitlinie, durchschauen sogenannte von Sachzwängen geleitete Entscheidungen, misstrauen den Karrieren der Schröders und Clements, sehen die gleichbleibend ungerechte Behandlung von Frauen, Kindern, Migranten, Minderheiten und Außenseitern, spüren am Arbeitsplatz und im Gesundheitswesen die Zweiklassengesellschaft und erinnern sich an verbale Ausfälle von Schröder bis Sarrazin. ■

Dr. Daniel Gardemin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Prof. Dr. Heiko Geiling ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Die Sozialdemokratie am Scheideweg

von Felix Butzlaff und Oliver Nachtwey

Geteiltes Leid ist halbes Leid, sagt man im Volksmund. Doch im Falle der jüngsten Krise der SPD macht es die Sache sogar noch schlimmer. Denn in den meisten Ländern in Zentraleuropa befindet sich die Sozialdemokratie in einer Identitätskrise, die ihr Bestehen als Volkspartei auf Massenbasis in Frage stellt. Die SPD hat gerade ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik eingefahren, in Italien steht die sozialdemokratische Opposition hilflos einem chronischen Schwindler und Schürzenjäger und seiner Medienmacht gegenüber. In Großbritannien wird Labour bei den Wahlen im nächsten Jahr wahrscheinlich untergehen und auf Jahre wird die Partei noch an den Wunden laborieren, die sie sich von Blair und Brown in den letzen 15 Jahren hat zufügen lassen. In Frankreich kann sich die Parti Socialiste nur mit Mühe gegen den Zerfall stemmen.

Schon Anfang der 1980er hat Ralf Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" gesprochen. Er meinte damit keineswegs das Ende der sozialdemokratischen Parteien, sondern einen säkularen Trend der Erschöpfung der Wachstums- und Wohlfahrtspotentiale, der mit einem Wandel der politischen Konstellation zusammenfiel. Dieser Trend hat sich bis heute fortgesetzt: Betrug das jährliche Wirtschaftswachstum 1950-1973, im Goldenen Zeitalter des Kapitalismus, in Westeuropa im Durchschnitt noch 4,6 Prozent, fiel es in der Periode 1973-1996 auf 2,1 Prozent . Bis zum Jahr 2001 waren es sogar nur noch 1,9 Prozent pro Jahr.

Ohne Wirtschaftswachstum verliert die Sozialdemokratie die primäre Quelle ihres Politikmodells. In der Nachkriegszeit beruhte diese auf einem keynesianischen Produktivismus: Ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit waren eine organische Einheit. Mit dem Ausbleiben des Wachstums aber wurden die Verteilungsspielräume immer kleiner.

In den meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa fand man auf dieses Dilemma keine Antworten. Dazu kam, dass sich der Handlungskontext rapide verändert hatte. Die Globalisierung setzte Unternehmen und Staaten unter einen verschärften Konkurrenzdruck. Zudem schrumpfte die alte Industriearbeiterschaft zusehends, Angestellten- und Dienstleistungsberufe, in denen kollektive sozialistische oder sozialdemokratische Identitäten nur schwer vermittelt werden konnten, nahmen stetig zu.

Die Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft begannen auseinander zu laufen. Die besser ausgebildeten und qualifizierten Arbeitnehmer konnten sich flexibler an die Ära der Hochtechnologie anpassen.. Es waren oftmals gerade diese Teile der Arbeiterschaft, die sich gegen staatliche Regulierungen und zu hohe Steuern aussprachen, weil sie fürchteten, dadurch könnte ihre kompetitive Position untergraben werden (vgl. Kitschelt 1994: 12–20). Damit entwickelten sie Ansprüche, die mitunter im Widerspruch zu jenen standen, die beschäftigungslos waren oder, wenn sie eine Arbeit gefunden hatten, diese extrem unsicher und schlecht bezahlt war.

Die soziale Basis veränderte sich noch in einer weiteren subversiven Hinsicht. Der Wohlfahrtsstaat hatte teilweise den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in der Nachkriegsära befriedet. Klasse war nicht länger das bestimmende Moment der Identität der meisten Menschen. Man fühlte sich in erster Linie als Bürger, auch dann, wenn man objektiv weiterhin einer sozialen Klasse zugehörig war (vgl. Hobsbawm 1995). In der Nachkriegsära gewan-

Foto: www.fotolia.com, © Dawn Hudson

nen linkslibertäre und postmaterialistische Einstellungen vor allem in den jüngeren Generationen große Bedeutung, die oft über Kreuz lagen mit der traditionellen Sozialdemokratie. Gleichzeitig führte der Mitgliederschwund der Gewerkschaften zu einem Prozess des *„delinking"* der historischen Verbindung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften reichten als soziale Basis nicht mehr aus (Piazza 2001).

In dieser schwierigen Konstellation konnten sich in den sozialdemokratischen Parteien die „Modernisierer" durchsetzten, die sich für eine Wende zu einer liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik stark machten. Ihr Kalkül war, dass man mit dieser Politik die neue entstanden neuen Mittelschichten einbeziehen könnte und die alten Anhänger – aus Mangel an Alternativen – nicht verlieren würde. Die Modernisierer proklamierten für die Sozialdemokratie einen „Dritten Weg", den Anthony Giddens als Alternative sowohl zum konservativen Neoliberalismus als auch zur „alten" etatistisch-korporatistischen Sozialdemokratie formulierte. Giddens plädierte dafür die die Logik der Märkte anzuerkennen und kritisierte die „obsessive Fixierung auf Ungleichheit" der alten Sozialdemokratie (Giddens 1999). Die Modernisierer waren auf dem Dritten Weg zunächst auch erfolgreich. Sie erneuerten die sozialdemokratischen Parteien und gewannen in zahlreichen europäischen Ländern die Wahlen. Gleichwohl hatten sie die Ausrichtung der Parteien so verändert, dass am Ende nicht mehr die klassische Sozialdemokratie, sondern eine „Marktsozialdemokratie" stand (Nachtwey 2009). Bei Marktsozialdemokratie geht es nicht um den vollständigen Abschied von der sozialen Gerechtigkeit, sondern um ihre Vereinbarkeit mit dem Markt. Die sozialdemokratische Kopplung von Wachstum und Gerechtigkeit bleibt erhalten, aber vor der Distribution kommt die Produktion. Der Markt ist zur zentralen Referenzgröße der Politik geworden. Wie die Transformation zur Marktsozialdemokratie den Niedergang der sozialdemokratischen Parteien vorangetrieben hat, zeigen wir im Folgenden anhand dreier kurzer Skizzen der SPD, der britischen Labour Party und der französischen Parti Socialiste.

Ungeklärte Verhältnisse – die SPD und die Neue Mitte

Auch die deutsche Sozialdemokratie hatte in ihrer langen und bitteren Oppositionsphase seit Beginn der 1980er Jahre mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gehadert, hatten in Abgeschiedenheit Programmdebatten geführt, wie sie als Partei auf den Zerfall der Voraussetzungen ihres zuvor keynesianisch geprägten Politikmodells reagieren sollte. Erst 1998 gewann sie nach vier Niederlagen in Folge wieder eine Bundestagswahl, und mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder besaßen die Sozialdemokraten zwei Parteiführer, die sich in ihren Funktionen als Wahlkämpfer perfekt ergänzten. Der Parteivorsitzende Lafontaine spielte die Klaviatur der Traditionssozialdemokratie und es gelang nahezu perfekt, die traditionellen Wähler anzusprechen. Mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten wiederum konnten all die Wählerschichten angesprochen werden, die sich eine modernere und liberalere Politik der Wirtschaftsnähe versprachen. Allein – die Umsetzung der Synergie aus *Innovation und Gerech-*

tigkeit an der Regierung als erwies sich nahezu unmöglich. Denn die Partei hatte – um den Erfolg bei den Wahlen nicht zu gefährden – mitnichten ausgefochten, wie es programmatisch um die zukünftige Sozialdemokratie stehen sollte.

Das Wahlergebnis bot keinen Fingerzeig, welcher Teil der SPD, welche Auffassung zukünftiger Sozialdemokratie nun den Regierungsauftrag erhalten hatte – im Gegenteil. Und dies mag auch das grundlegende Problem der Partei und ein Kern ihres schrittweisen Schrumpfens bis hin zur vernichtenden Wahlniederlage im Herbst 2009 sein: Dass stets ein gewichtiger Teil der Parteianhängerschaft sich enttäuscht abzuwenden drohte; denn während sich der vielleicht größere Teil Schutz und Sicherheit und einen starken Sozialstaat in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit erhoffte, versprachen andere sich eine auf ressourcenstarke Individuen zugeschnittene Wirtschaftspolitik (Walter 2009).

Natürlich haben die Sozialdemokraten auch schon lange vor 1998 viele Mitglieder verloren. Die autoritäre Art aber, mit der der eigenen Partei an der Regierung programmatische Neuausrichtungen und die Abkehr von lange gültigen Glaubenssätzen aufgedrängt wurden, demütigte die Partei und machte ihre Funktionäre politisch sprachlos. Das Schröder-Blair-Papier 1999 und mehr noch die Hartz-Gesetze ab 2003 führten die Partei in eine tiefe Identitätskrise. Die Regierungs-SPD übernahm mit ihrer Politik viele neuliberale Vorurteile bezüglich der negativen Auswirkungen von Sozialstaat und öffentlicher Fürsorge kompromissloser als die meisten ihrer europäischen Pendants. Die Einschnitte ins soziale Netz, die Deregulierung des Finanzmarktsektors, die Senkung der Steuersätze für Gutverdiener und Unternehmen – all dies widersprach den Vorstellungen weiter Teile der Partei. Am Ende der Regierungsperiode war denn auch in vielen Bereichen die Bilanz für eine sozialdemokratische Partei geradezu vernichtend:

Die Kluft zwischen Arm und Reich war tiefer, die Bildungsungleichheit höher und die Kinderarmut größer geworden. Und während auf diese Weise die sozialdemokratischen Traditionswählerbestände langsam auf ein Minimum absanken, taten die Volten einer rhetorischen Retraditionalisierung in den Wahlkämpfen sowie die ökonomische Bilanz der Regierungstätigkeit ihr Übriges dazu, auch diejenigen Anhängergruppen zu verunsichern und zu vertreiben, die sich eine kraftvollere Politik der Wirtschaftsreformen erhofft hatten. Am Ende war die Entfremdung von Teilen der Wählerschaft so groß, dass diese dem flüchtigen Parteichef Lafontaine zur neu entstandenen Linken folgten, die ab 2003 der SPD als Konkurrenz erwuchs. Und gerade in einer großen Koalition mit der CDU ab 2005 sollte sich diese Zwischenposition dann als verhängnisvoll für die Sozialdemokraten erweisen. Wer seine Wahlstimme für soziale Sicherung und einen Ausbau staatlicher Fürsorge abgeben wollte, dem stand nun eine kompromisslosere Linke zur Auswahl, und wer sich eine Partei der Wirtschafts- und Finanzkompetenz wünschte, der konnte sein Kreuz bei der CDU machen.

Learning to love the market – New Labour

Die britische Labour Party war – im europäischen Vergleich – die erfolgreichste sozialdemokratische Partei der letzten 15 Jahre. Seit 1997 stellt sie den Premierminister, hat drei Wahlen in Folge gewonnen, und unter ihrer Regierung erlebte das Land den längsten Wirtschaftsaufschwung der letzten 100 Jahre. Doch nun befindet sich die Labour Party in einer tiefen Krise: In Umfragen liegt sie mehr als 20 Prozent hinter den oppositionellen Konservativen, Premier Brown fährt Niederlage über Niederlage ein, wirkt unsicher und ist nur aus Mangel an Alternativen noch Premierminister.

Bevor New Labour 1997 unter der Führung von Tony Blair einen fulminanten Wahlsieg errang, hatte die Partei vier Wahlen hintereinander verloren und mit ansehen müssen, wie

Margaret Thatcher das Land umkrempelte. Der Sozialstaat wurde abgebaut, zahlreiche Staatsbetriebe privatisiert, die „Freiheit" der Finanzmärkte und der Unternehmer gestärkt und insbesondere die Rechte der Gewerkschaften beschnitten. Vor allem gelang es Thatcher, den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens zu brechen, indem sie der Arbeiterschaft und Mittelschicht individualistische gesellschaftliche Anreize bot. So privatisierte sie beispielsweise die staatlichen Sozialwohnungen und verkaufte diese an die Mieter, machte so zahlreiche Arbeiter zu Eigentümern und Kreditnehmern und trug zur „Zersetzung des Arbeiterblocks" (Hobsbawm 1995) bei.

An diesen individualisierten Wirtschaftsliberalismus knüpfte New Labour teilweise an. Man strich das Bekenntnis zum Gemeineigentum aus der Satzung und bekannte sich zu freien Märkten. In der Sozialpolitik betonte man stärker die Pflichten als die Rechte und unternahm keine Anstalten, die anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung aus der Thatcher Zeit zurückzunehmen.

In der Wirtschafts- und der Sozialpolitik hat New Labour in der Regierungszeit de facto mehr umverteilt, als allgemein angenommen wird. Die Umverteilung hieß bei Labour vor allem, unten in der Gesellschaft einen Sockel einzuziehen. Mehr Gleichheit stand nicht auf der Agenda, was auch genauso eintrat. Die Gesellschaft Großbritanniens kennt heute weniger Armut, ist aber ungleicher und weniger sozial mobil als noch vor 30 Jahren. Labour ist dafür nicht allein verantwortlich, aber die Partei hat nur wenig getan, diese Entwicklung zu korrigieren (McKibbin 2009). Zentrales Instrument zur Bekämpfung der Armut war der 1997 eingeführte Mindestlohn und ein Ausbau der sozialen Leistungen. Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, ja im Prinzip alle Bezieher staatlicher Unterstützungsleistungen mussten allerdings beständig und marktkonform ihre Arbeitswilligkeit unter Beweis stellen. Taten sie es nicht, aus welchen Gründen auch immer, verloren sie ihren Anspruch.

Auch wenn Gordon Brown derzeit auf der internationalen Bühne versucht, sich als Weltstaatsmann zu präsentieren, der die globalen Finanzmärkte reguliert: New Labour hat gleich zu Beginn der Regierungszeit die Zentralbank in die Unabhängigkeit entlassen und stärkte die Londoner City – das Finanzzentrum in Großbritannien – durch weitere Deregulierungen. Viele der in der Boomphase neu geschaffenen Jobs entstanden in der Finanzbranche oder waren einfache, niedrig entlohnte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Jetzt sticht die globale Krise der Finanzmärkte mitten ins Herz der britischen Ökonomie, weil sie kaum noch eine produktive Basis in der verarbeitenden Industrie hat.

1997 versprach die Labour Party einen neuen Aufbruch. Neue Mitglieder strömten in die Partei und die Gewerkschaften unterstützten sie trotz gewisser Spannungen noch durchgängig. Auf 400.000 Mitglieder wuchs die zuvor arg gebeutelte Partei wieder. Doch schon bald begannen die Desillusionierungen. Schon vor der Regierungsübernahme hatte die Parteispitze durch Organisationsreformen den Einfluss der Gewerkschaften und der Parteilinken auf die Parteiführung und die Regierungspolitik beschnitten. Nicht zuletzt deshalb konnte sich eine Alternative innerhalb New Labours bislang nicht etablieren, aber auch außerhalb der Partei erwuchs keine starke Opposition. Dies lag auch am großen Damm des Mehrheitswahlrechts, das auf der rechten Seite die Konservativen lange Zeit auf Distanz hielt und auf der linken Seite die Liberaldemokraten zum Opfer des taktischen Wählens machte. Ohne Mehrheitswahlrecht sehen die Verhältnisse dramatisch anders aus. Bei der Europawahl, bei der das Verhältniswahlrecht gilt, wurde die Labour Party mit 16 Prozent nur noch die dritte Kraft.

Der Labour Party droht im nächsten Frühjahr eine vernichtende Wahlniederlage. Und es nicht klar, wer sie dort wieder herausführen kann. Weder existiert ein politisches Führungspersonal, das eine Erneuerung verspricht,

noch existiert eine soziale Basis, die sich gegen die Niederlage stemmen könnte. Die Partei hat seit 1997 mehr als 60% ihrer Mitglieder verloren, nur knappe 160.000 Mitglieder zählt sie noch. Zwar wird Labour immer noch überdurchschnittlich von Arbeitern gewählt, aber die Partei ist mittlerweile sozial eine Partei der Mittelklasse, hoch verschuldet und von den Gewerkschaften entfremdet.

An der Macht verblasst – die Parti Socialiste

Was die gesellschaftliche Verankerung, die Mitgliederzahlen und die Verknüpfung mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung anbelangt, so blickt die Parti socialiste längst nicht auf eine so lange und starke Tradition wie bei ihren englischen und deutschen Pendants zurück. Erst im Laufe der 1970er Jahre gelang es der Partei unter Führung von Francois Mitterand, gemeinsam mit den Kommunisten eine Linksunion zusammen zu schweißen. Der Erfolg der PS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1981 war einer der größten Erfolge einer linken Partei in Europa seit 1945 (Sassoon 1996): Eine Demokratisierung der Gesellschaft, Verstaatlichungen in der Industrie und im Finanzsektor, Dezentralisierung und Stärkung der Regionen im stark zentralistischen Frankreich, sowie ein Ausbau der demokratischen Elemente in der Wirtschaft waren die zentralen Punkte.

Die PS hatte ihre Rechnung allerdings ohne die ökonomische Baisse nach den Ölkrisen gemacht. Die privaten Investitionen blieben niedrig und die Arbeitslosenzahlen hoch. Die Skepsis der internationalen Finanzmärkte gegenüber der französischen Politik ließ das außenwirtschaftliche Gleichgewicht deutlich ins Minus abrutschen und die staatliche Verschuldung explodieren. Im Ergebnis wurde der Druck binnen kurzer Zeit so stark, dass Mitterand als der Parteienkonkurrenz enthobener Präsident die Position eines überparteilichen Landesvaters einnahm und mit der *rupture* 1982/83 jeden Anspruch auf eine ge-

Aus dem Programm des VS Verlages

2., verb. Aufl. 2008.
298 S. Br. EUR 14,90
ISBN 978-3-531-15809-9

2008. 320 S. Br.
EUR 24,90
ISBN 978-3-531-16085-6

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.
Änderungen vorbehalten. Stand: 9 | 2009.

VS VERLAG
VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel: 0611.7878-245
Fax: 0611.7878-420
www.vs-verlag.de

sellschaftsverändernde Politik aufgab. „Wir haben gelernt", hieß nun die Botschaft, und man wollte fast übereifrig der Finanzwelt beweisen, dass man keine substantiell andere Politik anstrebte als die bürgerlichen Parteipendants (Sassoon 1996). Und so erfolgreich diese Umkehr in Stil und Inhalt auch für Mitterand persönlich gewesen ist, so tiefgreifend veränderte er die eigene Partei. Die PS zog sich innerlich von der eigenen Regierung zurück, igelte sich ein und die verschiedenen Parteiströmungen reduzierten sich schnell auf taktische Formationen für die Durchsetzung von Personalfragen.

Die Programmdiskussionen der Partei sind nach wie vor vom Erfahrungshorizont der 1960er und 1970er Jahre geprägt, wirken jedoch abgekoppelt und realitätsfremd. Ein Versuch, einen eigenen Weg der programmatischen Erneuerung zu gehen, hat die Partei nie unternommen. Zwar mag dies auf der einen Seite dazu geführt haben, dass die Partei – die im Übrigen nie eine starke Arbeitermitgliedschaft besessen hatte, stets eine Formation der Angestellten und Lehrer, eine Partei *für,* nicht *von* Arbeitern gewesen war – bei den Arbeiterwählern zwar deutlich verlor, nicht aber im gleichen Maße einbrach wie SPD und Labour. Auf der anderen Seite stellte eine fortwährende unklare Parteienposition zwischen traditionell linker Programmatik und liberalpragmatischem Regieren die kollektive Identität der Anhänger auf eine harte Probe. Auch Lionel Jospin als Premier unter Jacques Chirac als Präsidenten ab 1997 konnte da keinen Ausweg für die PS aufzeigen und brachte über die Einführung der 35-Stunden-Woche hinaus kaum Anhaltspunkte für eine Wiederbelebung der Partei. Dass seit dem Abtritt Mitterands die Parteiströmungen all ihre politische Energie auf den Kampf um die Personalhoheit und die Kandidaturfrage richteten, hat eine Auseinandersetzung um eine mögliche Neujustierung der traditionellen Konzepte verhindert. Gleichzeitig ist die PS damit verwundbarer geworden, hat ob der sichtbaren Dissonanzen zwischen Praxis und Programm sowohl an Nicolas Sarkozy in der gesellschaftlichen Mitte als auch an neu entstandene linke Parteien wie NPA oder die *Parti de Gauche* Anhänger verloren.

Die PS ist in den 90ern immer stärker eine Partei der sozial Privilegierten geworden: leitende Angestellte und höhere Beamte prägen das Bild, oft mit eigenen politischen Ambitionen. Der Anteil der Mandatsträger ist sehr hoch. Und immer mehr Franzosen sehen die PS als eine Partei ohne politisches Projekt, zwei Drittel der Bevölkerung glauben auch der heutigen, zerstrittenen Parteiführung um Martine Aubry nicht, dass sie ein Bild eines zukünftigen Frankreichs zeichnen könne, welches über das eigene personalpolitische Tableau hinausginge (Hillebrand 2009).

Perspektiven der Sozialdemokratie

Die Transformation zur Marktsozialdemokratie und die Entkoppelung von ihren Anhängern hat die europäische Sozialdemokratie in eine tiefe Krise geführt. Dazu beigetragen hat auch der Politikstil der Modernisierer, die teilweise autoritär, teilweise populistisch ihre Parteien als Organe der Diskussion, des produktiven Streits und der demokratischen Willensbildung stillgelegt haben. Letztlich hat man die Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen – einer der Ursprungsgedanken der demokratischen Moderne – ausgehebelt.

Jetzt bräuchte man genau dieses: Parteien, die in der Lage sind, offen und ehrlich über sich und die Gesellschaft zu reflektieren. Das alte Subjekt der Sozialdemokratie, die traditionelle Arbeiterklasse, ist verschwunden. Doch in jüngster Zeit hat der globale Kapitalismus wieder eine neue soziale Frage hervorgebracht. Die Zeit des allgemeinen gesellschaftlichen Aufstiegs, der kollektiven Rolltreppe nach oben, der Zunahme sozialer Sicherheit ist – möglicherweise unwiderruflich – vorbei. Die Gesellschaft befindet sich inmitten einer Peri-

ode der sozialen Verwundbarkeit, der stärkeren Abwärts- und schwächeren Aufwärtsmobilität, des Status- und Sicherheitsverlusts, der Prekarität und Exklusion (Dörre/Castel 2009). Soziale Unsicherheit breitet sich aus wie eine Epidemie und der Erreger hat bereits die Mittelklassen infiziert. Das ist das Kernproblem: Die Marktsozialdemokratie vermag nicht, mit ihren Policies die *„neue soziale Frage"* einzuhegen.

Wir erleben gleichwohl keinen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern die Wiederkehr der sozialen Frage in neuer Form. Bislang gibt es nur individuelle Verarbeitungen dieser Entwicklung. Vereinzelung, Leistungsausgabe bis zur Erschöpfung, aber auch Offenheit für rechten Populismus sind die Folge. Eine erneuerte Sozialdemokratie muss einerseits die Frage der Ökonomie neu denken, denn ein „Weiter so" oder die Sicherung des Status Quo lassen sie in der Zange zwischen Konservativen und Linken weiter ausbluten. Die Konservativen haben jetzt schon mit ihrer nüchternen Konversion zum keynesianischen Etatismus der Sozialdemokratie wichtige Distinktionsmerkmale genommen. Es gibt keine strukturell rechte Mehrheit in der Gesellschaft; in einer Zeit der sozialen Unsicherheit wird den Konservativen schlicht eher zugetraut, den Status quo zu bewahren, während es in den vergangenen Jahrzehnten gerade die Sozialdemokratien waren, die ihre Anhänger mit den vermeintlich modernen Zumutungen in ein stahlhartes Gehäuse aus Eigenverantwortung, Flexibilität und Beschleunigung gezwängt haben. Auf der anderen Seite werden die sozialdemokratischen Parteien von links zunehmend unter Druck gesetzt – mit Ansätzen, die mal die eigenen waren.

Es fehlt ein Plan, eine gesellschaftliche Vision, mit der man nicht zum Arzt geschickt wird, sondern die Programm und Realität zusammenbringt, die Demokratie neu denkt (wie zum Beispiel in der Wirtschaft) und eine erneuerte Vorstellung gesellschaftlicher Macht. Nahm man die letzten 20 Jahre an, dass Macht zur Veränderung nur in der Regierung möglich sei, hat man jetzt wahrscheinlich lange Gelegenheit, die Möglichkeiten der Opposition neu schätzen zu lernen. Die Geschichte kann da hilfreich sein: Die zentralen Institutionen des deutschen Wohlfahrtsstaates wurden von Konservativen begründet – nicht zuletzt aus Furcht vor der Macht der Underdogs, wenn sie sich organisieren und Alternativen entwickeln.

Das Bedürfnis der Bürger nach sozialer Sicherheit ist nur eine stumme Wucht, wenn sie nicht artikuliert wird. Darum wird es in der Zukunft der Sozialdemokratie gehen müssen, falls sie eine haben will: Die Neuerschaffung kollektiver Subjektivität an der Frage der sozialen Unsicherheit, die eine Idee einer anderen, besseren Gesellschaft in sich trägt. ■

Felix Butzlaff ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsgruppe für Parteien- und Politische Kulturforschung an der Universität Göttingen.

Dr. Oliver Nachtwey ist Soziologe und Politikwissenschaftler und vertritt derzeit den Lehrstuhl von Prof. Franz Walter für Parteien- und Politische Kulturforschung an der Universität Göttingen.

Literatur

■ Dörre, Klaus/Castel, Robert (Hrsg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.

■ Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.

■ Hillebrand, Ernst, 2009: Die sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims, Friedrich Ebert Stiftung.

■ Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.

■ Kitschelt, Herbert, 1994: The Transformation of European Social Democracy, Cambridge.

■ McKibbin, Ross, 2008: What works doesn't work, in: London Review of Books, 11. September 2008.

■ Nachtwey, Oliver, 2009: Marktsozialdemokratie : die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.

■ Piazza, James, 2001: De-Linking Labor, in: Party Politics (7) 4, S. 413 – 435.

■ Sassoon, Donald, 1996: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, New York.

■ Walter, Franz, 2009: Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld.

Die neue (sozial-)demokratische Frage

von Benjamin Mikfeld

Am 27. September 2009 haben gerade einmal 16 Prozent aller Wahlberechtigten die SPD gewählt, vor elf Jahren tat dies noch jeder Dritte Ein großer Teil der von 20 auf zehn Millionen halbierten Wählerinnen und Wähler ist nicht zu anderen Parteien gewandert, sondern in die demokratische Passivität. Die SPD hinterlässt nach elf Jahren Regierungszeit eine Repräsentationslücke, die, würde sie weiter zunehmen, wohl jedes Gedankenspiel von einer neuen Mehrheit links der Mitte schnell beendet. Die Ursachensuche für diesen rasanten Niedergang ist in vollem Gange.[1]

Doch die beiden derzeit gängigsten Interpretationen greifen zu kurz. Grob betrachtet sieht die eine Interpretation die Ursache in einer Politik, die das Gerechtigkeitsempfinden vor allem in der Arbeitnehmerschaft verletzt und die Zunahme der soziale Spaltung zu wenig beachtet hat. Daran ist vieles richtig, doch sie lässt andere Aspekte der gewachsenen Unruhe in der Mittelschicht unbeachtet. Die andere Interpretation beklagt die mangelnde Ent- und Geschlossenheit der Partei für den Reformkurs der Agenda 2010. Sie sieht die SPD als „Partei der linken Mitte", doch schon die Formulierung ist Ausdruck einer lauwarmen Unentschiedenheit, die die SPD in einer Marktlücke zwischen modernem Konservatismus und Linkspartei positioniert sehen will.

Quer dazu liegt die Frage, ob die SPD sich zu Tode gesiegt habe. Denn würde man die Vorschläge des SPD-Regierungsprogramms 2009 einzeln zur Abstimmung stellen, bekäme man für fast alle satte Mehrheiten. Nur konnten viele dieser Vorschläge auch bei anderen Parteien gewählt werden. Gibt es neben den scheinbaren Alternativen einer Transferleistungserhöhungs-Sozialdemokratie, einer urbanen Ökolifestyle-Sozialdemokratie und einer Softkonservativ-Sozialdemokratie überhaupt noch Platz für eine Sozialdemokratie Classic?

Die Antwort lautet: Ja, denn nur die SPD kann als erneuerte, ausdrücklich linke Volkspartei die nötigen Integrationsleistungen zwischen den an linke Politik anschlussfähigen Interessen und Milieus erbringen. Doch eine entscheidende Voraussetzung ist, dass die SPD wieder eine Idee von sich selbst und ihrer Mission hat. In der Großen Koalition hat sich der Verlust von Selbst-Bewusstsein noch verschärft. Nehmen wir nur die Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Antwort der SPD auf den Skandal einer durch Reichtumskonzentration und Finanzspekulation hervorgerufenen Weltwirtschaftskrise lautete: Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, Kurzarbeit, Abwrackprämie. Sie lieferte durchaus wirksame Krisenmildungsinstrumente, aber eben keine normative Debatte über Gerechtigkeit und Demokratie in der Krise. Während die SPD ohnehin die ökonomische Meinungsführerschaft immer nur in Ausnahmefällen (z.B. bei erfolgreichen Landesregierungen) innehatte, konnte sie früher immerhin ihre soziale und kulturelle Meinungsführerschaft ausspielen. Doch auch über diese verfügt die Sozialdemokratie derzeit nicht.

Neue Ideen und Synthesen statt „Balancen"

Bei der Suche nach einer programmatischen und strategischen sozialdemokratischen Kursbestimmung taucht häufig der Begriff der „Balance" auf. Nun ist unstrittig, dass es politische Zielkonflikte geben kann, die einen Mittelweg erforderlich machen. Oft besteht die politische Aufgabe aber im produktiven Auflösen von – oft scheinbaren oder in den herrschenden Diskursen angelegten – Widersprü-

1 Der Autor teilt hierzu große Teile der Einschätzungen in den Aufsätzen von Butzlaff/Nachtwey und Gardemin/Geiling in dieser spw.

chen. Wenn beispielsweise von einer nötigen Balance zwischen wirtschaftlicher Prosperität, ökologischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit gesprochen wird, ist man dem liberal-konservativen Diskurs schon auf den Leim gegangen, denn man spaltet die Politik in scheinbar entgegen gesetzte Logiken auf. Und man wird immer eine Partei finden, die eine der drei Logiken konsequenter vertritt als die SPD.

Diese Nicht-Fisch-Nicht-Fleisch-SPD trägt eine maßgebliche Mitverantwortung für die „bemerkenswerte Unterideologisierung und Sprachlosigkeit der deutschen Politik“[2], die der Staatsrechtler Christoph Möllers beklagt. Und sie hat insofern auch eine Mitverantwortung für eine Krise der Demokratie, deren Symptome im Rahmen der Diagnose einer „Post-Demokratie“ häufig beschrieben wurden: Sinkende Wahlbeteiligung, Mitgliederverlust der Parteien, rückläufiges Vertrauen in politische Institutionen, wachsender Lobbyisteneinfluss, Reduktion von politischer Kommunikation auf Marketing, Boulevardisierung und Personalisierung und so weiter. Wo der Eindruck entsteht, Politik habe nichts von Gewicht zu entscheiden, wenden sich gerade die politikfernen Gruppen ab - oder den Anbietern einfacher Antworten zu.

Die SPD kann sich nur durch eine produktive Auflösung vermeintlicher Widersprüche und in klarer Abgrenzung zu anderen Politikansätzen neu positionieren. Es gilt deutlich machen, dass ein Sozialstaat nicht nur kostet, sondern auch soziale Produktivkraft ist. Gerade die Entgegensetzung von Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit war ein törichtes Eigentor der „modernen Sozialdemokratie“. Woher sollen die Finanzen für bessere Bildung denn kommen? Es muss verdeutlicht werden, dass politische Vernunft und politische Leidenschaft Hand in Hand gehen können. Wenn es darum geht, zu sagen „was ist“, gilt es, die beiden großen Kritikströme am Kapitalismus, die Sozialkritik (an Ungerechtigkeit und Ausbeutung) und die Künstlerkritik (an Bevormundung und Freiheitseinschränkung) zusammenzubringen. Und vor allem: Erforderlich ist eine diskursive und politische Verknüpfung der Anliegen von (auch abstiegsbedrohten) Arbeitnehmern und dem zur Solidarität bereiten liberalen Bürgertum.

Bürgerliches Manifest vs. Manifest der Bürgerrechte

Will man wissen, welchen Lockrufen das in Unruhe geratene „Bürgertum“ von rechts ausgesetzt ist, lohnt ein Blick in das vom Philosophen Peter Sloterdijk jüngst veröffentlichte „bürgerliche Manifest“.[3] Sloterdijk sieht Deutschland als einen „Umverteilungsstaat mit krypto-semi-sozialistischer Struktur“, regiert von einer „Lethargokratie“, die einem notorisch nörgelnd-unzufriedenen Volk nach dem Munde redet. Nach seiner Deutung befindet sich das Land im festen Griff einer latenten Sozialdemokratie im Sinne einer „Transfermaschine“, die nicht zwingend von der manifesten Sozialdemokratie (der SPD) bedient werden müsse. Der Konflikt unserer Zeit sei derjenige zwischen den „Steueraktiven“ bzw. „Transfermassengebern“ auf der einen und den „Transfermassennehmern“ auf der anderen Seite. Der aktuelle Zeitgeist beinhalte einen „psychopolitischen Vektor“ zur Mobilisierung eben jener steueraktiven Bürger. Es sei nun „objektive Aufgabe“ der Wahlgewinnerin FDP, „dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur stark mitgenommen fühlt, sondern sich endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß“.

Diese Gemeinwohlabkehr des oberen gesellschaftlichen Drittels vollzieht sich milieuspezifisch und hat insofern mindestens zwei Gesichter. Sie zeigt sich in der distinktiven Bioladen-Gentrifizierung der urbanen Linksliberalen sowie in der Entfesselung der Net-

2 Christoph Möllers: Vom Leiden an der Demokratie, in: polar 7 (2009), S. 16

3 Peter Sloterdijk: Aufbruch der Leistungsträger, in: CICERO 11/2009, S. 95-107

tomaximierungs-Leidenschaft der Leistungsindividualisten, deren Avantgarde die von Dahrendorf beschriebene „globale Klasse“ ist.

Die neue demokratische Frage ist daher die drohende Abkehr an beiden Enden der Gesellschaft: Die Depolitisierung der Enttäuschten und Prekären und die Gemeinwohlabkehr der Privilegierten. Dieser demokratischen Frage muss sich die Sozialdemokratie stellen. Doch wie?

Dem „bürgerlichen Manifest“ nach Westerwelle-Sloterdijk-Machart könnte die Sozialdemokratie die Arbeit an einem „Manifest der Bürgerrechte“ entgegensetzen. Als eine Partei der sozialen und demokratischen Bürgerrechte müsste sie jedoch ihre gelegentlich paternalistische, belehrende und autoritäre Politikweise hinter sich lassen. Sie müsste sich öffnen für die Ideen und Impulse eines linken Republikanismus oder auch der radikalen Demokratie. Sie müsste wieder den Geist von Gleichheit und Freiheit atmen.

Das Kernprojekt wäre also eine Demokratisierung der Demokratie. Es dürfte Demokratie nicht nur als eine Verfassungsform begreifen, sondern als eine politische Kultur und einen Prozess. Doch mitnichten geht es hier um die Vorstellung einer liberalen Vernunft- und Konsensdemokratie. Im Gegenteil: Demokratisierung ist eine Konflikt-Strategie, den Raum des Politischen zu erweitern und sich beispielsweise der Sichtweise entgegenzustellen, das Ökonomische stünde außerhalb des Politischen. Denn „jede tatsächliche Demokratie gründet im Konflikt, – sie ist stets konflikthafte Demokratie.“[4] Gerade die von Etienne Balibar beschriebene „Dialektik von Bürgerschaft und Demokratie“ erfordert eine Doppelstrategie: Die Ausweitung demokratischer Räume und das „Empowerment“, die Befähigung der Bürger zur Emanzipation, dazu, die eigenen Chancen und Rechte erkennen und wahrnehmen zu können.

Vorschlag für einen neuen integrativen Diskurs: Ein Programm der sozialen und demokratischen Bürgerrechte

Für ein solches „Manifest der Bürgerrechte“ im Sinne eines normativen Programms der demokratischen Linken sollen und können hier nur einige Hinweise gegeben werden. Denn der Weg der demokratischen Diskussion und Erarbeitung selbst wären ein großer Teil des Ziels, der Neubegründung linker Hegemoniefähigkeit. Ein Diskurs über soziale und demokratische Bürgerrechte muss technischen und abstrakten Reformmaßnahmen der Linken vorausgehen.[5] Bevor links der Mitte über ein „Lager für sich“ (eine parlamentarische Koalition) nachgedacht wird, sollte die diskursive Formierung eines „Lagers an sich“ (eine gedankliche Koalition im Sinne ähnlicher Problemsichten und Antworten) Priorität haben. Diese Formierung muss vor allem als gegenhegemoniales Projekt zur neuen schwarz-gelben Regierung verstanden werden. Während sie mit dem Begriff der „Bürgerlichkeit“ einen Diskurs der Abgrenzung verfolgen, müsste der Bürgerrechte-Diskurs einer der Inklusion sein.

Die **Präambel** eines solchen Manifestes müsste zum einen die Gleichheit und die Freiheit der Bürger ins Zentrum rücken. So wichtig für die SPD der Wert der sozialen Gerechtigkeit ist, so ist er auch zu einer ziemlichen „Auslegeware“ verkommen, jeder versteht etwas anderes darunter. Es gilt, die eigentümliche Verklemmtheit gegenüber dem „Ideal der Gleichheit“ (was ja nicht Gleichmacherei bedeutet) zu überwinden, denn dieses verdeutlicht immer noch am klarsten den Unterschied zwischen Links und Rechts.[6]

4 Etienne Balibar (2009): Klassenkampf um die Demokratie?, in: polar 7, S. 25

5 Benjamin Mikfeld / Christina Schildmann (2009): Strategische Diskursführung in der Zeitenwende, in: Dominik Haubner Erika Mezger, Hermann Schwengel (Hg.): Reformpolitik für das Modell Deutschland, Marburg

6 Norberto Bobbio (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin

Sie müsste zum anderen eine Idee eines Gemeinwesen formulieren, das nicht dem materiellen Trieb der Nettomaximierung nachgibt, sondern die Glücksmaximierung des Einzelnen zum Ziel hat. Dazu gehört die Vorstellung von einer „guten Gesellschaft", die Wohlstand erarbeitet, aber deren „Sinn" sich nicht in Standortnationalismus und dem Streben nach einer (in naher Zukunft aussichtslosen) Verteidigung des Exportweltmeistertitels erschöpft. Daraus wiederum sollten sich zentrale, zu vereinbarende, soziale und demokratische Bürgerrechte ableiten, wobei der „Bürgerstatus" auch auf Zugewanderte erweitert werden müsste. Dass all diesen Bürgerrechten auch Bürgerpflichten gegenüber stehen, versteht sich von selbst.

Foto: www.fotolia.com, © iMAGINE

- **Soziale Bürgerrechte:** Eine demokratische Verabredung sozialer Bürgerrechte würde sich erstrecken von der Ausgestaltung einer sozialen Grundsicherung im Bedarfsfall und die Reichweite des Prinzips der Lebensstandardsicherung, über die Rechte als Arbeitnehmer (u.a. darüber, welche Lohnhöhe nicht unterschritten werden darf), das Bürgerrecht auf gebührenfreie Bildung bis hin zur einer Reform der sozialen Sicherung, die bestehenden ständischen Systeme hinter sich lässt und sich am Bürgerstatus orientiert.

- **Bürgerrecht auf Gemeinschaftsgüter:** Eng verbunden mit der Idee der sozialen Bürgerrechte ist das Recht auf den Zugang zu aber auch die Intaktheit von Gemeinschaftsgütern. Zum einen versagt die Marktwirtschaft, wenn es darum geht, die öffentliche Daseinsvorsorge zu organisieren. Hier geht es um öffentliche Güter wie Sicherheit, Bildung, Kultur, die in öffentlicher Verantwortung bereitzustellen sind. Zum anderen werden in einer Marktwirtschaft Gemeinschaftsgüter von privaten Wirtschaftsakteuren „verbraucht", ohne der Gemeinschaft dafür einen Ausgleich zu zahlen. Im Bereich der Umwelt sind mit der Besteuerung des Energieverbrauchs sowie dem Emissionshandel bereits Instrumente geschaffen worden, um externe Kosten zu internalisieren. Die Nutzung von Gemeinschaftsgütern hat so einen Preis. Diese Logik sollte auch auf die Gefährdung der ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit übertragen werden. Ein Besteuerung von Spekulationsgeschäften ist somit eine Antwort auf „ökonomische Umweltverschmutzung". Beide Ansätze könnten verknüpft werden, indem gesellschaftliche Fonds aufgelegt werden, die durch die Inanspruchnahme von Gemeinschaftsgütern gespeist und zur Finanzierung der Daseinsvorsorge verwendet werden.

- **Bürgerrecht auf Wissen:** Eine der spannenden polit-ökonomischen Fragen unserer Zeit lautet: Wem gehört das Wissen? Wissen ist ein Gut, dass durch Gebrauch nicht vermindert wird, sondern den gesellschaftlichen Wohlstand erhöht. Dem steht jedoch die Tendenz zu einer Privatisierung bzw. Kommerzialisierung von Wissen und die Bildung von Wissensmonopolen entgegen.

- **Wirtschaftliche Bürgerrechte:** Die Auseinandersetzung darüber, ob die Demokratie am Werkstor oder am Bankschalter

endet, ist wohl der heiße Kern des Kampfs um das Politische. Wirtschaftliche Bürgerrechte gehen daher auch weit über die Schutzinteressen der Arbeitnehmer im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung hinaus. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat gezeigt, dass in der Ökonomie Machtkonzentrationen und Fehlentwicklungen stattfinden, die einer demokratischen Korrektur bedürfen. Von zentraler Bedeutung ist hier eine stärkere Vergesellschaftung der Verfügung über die Kapitalmassen und deren investiven Einsatz – ohne die Konzepte wie die eines „Green New Deal" auch nur schwer zu realisieren sein werden. Das Spektrum sollte hier reichen von kleinteiligen Ansätzen der Zivilökonomie über steuerliche Eingriffe (siehe oben) bis hin zu Ideen gesellschaftlich organisierter Investitionsfonds.

- **Kommunikative Bürgerrechte:** Nicht nur eine intakte Umwelt, sondern auch Meinungsvielfalt sollte als Gemeinschaftsgut begriffen werden. Wer es zu stark in Anspruch nimmt, sollte in dieser Macht beschränkt werden. Daraus folgt eine Politik, die Medienmacht entgegenwirkt und Meinungsvielfalt fördert.

- **Demokratische Bürgerrechte:** Last but not least gehört die Chance auf aktive Teilhabe an der Demokratie zum Katalog der Bürgerrechte. Hier geht es vor allem darum, Demokratie als Prozess zu begreifen. Die repräsentative Demokratie soll nicht ersetzt, sondern, im Gegenteil, sie muss durch neue Verfahren in ihrer Legitimität gestärkt werden. In einer komplexen Gesellschaft glaubt niemand mehr an politische Über-Autoritäten oder die Planungskompetenz allwissender ExpertInnen. Doch auch simple Ja-Nein-Plebiszite können in einer komplexen Gesellschaft nicht die Lösung sein. Warum nicht die in der Wirtschaft immer mehr üblichen Verfahren der Konsultation und der Kollaboration[7] auch in der Politik einführen? Warum nicht einen Deliberation Day einführen, wie es amerikanische WissenschaftlerInnen vorgeschlagen haben? Es geht daher um eine neue Verschränkung von repräsentativer und deliberativer Demokratie. „Der entscheidende Punkt der Beziehung zwischen beiden Formen der Demokratie liegt darin, dass die dauerhafte Partizipation die Qualität der Repräsentation gewährleistet, stimuliert und kontrolliert."[8]

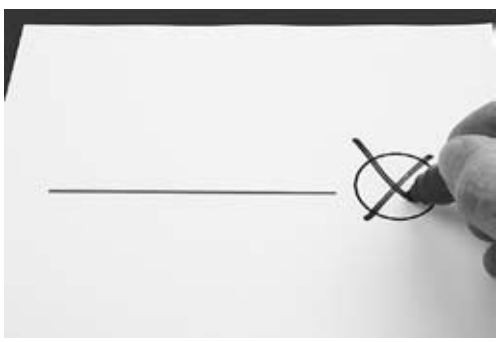


Foto: www.fotolia.com, © awfoto

Ein solches Manifest müsste selbstverständlich selbst Ergebnis eines solchen deliberativen Prozesses sein. Es könnte münden in der Idee, 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, also im Jahr 2015, eine Volksabstimmung über ein in demokratischer Hinsicht verbessertes Grundgesetz anzustreben, auch um der im Fünf-Parteien-System zuschnappenden Politikverflechtungsfalle zu entkommen.

Aber vielleicht geht diese Idee jetzt dann doch zu weit für die gute alte Tante SPD. ■

Benjamin Mikfeld ist Mitherausgeber der spw und lebt in Berlin.

7 Don Tapscott, Anthony D. Williams (2007): Wikinomics. Die Revolution im Netz, München

8 Paul Ginsborg (2008): Wie Demokratie leben, Berlin, S. 67

In die Zukunft gedacht?

Zur Rolle und Bedeutung von Think Tanks bei der inhaltlichen Erneuerung der SPD

von Sonja Profittlich

In den vergangenen Wochen ist zu der nicht von der Hand zu weisenden Tatsache, dass und warum sich die SPD inhaltlich und personell erneuern muss, alles gesagt worden. Im Chor der zahlreichen Stimmen bestand eine verhältnismäßig große Einigkeit darin, die Agenda 2010 als eine der Hauptursachen für den Wähler- und Bedeutungsverlust der SPD zu sehen. Die Agenda 2010 war ein auf einer Beratungsleistung beruhendes politisches Gesamtkonzept, dessen vielfach konstatierte Mangelhaftigkeit bei der Umsetzung sozialdemokratischer Leitlinien auch daraus resultierte, dass die beratende Institution wohl kaum darüber nachgedacht haben dürfte, wie ein Umbau des Sozialstaates sozialdemokratisch funktionieren könnte, weil es sich nicht um eine Institution gehandelt hat, der, aus der Natur ihrer eigenen Ansprüche heraus, „linke" Inhalte, Grundwerte oder die Zukunft der SPD von besonderer Bedeutung sind. Man hat eben ein Konzept für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme vorgelegt und keines für die Renaissance sozialdemokratischer Umverteilungspolitik. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, ob man derartige Beratungsleistungen in Zukunft überhaupt noch beanspruchen möchte und wenn ja, wer sie denn liefern soll. Offensichtlich sind, als Lektion der Vergangenheit, zwei Kriterien wichtig: Expertise in der Sachfrage und inhaltliche Nähe zu den Grundsätzen linker Politik. Ein Think Tank sollte also sozialdemokratisch denken und handeln, wenn er die SPD in politischen Fragen berät.

Möchte man über die Rolle von Think Tanks bei der Erneuerung der Sozialdemokratie nachdenken, muss man daher zuerst drei Fragen beantworten:

1. Was ist eigentlich ein Think Tank?
2. Welche sozialdemokratischen Think Tanks gibt es?
3. Was muss er leisten (vor allem vor dem Hintergrund des Anspruchs, Politik mitzugestalten)?

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen professionellen, semi-professionellen und nicht-professionellen Think Tanks. Sehr grob definiert ist ein Think Tank ein Zusammenschluss von Menschen, die im Sinne einer Sache oder für eine Organisation „Denkarbeit verrichten" und Konzepte entwickeln. Dies kann vor verschiedenen Hintergründen stattfinden, als hauptberufliche Tätigkeit, das heißt, dass die Denkenden für das Denken bezahlt werden (professionell) oder als freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die – meist auch vor dem Hintergrund der eigenen Karrierepflege – etwas damit erreichen wollen. Professionelle, an die Politik angebundene Think Tanks findet man in Deutschland nur sehr wenige, während es zum Beispiel in den USA Usus ist, dass für bestimmte Politikfelder, vornehmlich die Wirtschaftspolitik, regierungsnahe oder sogar regierungseigene Denkfabriken existieren. In Deutschland hingegen wird die Expertise in der Regel extern eingekauft. Dabei spielen private Think Tanks eine Rolle oder solche, die von bestimmten Verbänden gegründet und subventioniert sind (institutionalisiert). Aus diesen Think Tanks heraus entstammt eine spezielle Spezies der politischen Landschaft, und dies nicht nur in Deutschland: der oder die professionelle „Politikberater/in". Dass heißt nicht zwingend, dass ein Think Tank gleichzusetzen ist mit einer Politikberatung, er muss aber eben auch diese leisten können, um

Foto: www.fotolia.com, © Scott Maxwell u. Irochka

eine gewisse Relevanz zu haben. Daneben gibt es noch eine eher aussterbende Gattung, die man als Einzelpersonen-Think-Tank beschreiben könnte und die bisher unter dem Begriff des Vordenkers firmierte. Hier sei direkt einschränkend erwähnt, dass ein Think Tank-Mitglied nicht automatisch zum Vordenker oder zur Vordenkerin wird.

Neben den privaten und institutionellen Think Tanks stehen weitere Formen von organisiertem Denken, zu denen besonders Forschungsinstitute und universitäre Einrichtungen gezählt werden können. Zudem hat jede Partei eigene Zusammenschlüsse, deren Mitglieder sich als Vordenker/innen ihrer jeweiligen Partei oder Strömung verstehen. In der Form der politischen Stiftungen existiert in Deutschland eine besondere Form der parteinahen Denkfabrik.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird im deutschen Think Tank Verzeichnis als advokatischer Think Tank geführt, also als einer Partei oder Bewegung inhaltlich nahestehender. Das gleiche gilt für den nicht-professionellen Zusammenschluss „Das Progressive Zentrum", der sich ebenfalls als sozialdemokratische Denkfabrik definiert. Die SPD-Denkfabrik selbst, ein Zusammenschluss linker SPD-Politiker/innen erhebt schon durch die Namensvergabe den Anspruch, vorausschauende Denkleistungen zu fabrizieren. Ein paar prominente Politikwissenschaftler und Historiker, die sich selber als sozialdemokratisch oder links „outen" sind Franz Walter, Axel Schildt und Peter Lösche. Das sich an dieser Stelle nur wenig junge und jüngere Nachwuchswissenschaftler/innen aus den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten etablieren konnten, die zudem ein genuines Interesse daran haben, sich auch als öffentliche Sprachrohre sozialdemokratischer Ideen zu positionieren, ist nur ein Problem, welches den zunehmenden Verlust linker Deutungshoheit der SPD mitbegründet hat. Der Autor des Berliner Programms und zahlreicher Bücher, Erhard Eppler, wird unumstritten als Vordenker (von Teilen) der Sozialdemokratie verstanden.

Damit wäre nur noch die eigentliche Kernfrage zu beantworten. Was muss ein Think Tank leisten, um seinen Anspruch als Denkfabrik zu legitimieren und zu erfüllen? Einige Kriterien können als Erfolgsfaktoren aufschlussreich sein. Ein erster Indikator ist die Außenwirkung und öffentliche sowie parteiinterne Wahrnehmung: Ein Think Tank, den weder in der informierten Öffentlichkeit noch beim Hauptansprechpartner jemand kennt, kann auch nicht in die Zielgruppe hineinwirken. Vielmehr ist es wesentlich, dass eine Denkfabrik ein gewisses Maß an medialer und öffentlicher Präsenz erzielen kann, am besten mit seinen geistigen Ergebnissen. Dies ist von den oben genannten Organisationen in den letzten Jahren lediglich der FES durch die Vorbereitung und Veröffentlichung zweier, extern vergebener Studien (zu den soziale Schichten in der Gesellschaft und dem Rechtsextremismus in der Mitte) und eben dem „Rat der Wirtschaftsweisen" (Hartz-Kommission, Rürup-Kommission) gelungen. Letzter hat nicht nur das öffentliche Bewusstsein erreicht und wesentliches Branding (Hartz IV) betrieben sondern auch seine Inhalte erfolgreich in Bundespolitik einfließen lassen, wie immer man zu ihnen stehen mag.

Damit kommen wir zu einem zweiten Erfolgskriterium. Wird die Expertise des jeweiligen Think Tanks oder der Organisation nachgefragt? Ist in der Zielgruppe überhaupt Interesse an dieser Arbeit vorhanden? Und werden die gelieferten Ideen dann auch in konkrete politische Konzepte umgesetzt? Man wird lange suchen müssen, um den Widerhall der linken Think Tanks in der Politik der Großen Koalition wieder zu finden. Im Falle der Prekariatsstudie der FES ist zudem etwas ausgesprochen ungünstiges passiert. So hat die FES zwar erfolgreich die öffentliche Diskussion entfacht und der Sozialdemokratie mit dem „abgehängten Prekariat" eine klare Zielgruppe für die kommende Arbeit quasi auf dem Silbertablett geliefert, nur leider wurde daraus von Seiten der SPD nichts gemacht. Es wäre also durchaus sinnvoll zu fragen, wer denn innerhalb und außerhalb der SPD solche Zukunftsaufgaben neben dem politischen Alltagsgeschäft programmatisch aufgreift und mit einer langfristigen Politikstrategie besetzt. Das die Lösung solcher Probleme nicht einfach und nicht plötzlich in der Luft liegt, ist nachvollziehbar, aber es schien sich auch niemand dafür zuständig zu sehen. Dass niemand innerhalb der SPD sich dies zur Aufgabe machte und niemand mit dem Mandat versehen war, außerhalb von bundespolitisch relevanten Projekten auch die inhaltlichen, programmatisch relevanten Projekte durch fundierte Arbeit in Denkfabriken untermauern und vorbereiten zu lassen, ist Teil des Problems. Mit dem Refrain der Sesamstrasse „Wer nicht fragt, bleibt dumm" sind wir alle groß geworden. Eine Handvoll zuständiger Mitarbeiter/innen im Willy-Brandt-Haus, wie die Abteilung Politikanalysen, scheinen – und dies vor allem in Wahlkampfzeiten – haben keine ausreichenden Kapazitäten, neben ihren täglichen Aufgaben solche Prozesse langfristig in Gang zu setzen. So wurde in der Vergangenheit zwar Rat von außen eingeholt, siehe eben zum Beispiel im Falle der Agenda 2010, aber eben für die Regierungspolitik und nicht für die Parteiprogrammatik. Institutionalisierte Sachverständigenräte, Expertenkom-

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 154

Mit Steuern steuern

2009 - 174 S. - € 12,00

„(Die PROKLA) gehört sicher zu den spannendsten deutschen Zeitschriften im Grenzbereich von Politik und Sozialwissenschaft."

Süddeutscher Rundfunk

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

missionen und Wirtschaftsforschungsinstitute setzen in der Regel Bundespolitik und nicht Parteipolitik um.

Ein weiteres wesentliches Kriterium scheint die zugrunde liegende Fachexpertise, wie sie zum Beispiel beim Wuppertaler Institut für Klimaforschung versammelt ist. In der Summe werden eben eher die wissenschaftlichen und themengebundenen Institute angefragt, als die mit der inhaltlichen Nähe. Die Lösung kann daher fast nur sein, einen eigenen linken Think Tank zu institutionalisieren, der Initiativen wenigstens zusammen führt, wie es die FES in der internationalen Arbeit versucht. Unter dem Oberthema der Globalisierung wird die Arbeit in allen Auslandsbüros gestaltet und verschiedentlich nicht nur auf Landesebene, sondern auch in regionalen Zusammenhängen. Teile davon sind durch die Veröffentlichungsreihe „Kompass 2020" durchaus in die Politik und die öffentliche Debatte eingeflossen. Dies scheint sich aber vor allem auf die Fachgremien und die ebenfalls mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit befassten Organisationen zu beschränken und findet in der SPD augenscheinlich nur wenig (übergeordneten) Nachklang, da es sich ansonsten kaum erklären lässt, warum die SPD immer noch nicht über ein auf den Grundlagen der FES-Ergebnisse beruhendes Globalisierungskonzept verfügt.

Politikberatung bietet die FES auch in der Inlandsarbeit, allerdings hier vornehmlich in der Wirtschaftspolitik. Daneben steht der große Rumpf der politischen Bildungsarbeit, der auf die Förderung und Entwicklung von Personen und weniger von Inhalten abzielt. Eine der handlungsleitenden Maximen: Wir denken nicht, wir organisieren denken, wird in der politischen Erwachsenenbildung umgesetzt. Dieser durchaus legitime Anspruch lässt aber die berechtigte Frage offen, wer denn eigentlich denkt und in welcher Form der Output solcher Denkprozesse in schriftlicher Form fixiert und in größere Zusammenhänge einfließt. Wieder, so scheint hier das Hauptproblem, fehlt die eine zentrale Stelle, die solche Ergebnisse bündelt und in konkrete Politik umsetzt, sei es in der FES oder in der SPD. Eine solche Stelle könnte denn auch die Ergebnisse anderer Denkfabriken und Institute verwerten und auf ihre Tauglichkeit für sozialdemokratische Politik prüfen.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die zukünftige Kooperation zwischen Think Tanks und der SPD? Die Re-Etablierung an den Universitäten und die strategische Besetzung von wichtigen Instituten und Lehrstühlen, ist notwendig, jedoch nichts, was sich direkt steuern lässt und nichts, was langfristige Garantien für die Erhaltung solcher Strukturen gibt. Ziel sollte es daher sein, eine eigene Struktur stärker auszubilden, quasi eine Art von Schaltstelle, in der inhaltliche Expertise, beratende Funktion, und Nähe zum Adressaten zusammengeführt werden. Zukünftige Berater und Beraterinnen sollte also gesundheitspolitische und klimapolitische Experten/innen sein und trotzdem wissen, wie man das Wort Sozialdemokratie schreibt. Die Expertise von außen anzufragen, das sollten wir aus der Agenda-Vergangenheit gelernt haben, ist ein schwieriges Unterfangen, da dies nicht gewährleistet, dass das Angebot deckungsgleich mit unseren wesentlichen Zielen ist. Sicherlich ist es ein kostspieliges Vergnügen, sich die eigenen Fachexperten/innen zu leisten. Eine Alternative wäre eben die Ausbildung einer Struktur, die mit dem klaren Mandat versehen ist, Ergebnisse zu sichten, zu sammeln und in eine politische Sprache zu übersetzen. ■

Sonja Profittlich ist Politikwissenschaftlerin und freiberuflich als Publizistin tätig

Foto: Christian Kiel

Sammelrezension: Krise der SPD, Krise der Volksparteien, Krise der Demokratie?

von Thilo Scholle

Das Bundestagwahlergebnis vom 27. September 2009 hat in der SPD tiefes Entsetzen hervorgerufen. Diskutiert wird über den Zustand der SPD, aber auch allgemeiner über die weitere Entwicklung des Parteiensystems und die Zukunft der Volksparteien. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach den Resultaten der bisherigen politischen Strategie der SPD (wenn denn der Begriff „strategisch" das Verhalten der Partei in den letzten Jahren tatsächlich trifft) und den Schlussfolgerungen für die Neuaufstellung der Partei.

Dabei dringen Beobachtungen und Erkenntnisse aus Wissenschaft und Publizistik nach wie vor nur schwer in die parteiinternen Diskussionen vor. Die hier vorzustellenden Bücher zeigen aber, wie viele Impulse für weitere Diskussionen gewonnen werden können.

Als Beschreibung des aktuellen Zustandes der Demokratie macht in den letzten Jahren der v.a. von *Colin Crouch* geprägte und im gleichnamigen Essay näher beschriebene Begriff der „Postdemokratie" die Runde.

Crouchs – von ihm selbst als „anspruchsvoll" apostrophierte – Ausgangsprämisse ist, dass Demokratie nur gedeihen kann, wenn sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen die „Masse der normalen BürgerInnen" aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beteiligen kann. Für das momentan dominante Konzept der „liberalen Demokratie" sei dagegen die Wahlbeteiligung wichtigster Modus der Partizipation, wirkliche Mitarbeit der Bürger hingegen nicht. Diese Engführung führe dazu, dass neue Entwicklungen auf dem Weg hin zur „Postdemokratie" nicht gesehen würden: Wahlen fänden zwar statt, würden aber durch PR-Experten kontrolliert, die Mehrheit der Bürger spiele eine geradezu apathische Rolle. Es dominiere zudem ein „negatives" Verständnis des Bürgerstatus, der nicht als aktive und direkt in politisches Geschehen eingreifend, sondern nur noch als von Außen beobachtend und im Zweifel zwar tadelnd und anklagend, nicht mehr aber politisch gestaltend verstanden würde. Die Verwirklichungschancen für egalitäre politische Projekte stünden daher schlecht, der Erfolg der Linken im 20. Jahrhundert, „normalen Menschen" auf politischer Bühne Gehört zu verschaffen, werde zurückgedrängt.

Die Auswirkungen dieses Trends auf die Aufstellung von politischen Parteien sind nach Crouch beträchtlich: Die direkte Beeinflussung der Regierung erfolge meist durch Interessengruppen der Wirtschaft, die Existenz sozialer Hierarchien werde geleugnet und ein „kommerzielles Modell" der Kommunikation habe über das „politische Modell" triumphiert. New Labour und v.a. Forza Italia stellen für Crouch Beispiele für Parteien dar, die sich dem postdemokratischen Paradigma schon unterworfen haben.

Mit ihrem Text „Über das Politische" möchte *Chantal Mouffe* die „antagonistische Dimension" wieder in die Gesellschaftsanalyse einführen. Der Glaube an die Möglichkeit universellen rationalen Konsenses führe demokratisches Denken auf Abwege. Dem gegenüber sei die Anerkennung der Notwendigkeit einer „Freund-Feind-Unterscheidung" nicht das Ende, sondern der Anfang demokratischer Politik. Bewusst greift Mouffe dabei in Terminologie und Referenzen auf Carl Schmitt zurück. Idee sei, „mit Schmitt gegen Schmitt" zu denken, also von

seiner Kritik am liberalen Individualismus und Rationalismus Gebrauch zu machen, um dann allerdings anders als Schmitt zu einem neuen Verständnis liberaldemokratischer Politik zu gelangen.

Die „antagonistische Strukturierung" von Gesellschaften entsteht nach Mouffe schon dadurch, dass jede Konstruktion eines „wir" immer auch ein „sie" als Referenz benötige. Auf ökonomisch bedingte Strukturierungen nimmt Mouffe keinen Bezug. Gesellschaften würden „hegemonial strukturiert", dass heißt von bestimmten „Wir"-Konstruktionen dominiert. Hauptaufgabe der Demokratie sei daher, die Antagonismen zu entschärfen. Mouffe möchte daher letztendlich nicht von „Feinden", sondern von „Gegnern" sprechen, da der Begriff des „Feindes" die Möglichkeit einer Verständigung grundsätzlich ausschließe. Perspektive sei, zur einer „agonistischen Demokratie" zu kommen, in der die grundlegenden Gegensätze anerkannt seien und alle Gruppen sich auf die Austragung dieser Konflikte in demokratischen Verfahren verständigen.

Die vor allem in den Theorien des „Dritten Weges" nach Giddens und anderen vorgenommenen Gesellschaftsanalysen würden dem gegenüber eine „Wir-Sie-Konstruktion" nicht mehr berücksichtigen. Die Weigerung, anzuerkennen, dass Gesellschaft durch eine bestimmte Machtstruktur hegemonial konstituiert wird, sei fatal – wie sich u.a. an den Resultaten der Politik von New Labour absehen lasse.

Mouffes Buch setzt hier einen wichtigen Punkt: Die Verkennung der „antagonistischen" Dimension von Gesellschaft und von Interessengegensätzen sowie die Vorstellung, dass jede politische Entscheidung möglichst vom gesamten gesellschaftlichen Spektrum getragen werden müsse, hat zum Verlust politischen Profils der Linken in Europa geführt. Trotzdem stellt sich die Frage, ob ein Rückgriff auf den Nazi-Juristen Schmitt vor dem Hintergrund vieler anderer Arbeiten zu gesellschaftlichen Antagonismen und ihren Auswirkungen auf die Demokratie wirklich nötig ist.

Eine historische Gesamtdarstellung der Situation der SPD in der Großen Koalition 2005 bis 2009 wird noch einige Jahre auf sich warten lassen. Mit dem Band „Wendejahre" hat der Historiker Klaus Schönhoven schon im Jahr 2004 eine sehr umfassende und spannend zu lesende Gesamtdarstellung der ersten Großen Koalition 1966-1969 vorgelegt.

Die Darstellung zeichnet den Weg in die Große Koalition, die entscheidenden gesellschaftlichen und innerparteilichen Diskussionen sowie den Weg hin zur sozial-liberalen Koalition ab 1969 nach. Auch wenn zwischen beiden Koalitionen fast 40 Jahre Abstand liegen und Vergleiche damit mit Vorsicht zu treffen sind: Offensichtlich wird, dass auch in der ersten Großen Koalition viele SozialdemokratInnen eine klare Handschrift der SPD in der Bundesregierung vermissen und viele Parteimitglieder und WählerInnen in der Großen Koalition nie „heimisch geworden" waren. Anders als 40 Jahre später fand in der Partei jedoch eine intensiv und offen geführte Debatte darüber statt, welche Alternativen es zur Großen Koalition gaben oder anzustreben waren.

In „Baustelle Deutschland" befasst sich *Franz Walter* mit der Situation aller fünf im Bundestag vertretenen Parteien, im Buch „Im Herbst der Volksparteien?" mit Entwicklung und aktueller Situation von SPD und CDU. Im Gang der Darstellung und der Argumentation ergänzen sich die beiden sehr lesenswerten Bücher dabei gut.

In „Baustelle Deutschland" beginnt Walter mit der These, dass „der Charme großer Prinzipien und Ideologiesysteme" in allen Milieus verflogen zu sein scheint. Zugleich deutet Walter an, dass ein Bedarf nach neuen, sinnstiftenden Identitäten bestehen könnte. Dieser Bedarf würde jedoch momentan eher durch die individuelle Zusammenstellung von Versatzstücken verschiedener Identitätsangebote gefüllt.

Kollektive Sinnstiftung bleibe aber möglich. Wie ein solches politisches und gesellschaftliches Identitätsangebot beschaffen sein sollte, beschreibt Walter allerdings nicht.

Parteien würden auch keine gesellschaftlichen Anliegen mehr in die politische Sphäre vermitteln, gesellschaftliche Konflikte würden sich in den Parteien nicht mehr abbilden. Stattdessen würden sich Parteien meist auf die Auswahl und Vermittlung von politischem Personal für Parlament und Regierungen beschränken („Herbst").

Die SPD wie auch die europäische Sozialdemokratie seien mittlerweile von einer „Partei der Zukunftsversprechen" zu einer „Partei der mittelalten Müden und Ausgebrannten" geworden. Es fehle an drängelndem Führungsnachwuchs, an Leidenschaft, an der Imagination von Zukunft und am Impetus für die Aktion. Auf die neue Klassengesellschaft sei die Sozialdemokratie weder sozial, kulturell, mental noch strategisch vorbereitet. Dies hänge auch mit dem Verlust an Debatten innerhalb der Partei zusammen („Baustelle"). So habe das Schröder-Blair-Papier der Partei das „Selbst- und Sendungsbewusstsein" genommen und die Agenda 2010 sei als „Putsch von Oben" empfunden worden, bei dem niemand wisse, was die Leitidee der Agenda sein sollte.

Insgesamt charakterisiert Walter die SPD als „gemäßigt soziale, gemäßigt linksliberale, gemäßigt kosmopolitische Partei der halblinken Mitte der deutschen Gesellschaft" („Herbst").

Ein hervorragendes Buch zur Entwicklung der Sozialdemokratie hat *Oliver Nachtwey* mit seiner Dissertation zur Transformation von SPD und britischer Labour Party zur „Marktsozialdemokratie" vorgelegt.

Nachtwey zeichnet die programmatische Entwicklung von SPD und Labour seit ihrer jeweiligen Parteigründung bis heute nach. Geboten wird dabei nicht nur ein gut geschriebener Überblick über die Programmgeschichte beider Parteien, sondern auch eine pointierte Einordnung und Bewertung dieser Entwicklungen. In den Blick nimmt Nachtwey auch, wie sich die jeweilige Ausgestaltung des Sozialstaatssystems auf die Parteien aus- und rückwirkt.

Dabei arbeitet Nachtwey mit dem Modell der „politischen Paradigma", etwas verkürzt also mit den politischen Deutungsmustern der Parteien in den jeweiligen Zeiten als Maßstab für die Analyse.

Ziel beider Parteien war zunächst die langfristige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, Maßstäbe für die Bewertung von realpolitischen Teilerfolgen bestanden nicht. Die jeweiligen Regierungsbeteiligungen führten die Parteien dann zunehmend in eine „Staatsabhängigkeit" sowie zuw einem „Akkumulationsdilemma": Um mit staatlichen Gestaltungsmitteln Politik betreiben zu können, musste der kapitalistische Akkumulationsmechanismus am laufen gehalten werden – Nachtwey spricht hier auch von der Unterwerfung unter ein „produktivistisches Paradigma". Durch die keynesianistische Lehre bot sich dann zusätzlich eine ökonomische Legitimation für Umverteilung im Kapitalismus selbst sowie zur Begründung auch des wirtschaftlichen Wertes von Sozialpolitik. Für beide Parteien rückte so die Gestaltung der Industriegesellschaft nach und nach in den Mittelpunkt des politischen Agierens.

In der SPD der Nachkriegszeit hielt mit dem Schlagwort von „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig" die vor allem durch Karl Schiller vorangetriebene Synthese aus keynesianistischer Stabilisierungs- und ordoliberaler Ordnungspolitik Einzug in das Godesberger Programm.

Ein praktischer Ausdruck des „Traums des immerwährenden Wachstums" war die Vorstellung, die Privatwirtschaft produziere, während sich der Staat auf die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes beschränken könne.

Heiko Geiling (Hg.)

Die Krise der SPD

Autoritäre oder partizipatorische Demokratie

Volks- und Mitgliederparteien müssen unterschiedliche soziale Milieus repräsentieren, um für die eigene Politik mobilisieren und Wahlerfolge erzielen zu können. Jedoch setzt die Mobilisierung mittlerweile modernisierter sozialer Milieus demokratische Kommunikation und Beteiligung auf Augenhöhe voraus. Das Beharren auf autoritären Praktiken der Demokratie hingegen führt zur Auflösung des Modells der Volkspartei. Die Autoren des vorliegenden Buches verdeutlichen diese These am Beispiel der Krise der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Münster 2009 (LIT Verlag)

Reihe: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Bd. 5, 352 S., 19.90 EUR, br., ISBN 978-3-643-10134-1

Mit den ökonomischen Krisen der 1970er Jahre erfolgte nach Nachtwey dann das „böse Erwachen“: Schon vor der Regierungsübernahme Margaret Thatchers unternahm die Parteiführung von Labour faktisch eine Wende hin zum Monetarismus, ohne das dies von der Parteibasis nachvollzogen worden sei. Ausgangspunkte waren eine bestimmte Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen, die mit den Stichworten „Globalisierung“, Trend zur „Wissensgesellschaft“ sowie „Postfordismus“ beschrieben werden können. Diese Entwicklung verdichtete sich im Aufstieg von Tony Blair an die Partei- und später Regierungsspitze: Unter „New Labour“ erhielten Marktmechanismen immer stärkere Bedeutung. Der Staat erhielt zwar neue Funktionszuschreibungen, blieb aber immer noch interventionistisch.

Demgegenüber habe die SPD von 1998 kein neues Paradigma entwickelt. Nachtwey ordnet die Agenda 2010 hier als nachholende Entwicklung ein. Danach werde der Sozialstaat als wirtschaftliche Produktivkraft gesehen und soziale Gerechtigkeit zur ökonomischen Ressource, während Solidarität konditionalisiert wurde.

Für Nachtwey kristallisiert sich damit das neue Paradigma der „Marktsozialdemokratie“ heraus, demzufolge auf weniger direkte staatliche Steuerung und Intervention und mehr auf ein Konzept der „marktbereitenden Staatlichkeit“ zurückgegriffen werde. Das produktivistische Paradigma der Vorjahrzehnte bleibe bestehen. Da jedoch der Anspruch der Herstellung sozialer Gerechtigkeit bestehen bleibe, ist die Marktsozialdemokratie für Nachtwey nicht neoliberal, sondern befinde sich weiter in grundsätzlicher Kontinuität zu den Vorjahrzehnten.

Anders als der Titel „Die Krise der SPD“ vermuten lässt, wurde der von Heiko Geiling herausgegebene Band bereits vor der Wahl im September 2009 veröffentlicht.

Michael Vester und Heiko Geiling beschreiben in ihrem Beitrag den Zusammenhang zwi-

schen dem „sozialen Kapital“ einer Partei und dem Wahlverhalten der gesellschaftlichen Milieus. Der Aufbau von sozialem Kapital benötige Zeit und Sensibilität, um die Grundlage für politische Bindungen in den unterschiedlichen Milieus zu schaffen. Würden diese Hintergründe vergessen, verliere eine Partei soziales Kapital und damit Begeisterungs- und Mobilisierungsfähigkeit. Die in der SPD vorangetriebene Diskussion um die „Neue Mitte“ sowie eine veränderte Wirtschafts- und Sozialpolitik beschreiben Vester und Geiling vor diesem Hintergrund als „organisierte Auflösung“ von Wählerbindungen.

Max Reinhardt eröffnet in seinem Beitrag einen lesenswerten Blick auf die Entwicklung der Flügelkämpfe in der SPD seit dem Jahr 2002.

Interessant ist auch die Untersuchung von Stephan Meise zu den Gründen für Austritte aus der SPD. Meise analysiert und ordnet die mehr als 100 schriftlichen Austrittsbegründungen im UB Hannover von 2002 bis 2003 nach ihren Begründungsmustern sowie der Milieuzugehörigkeit der jeweiligen Personen und entwickelt eine Typologie der Ausgetretenen. Deutlich wird, dass die Mehrheit zwar nicht pauschal gegen Sozialreformen war, aber insgesamt das Gefühl verloren hatte, Mitglied einer Partei mit Sinn für soziale Gerechtigkeit zu sein. Interessant ist aber auch, dass auch Mitglieder austraten, die mit der Sozialpolitik kein Problem hatten, aber von „schlechter Regierungsführung“ und mangelnder „Geschlossenheit“ der Partei enttäuscht waren.

Wolfgang Schroeder wendet sich sodann der Situation der hessischen SPD in den letzten Jahren zu. Horst Peter und Matthias Lomb erläutern danach detailliert die Entwicklung des Konzepts der „sozialen Moderne“ für den Wahlkampf 2008 in Hessen und die darauf zurückzuführenden Erfolge bei der (Re-)Mobilisierung von NichtwählerInnen sowie verlorenem ehemals rot-grünem Milieu.

Die Situation der SPD in Niedersachsen nach den Landtagswahlen 2003 und 2008 beschreibt Heiko Geiling in einem weiteren Beitrag als Partei „im freien Fall“. Daniel Gardemin untersucht in seinem Artikel die Entwicklung der sozialen Verankerung der SPD in den sozialen Milieus am Beispiel des Wahlverhaltens in der Stadt Hannover. Danach ändert sich das Wahlverhalten über die Jahre hinweg mit der Änderung von sozialen Lagen und Strukturen. In einigen städtischen Bereichen sei es bereits zu einer sich verdichtenden Dominaz der Grünen gekommen, während sich in anderen Gegenden Die Linke bereits als Ersatz für die „Kleine-Leute-SPD“ entwickele und damit beginne, ehemalige SPD-WählerInnen als neue KernwählerInnen zu gewinnen.

Die im Band versammelten Beiträge bieten damit einen guten Überblick über die Verwerfungen und Verluste in den bisherigen SPD-Wählergruppen, aber – am Beispiel Hessens – auch über Möglichkeiten der Entwicklung einer Gegenstrategie.

Die vorgestellten Bücher geben wichtige Anregungen für die zukünftige Aufstellung der SPD: Crouch und Mouffe arbeiten Entwicklungen des demokratischen Systems heraus und schärfen den Blick dafür, gegensätzliche gesellschaftliche Interessenlagen in den Blick zu nehmen. Dies lässt sich verbinden mit den Erkenntnissen von Walter sowie aus dem Sammelband von Geiling: Parteien haben nur dann Erfolg, wenn sie auch wieder klare Konturen anbieten. Bezogen auf die SPD bedeutet dies, wieder zu definieren, welche unterschiedlichen Interessen in dieser Gesellschaft im Konflikt miteinander liegen und welche Gruppen die Sozialdemokratie politisch vertreten möchte.

Oliver Nachtwey hat mit dem Begriff der „Marktsozialdemokratie“ das Regierungshandeln der Sozialdemokratie gut auf den Punkt gebracht: Eine programmatische Erneuerung der SPD wird nur gelingen, wenn sie sich dieser Entwicklung bewusst wird und beginnt, Alternativen zur „Marktsozialdemokratie zu denken“. ▶

Ob der Prozess der Erneuerung der SPD gelingen wird, ist auch eine Frage der politischen Strategie. Dabei zeigt auch das Regierungs- und Parteihandeln der letzten Jahre, dass vielen handelnden Personen nicht klar war, was „Strategie" eigentlich bedeutet. Die Politikwissenschaftler *Joachim Raschke* und *Ralf Tils* wollen mit ihrem Werk „Politische Strategie" einen Grundstein für die Beantwortung dieser Frage legen. Das Buch versucht dabei praktische Beispiele und bisherige Darstellungen in der Literatur über „Strategie" als solche zu sichten und zu systematisieren.

Auf mehr als 500 Seiten entfalten Raschke und Tils dabei höchst lesenswert die Elemente einer Theorie der politischen Strategie. Neben sorgfältiger Begriffsdefinition werden auch alle von den Autoren als wichtig empfundenen Elemente von Strategie ausführlich diskutiert. Auf eine Kurzformel gebracht sind für sie „Strategien (...) erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Zweck-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen". Strategie dürfe sich von Überzeugungen in Gestaltungszielen und Werten nicht lösen, sondern müsse sie zu ihrer Realisierung führen. Voraussetzung tragfähiger strategischer Zielbildung sei die eindeutige Klärung des gewünschten Zustandes. Macht alleine sei nicht Strategie, aber ohne Macht gäbe es keine Strategie. Allerdings würde oft individuelle die kollektive Strategie dominieren, was zu einer Vermischung von Strategie- und Machtfragen führe.

Das Buch enthält als „praktischen Teil" eine Fallstudie über die Strategiebildung der SPD seit dem 2. Weltkrieg. Gerade die Betrachtung der letzten Regierungsjahre fällt dabei beinahe vernichtend aus: Gerhard Schröder habe nur situativ und vom Willen, wieder gewählt zu werden, gehandelt, und sei damit völlig ohne Strategie gewesen, wie auch das Beispiel der Einführung und Begründung der Agenda 2010 zeige. Ohne große Schwierigkeiten lässt sich dies auch auf die Partei insgesamt verallgemeinern: Schon das politische Ziel war unbestimmt, ernsthafte „Zweck-Mittel-Umwelt-Kalkulationen" wurden bei kaum einem politischen Vorhaben erkennbar angestellt.

Mit einer Mischung aus theoretischen Überlegungen und praktischen Beispielen darf dieses Buch in keinem sozialdemokratischen Bücherschrank fehlen. Es wäre zu wünschen, dass die Sozialdemokratie ihre Erneuerungsdiskussion in diesem Sinne strategisch führt und nicht wieder bei falschen Rücksichtnahmen und Formelkompromissen stehen bleibt. ■

Literaturliste der Sammelrezension

■ Crouch Colin, Postdemokratie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 160 Seiten, 10,00 €

■ Geiling Heiko (Hg.), Die Krise der SPD, Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, LIT-Verlag, Münster 2009, 352 Seiten, 19,90 €

■ Mouffe Chantal, Über das Politische, Wider die kosmopolitische Illusion, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007, 170 Seiten, 9,00 €

■ Nachtwey Oliver, Marktsozialdemokratie, Die Transformation von SPD und Labour Party, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 335 Seiten, 34,90 €

■ Raschke Joachim/ Tils Ralf, Politische Strategie, Eine Grundlegung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 585 Seiten, 39,90 €

■ Schönhoven Klaus, Wendejahre, Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2004, 734 Seiten,58,00 €

■ Walter Franz, Baustelle Deutschland, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 256 Seiten, 10,00 €

■ Walter Franz, Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, transcript Verlag, Bielefeld 2009, 132 Seiten, 14,80 €

Kinderspiel Kapitalismus: Moralinsauer

von Gesa Rünker

„Wie sieht's bei Dir aus?" frage ich, als wir uns im Brauhaus treffen. Kemal, 40 Jahre alt, Deutscher mit türkischem Migrationshintergrund, Doktor der Kunstgeschichte und Doktor der Sozialwissenschaften, zuletzt Praktikant bei „Quelle" (entwarf Kataloge) hat noch ein Studium „draufgesattelt" und promoviert jetzt in Finanzwirtschaft.

„Wie soll es aussehen?" fragt er zurück. „Du weißt, die Wissenschaft macht einen Paradigmenwechsel durch. Auch ein Bier?" Das Kaltgetränk nehme ich gern, aber die Anmerkung zum Paradigmenwechsel bringt mich auf trübe Gedanken. „Vollkommen unwissenschaftlich würde ich mal sagen: Da verschiebt sich so einiges in diesem unserem Land. Wir werden noch eine Menge erleben mit Schwarz-Gelb, es geht ja schon prima los mit der Kopfpauschale." Kemal regt sich nicht auf: „Das wussten wir doch schon am Wahlabend. Erstmal sagen jetzt Horst und Guido „du" zueinander. Ist doch schön, so viel Liebe unter den Menschen! Mich würde viel mehr interessieren, wer eigentlich FDP gewählt hat, kennst du jemanden persönlich?"

„Im Bekanntenkreis meiner Eltern gibt es zwei verdächtige Personen, aber das sind Spekulationen, wir wissen es nicht definitiv." Kemal schüttelt sich. „Bekannte hast Du! Was willst du essen?"

„Weiß noch nicht. Was sagst Du denn zu Sarrazin?"

„Bayerische Wochen!"

„Berlin, nicht Bayern!"

„Dieses Brauhaus hat bayerische Wochen! Komisch: Oktoberfest ist doch längst vorbei!"

„Sarrazin spricht davon, dass Migranten Kopftuchmädchen produzieren. Diese Ausdrucksform ist unmenschlich! Sloterdijk setzt noch einen drauf. Und ich kenne so einige ZeitgenossInnen, JournalistInnen, die finden, man sollte solche Leute in ihrem Geschwätz ruhig mal machen lassen. Die Formel heißt dann: „Keine Political Correctness mehr! Nichts ist so schlimm wie „P.C."! Alles mal auf den Markt schmeißen, die Gesellschaft wird das schon filtern."

Ich gerate in Rage, fast spüre ich Schaum vorm Mund. „Ja, das sehe ich, wie die filtert, diese Gesellschaft! Den Wortmüll, den die Normalos, die schönen, gesunden, weißen Deutschen, so tolerant freigeben, müssen andere sich anhören: Schwule, Migranten, Behinderte – das Klima wird schärfer, das spüre ich morgens im Zug! Aber – ruhig alles mal auf den Markt!" Doch Kemal ist ganz woanders: „Schweinshaxe! Mit Sauerkraut! Das esse ich jetzt!" Ich bin erstaunt: „Darfst du das denn?"

„Was dagegen?" Natürlich nicht. „Nein-nein, aber was sagst du zu Sarrazin und Sloterdijk?"

„Ich warte ab."

„Worauf?"

„Was noch so kommt. Wer sich noch entlarvt." Ich teile seine Ruhe nicht. Erregt brülle ich meine Frage ins Restaurant: „Und wenn die deutschen IdiotInnen und die türkischen IdiotInnen und die arabischen IdiotInnen in unserem Land weiterhin ungefilterten Wortmüll abladen?"

„Dann wissen wir wenigstens, mit wem wir es zu tun haben – mit IdiotInnen."

„Deine Ruhe will ich haben!" stöhne ich. „Dann iss was!" Kein schlechter Gedanke! ■

Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Unternehmenssteuern und Konjunktur

von Arne Heise

Die Depression scheint überstanden: Erstmals seit Frühjahr 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal wieder leicht gestiegen, die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2010 bereits wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent. Damit scheint die Weltfinanzkrise, die immerhin kurzzeitig einen vollständigen Zusammenbruch des Finanzsystems mit unabsehbaren Folgen befürchten ließ, auf den einmaligen – aber auch für die Bundesrepublik historisch einzigartigen – Rückgang der Wirtschaftsleistung von etwa 5,0 Prozent im Jahre 2009 beschränkt zu bleiben. Statt einer neuerlichen „Großen Depression" wie in den 1930er Jahren also nur ein tiefer konjunktureller Einbruch (vgl. Tabelle 1)?

Tabelle 1: Steuereinnahmen und BIP-Entwicklung

Jahr	2007	2008	2009**	2010*
BIP in %	2,5	1,3	-5,0 (1,7)	1,2
Steuereinnahmen in Mio. €	576,3	592,6	566,5 (610,2)	548,8

* Schätzung der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute;
** Angaben in Klammern geben die Prognose aus der Gemeinschaftsdiagnose des Herbsts 2008 an

Wenngleich die konjunkturelle Wende also geschafft sein mag und die „keynesianischen" Konjunkturpakte wahrscheinlich ihren Teil zur Eingrenzung der Depression beigetragen haben, herrscht weiterhin höchste Not, die zögerliche Aufheiterung des Konjunkturhimmels zu verstetigen. Nach liberaler Lesart – so auch den WählerInnen vor der Bundestagswahl von der FDP versprochen – heißt dies insbesondere eine Entlastung der Steuer zahlenden Wirtschaftssubjekte. Neben einer Reduktion der Einkommens- hat sich die FDP auch für eine Reform der erst 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform stark gemacht.

Die Unternehmen als eigenständige Wirtschaftssubjekte werden in der Bundesrepublik im Wesentlichen über die Körperschafts- und die Gewerbesteuer an der Finanzierung der öffentlichen Güter beteiligt. Die Körperschaftssteuer besteuert den Gewinn des Unternehmens und fließt dem Bund und den Ländern zu, die Gewerbesteuer, die den Ertrag eines Gewerbebetriebes besteuert, fließt überwiegend den Kommunen zu und ist deren wesentliche Einnahmequelle. Bis zur Unternehmenssteuerreform 2008 lag die nominelle Besteuerung von Unternehmen in Deutschland bei etwa 39 Prozent und damit am oberen Rand im internationalen Vergleich. Aufgrund der ausgeprägten Steuerbefreiungstatbestände in Deutschland dürfte die durchschnittliche Effektivbesteuerung für Unternehmen immer schon deutlich niedriger gelegen haben. Doch schließlich war das Wettbewerbs- und Standortargument überzeugend genug, um der großen Koalition als Argument für eine umfangreiche Entlastung der Unternehmen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform zu dienen.

Ertragssteuern stellen für Unternehmen Kosten dar, die sie – wie alle anderen Kosten – über den Preis an die Kunden weitergeben. In diesem Sinne werden zwar die Steuern von den Unternehmen abgeführt – und insbesondere die Gewerbesteuern sollen eine Äquivalenz zu den von den Unternehmen auf kommunaler Ebene in Anspruch genommenen öffentlichen Gütern andeuten. Ökonomisch aber wird die Steuerlast letztlich immer von den KundInnen getragen. Da diese KundInnen in einer globalisierten Welt nicht nur heimische KonsumentInnen sind, kann immerhin ein Teil der Steuerlast auch an Gebietsfremde

weitergereicht werden – was nicht gelänge, wenn Unternehmenssteuern gänzlich abgeschafft und gleich den KonsumentInnen oder anderen SteuerzahlerInnen aufgebürdet würden. Andererseits impliziert dieser Umstand auch, – zumindest in einer Währungsunion, in der Wechselkurse keine Anpassung mehr ermöglichen – dass die Höhe der (effektiven) Steuersätze als Kostenkategorie einen gewissen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen hat. Für die Festlegung der Unternehmensbesteuerung – also Körperschafts- und Gewerbesteuer – heißt dies, dass vor allem der internationale bzw. EU-weite Referenzrahmen beachtet werden muss: Die Höhe der Besteuerung darf keine besonderen Wettbewerbsnachteile erwarten lassen, sollte aber auch nicht auf klare Wettbewerbsvorteile zielen, denn dann werden nur die wesentlichen Wettbewerbsländer – und für die Bundesrepublik sind dies vor allem die EU-Partnerländer – gezwungen, ähnliche Schritte zu gehen und ein Steuersenkungswettlauf könnte die Folge sein.

Die Unternehmenssteuerreform 2008 sollte insbesondere die nominell sehr hohe Besteuerung deutscher Unternehmen senken, indem die Körperschaftssteuer von 25 auf 15 Prozent gesenkt wurde – mittlerweile liegt Deutschland mit einer (durchschnittlichen) Nominalbesteuerung von 29,8 Prozent etwa im EU-Mittelfeld (vgl. Tab. 2).

Zur partiellen Gegenfinanzierung, aber auch um die Besteuerungsgrundlage strukturell zu erweitern, wurden u.a. die Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen beschränkt („Zinsschranke“), die Steuerbefreiung für konzerninterne (grenzüberschreitende) Unternehmensverlagerungen, die Verlustübernahme bei Unternehmenskäufen und die Möglichkeit der degressiven Abschreibung beseitigt. Dennoch blieb eine Steuererleichterung zwischen 5 - 15 Mrd. Euro pro Jahr für die Unternehmen übrig.

Gerade die Unternehmenssteuern sind stark konjunkturanfällig – mit besonders negativen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Kommunen. Und ein extremer Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber 2008, vor allem aber gegenüber den noch im Frühjahr 2008 geschätzten Einnahmen für 2009 und 2010 (s. Tab. 1) wird kaum zu vermeiden sein. Dennoch bringen FDP und die Deutsche Industrie- und Handelskammer jene Erweiterungen der Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuerreform 2008 auf die politische Agenda – als konjunkturpolitische Stütze! Tatsächlich aber sollten konjunkturelle Probleme nicht mit strukturellen Maßnahmen bekämpft werden.

Wem die Senkung der Körperschaftssteuersätze von 30 bzw. 45 Prozent Ende der 1990er Jahre zunächst auf 25 und dann 15 Prozent (!) nicht ausreicht und einen weiteren Einnahmeverlust der öffentlichen Haushalte von ca. 10 Mrd. Euro will, muss dies offen sagen und auch gleich, welche Ausgaben (Bildung?, Soziales?) entsprechend gekürzt werden sollen. Wer aber tatsächlich die Konjunktur ankurbeln will, muss die Ertragserwartungen der Unternehmen verbessern – dafür wären geringere Steuereinnahmen und –ausgaben des Staates sicher der am wenigsten geeignete Weg. ■

Tabelle 2:
Internationale Unternehmenssteuern (Körperschafts- und Gewerbesteuern) in 2008

Land	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande
Nominelle Besteuerung	29,83%	34.43%	28%	31,4%	25,5%

Quelle: Bundesfinanzministerium – Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, Berlin 2008, S. 21

Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Braune Revolution? Die Debatten über Sozialstaat und NS-Politik

von Sascha Howind

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein, sagt Marx. Der Nationalsozialismus war ein Versuch, dieses Verhältnis umzukehren"

David Schoenbaum

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit der Frage nach gesellschaftlichen Veränderungen bzw. politischen Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Wandel während der nationalsozialistischen Herrschaft bewirkt haben. Dabei geht es weniger darum, den konkreten gesellschaftlichen Wandel während der zwölfjährigen Herrschaft zu skizzieren als vielmehr darum, die Frage nach absichtsvoller Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Machthaber im Hinblick auf ein höheres Maß an Gleichheit zu stellen. Über die Einschätzung der Motivation, ein höheres Maß an gesellschaftlicher Gleichheit zu schaffen, ist nicht nur in jüngster Zeit eine hitzige zeitgeschichtliche Debatte geführt worden.

Hitlers Volksstaat

Die Masse der Deutschen sei vom Staat mittels „sozialer Gefälligkeiten" passiv bestochen worden. Dies habe das Regime populär gemacht und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu einer Haltung der Loyalität gegenüber dem NS-Regime veranlasst, so die Kernthese von Götz Aly in „Hitlers Volksstaat". Verschiedene Aspekte dieses Interpretationsansatzes sind zum Teil recht heftig kritisiert worden (zusammengefasst etwa in einer Sonderausgabe der Zeitschrift Sozial.Geschichte, Jg. 20, 2005, Heft 3). So etwa der entstehende Eindruck, als sei die politische Praxis der NS-Regierung sozialdemokratischen Prinzipien des sozialen Ausgleichs gefolgt. Im Zuge dieser Orientierung habe sich eine als fürsorglich bezeichnete sozialpolitische Praxis etabliert; das Verteilen von sozialpolitischen „Gefälligkeiten" sei schließlich ebenfalls zum Grundprinzip der Politik im Nachkriegsdeutschland geworden. An dieser Stelle wird ein gegenwartsorientierter politischer Subtext deutlich, der zunächst auf einer Gleichsetzung der Begriffe Gleichheit und Homogenität beruht. Weiterhin eröffnet dieser Subtext einen Zusammenhang zur Umsetzung der Reformen des ALG II, der die Einschränkung sozialpolitischer Leistungen entsprechend als geradezu antifaschistischen Akt erscheinen lässt (Wildt 2005). Die Forderung der NS-Diktatur nach absoluter Einordnung unter die Herrschaftsbedingungen und die Bereitschaft des Regimes, auch gegen die eigene Bevölkerung gewaltsam vorzugehen, werden von Alys materialistisch wirkender Sichtweise jedenfalls nicht erfasst. Ebenso wenig die gesellschaftliche Funktion des Antisemitismus (vgl. Pohl 2006).

Der „liberale" Ansatz – das Dritte Reich als „soziale Revolution" mit einem „Stoß in die Moderne"

Die Frage nach absichtsvoller gesellschaftlicher Veränderung im Zuge der NS-Politik beschäftigt die Zeitgeschichtsforschung zum Thema „Drittes Reich" nicht erst seit der Rezeption vom „Volksstaat". Bereits seit den 1960er Jahren wird unter HistorikerInnen eine Debatte geführt, die sich um die Frage dreht, welche gesellschaftlichen Veränderungen der NS-Politik unmittelbar zuzuschreiben sind und ob die NS-Politik eine ‚soziale Revolution' hervorgebracht hat.

Ian Kershaw unterscheidet in der Debatte zwei grundsätzliche Positionen voneinander: eine als „marxistisch" und eine als „liberal" be-

Foto: Prora, www.fotolia.com, © crimson

zeichnete Position (Kershaw 1988). Die letztgenannte geht davon aus, dass sich während des „Dritten Reichs" eine „Soziale Revolution" mit entscheidendem „Stoß in die Moderne" ereignete (vgl. vorwiegend Dahrendorf 1968 sowie Schoenbaum 1968). Es erfolgte eine unbeabsichtigte Bahnung in die bürgerliche Moderne durch die Zerstörung traditioneller sozialer Bindungen und Verkehrsformen. Das propagandistische Versprechen nach umfassender Versorgung mit Konsumgütern, etwa mit Privat-Pkws, Radiogeräten oder Pauschalreisen der NS-Organisation „Kraft durch Freude" habe diese Bahnung verstärkt. Dadurch habe sich eine klassenlose Wirkung auch auf die deutsche Gesellschaft ergeben.

Ob diese Veränderungen unmittelbar aus der NS-Politik resultieren oder Folgeerscheinung längerfristiger Veränderungen, wie sie in den meisten westlichen Industrieländern ähnlich abgelaufen sind, darstellen, bleibt jedoch offen. Kershaw stellt fest, dass der Ansicht nach gesellschaftlicher Modernisierung durch Konsumgüterversorgung eine „amerikanische" Auffassung von einem gesellschaftlichen Modernisierungsbegriff zugrunde liege. Diese Definition beziehe sich auf den Idealtypus westlicher liberaler Demokratien und vernachlässige Klassenkonflikte. Die Dimension sozialer Ungleichheit werde im Rahmen dieser Verwendung des Modernisierungsbegriffs nicht erfasst und erzeuge eine Bedeutung des Begriffs Revolution, die keine Änderungen der Produktionsverhältnisse berücksichtige. Auf diese Weise konnte die unzutreffende Vorstellung von einer „Sozialen Revolution" im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus entstehen.

In der Bewertung der NS-Gesellschaftspolitik von Norbert Frei sind die Ansichten von Dahrendorf und Schoenbaum zu erkennen; soziale Hierarchien seien durchbrochen worden im Zuge der Entstehung einer „Dynamik psychosozialer Kraftentfaltung" (Frei 2005, S. 116 ff.). Vor dem Hintergrund der Erfahrung von der sich auflösenden gegenseitigen Solidarität während der Wirtschaftskrise hätten sich vor allem junge Arbeiter von den nationalsozialistischen Parolen angesprochen gefühlt, wie etwa derjenigen nach der Einführung von individuellen Leistungslöhnen. Leistung sei die neue gesellschaftshierarchische Determinante geworden und im Zuge dieser Wandlung hätten sich Aufstiegschancen für weite Teile der deutschen Bevölkerung ergeben (Schoenbaum 1968, S. 333). Die Auflösung der bestehenden, von traditionell solidarischen Haltungsmustern geprägten sozialen Bindungen innerhalb der Arbeiterklasse habe einen neuen, modernen Arbeitertypus geschaffen (Frei 2005, S. 116).

Dass die konstatierte Entsolidarisierung der Arbeiterklasse mit der gewaltsamen Auflösung der Organisationen der Arbeiterbewegung und der im „Gesetz zur Neuordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 zementierten uneingeschränkten Herrschaft der „Betriebsführer" über die „Gefolgschaft" forciert wurde, bleibt von Frei unberücksichtigt. Stattdessen erwähnt er eine vermeintliche „volksgemeinschaftliche Hochstimmung" während der „gu-

ten Jahre“ des Nationalsozialismus. Diese Entwicklung zu sozialer Mobilität habe sich später, während des Krieges, sogar noch beschleunigt.

Der Ansatz von Mason und Peukert – Sozialpolitik als Mittel zur Bändigung der Arbeiterklasse

Entgegen dieser „liberalen“ Position geht eine als „marxistisch“ bezeichnete Interpretation davon aus, dass die gesellschaftlichen Formen und Institutionen im NS-Staat sich verändert haben, nicht jedoch die soziale Grundsubstanz (vgl. etwa Mason 1975). Das Wesen des NS-Staates habe also gerade darin bestanden, den bestehenden Klassencharakter in Deutschland aufrecht zu erhalten. Der augenscheinlichste Widerspruch besteht in der Gleichzeitigkeit von einem repressivem Polizeistaat, einer ihrer ursprünglichen solidarischen Verkehrsformen beraubten Arbeiterklasse, zerstörten Klassenbeziehungen und einem überraschend hohen Unterstützungs- und Popularitätsgrad des NS-Regimes (vgl. Peukert 1982). Der hohe Popularitätsgrad erscheint vor allem deshalb verwunderlich, weil der Großteil der Industriearbeiter keine nennenswerte Verbesserung ihrer Lebenssituation durch die NS-Politik verzeichnen konnte (vgl. Tooze 2007).

Ein zentrales Ziel der NS-Politik war demnach die Ausschaltung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Nachdem diese 1933 aufgelöst wurden, erfolgte die Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) als Einheitsorganisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Zu Beginn des Jahres 1934 wurde dann das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ erlassen. Faktisch wurde dadurch jede Form betrieblicher Mitbestimmung abgeschafft. Die Unternehmer, welche fortan „Betriebsführer“ genannt wurden, erhielten durch dieses Gesetz uneingeschränkte Vollmachten. Beispielsweise konnten sie einseitig die Betriebsordnungen erlassen, welche im Betrieb Gesetzescharakter hatten und in denen unter anderem die Löhne und Arbeitszeiten festgelegt wurden. Neben der Abschaffung jeglicher Form betrieblicher Mitbestimmung der nunmehr zur „Gefolgschaft“ degradierten Arbeitnehmer wirkte dieses Gesetz wie eine Einladung an die Unternehmer, von politischem Einfluss der Arbeiterbewegung ungestört die Profite zu maximieren. Der tatsächlich im NS-Staat eingetretene gesellschaftliche Wandel hat also auf Grundlage dieser Erkenntnisse seine Ursache eher in der beschleunigten kapitalistischen Entwicklung als in einer vermeintlichen sozialstaatlichen Orientierung.

Das illusionäre Prinzip der NS-Sozialpolitik

Die Gemeinsamkeiten zwischen der „liberalen“ und der „marxistischen“ Sichtweise bestehen vorwiegend in der Feststellung eines relativen Popularitätserfolges des NS-Regimes bei der Arbeiterschaft und in der Einschätzung, dass die Sozialpolitik im NS-Staat durch ein illusionistisches Grundprinzip gekennzeichnet gewesen ist (Mason 1975, S. 80). Schoenbaum unterscheidet zwischen den Ebenen objektiver und gedeuteter sozialer Wirklichkeit. Der NS-Sozialpolitik ging es „weniger um die Veränderung objektiver Realitäten [...] als um den mit außerordentlichem Ehrgeiz unternommenen Versuch, das subjektive Bewusstsein zu verändern.“ (Kershaw 1988, S. 265 f.). Diese Beobachtung beschreibt das illusionäre Moment, welches die Grundzüge der Sozialpolitik der NS-Regierung kennzeichnet. Dazu gehörte auch, die angebliche Einebnung von sozialen Unterschieden, die vermeintliche Einheit der „Arbeiter der Stirn“ und der „Arbeiter der Faust“ in der faschistischen „Volksgemeinschaft“ zu suggerieren. Im Zuge politischer Inszenierungen wie etwa des 1. Mai als „Tag der deutschen Arbeit“ fand dieses Moment seinen propagandistischen Niederschlag.

Seitens der nationalsozialistischen Machthaber bestand keinerlei Interesse, die materielle Lebenssituation der Arbeiter zu verbessern. Rhetorisch geschickt verstanden sich beispielsweise die volksnah gebenden Gauleiter dar-

auf, den Blick auf den tieferen Charakter der faschistischen Gesellschaftsvorstellungen zu verstellen. Im Zuge einer Rede in den Wilhelm-Gustloff-Werken werden den Arbeitern sogar Lohnkürzungen angekündigt und als Akt der Gerechtigkeit im Betrieb gewertet (vgl. Howind 2009). Gleichheit der Lohnverhältnisse soll hergestellt werden nach Maßgabe einer repressiven Egalisierung. Gerechtigkeit wird hergestellt indem das Lohnniveau gleichmäßig gedrückt wird (vgl. Sopade-Berichte, S. 176.). Gleichzeitig tritt die Forderung nach umfassender Unter- und Einordnung des Individuums in das faschistische Herrschaftsgefüge und die „Volksgemeinschaft" zutage. Diese tatsächlichen Grundzüge der NS-Sozialpropaganda lassen den Bezug zum „Volkswohl", den vor allem Aly zuletzt der NS–Politik angedichtet hat, als unzutreffend erscheinen. ■

Sascha Howind ist Sozialwissenschaftler an der Uni Hannover. Derzeit: Promotionsprojekt über die NS-Organisation „Kraft durch Freude", das von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wird.

Literaturverzeichnis

- Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005
- Klaus Behnken, Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, Siebter Jahrgang 1940, Frankfurt am Main 1980
- Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968
- Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005
- Sascha Howind, Repressive Egalisierung in der ‚Volksgemeinschaft'. Faschistische Gerechtigkeitsvorstellungen im Zeichen eines „malicious egalitarianism" in: Gideon Botsch / Lars Rensmann / Christoph Kopke (Hg.), Politik des Hasses. Studien zum Antisemitismus und Rechtsextremismus, Berlin, erscheint im Oktober 2009
- Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1988
- Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975
- Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982
- Rolf Pohl, Projektion und Wahn. Adorno und die Sozialpsychologie des Antisemitismus, in: Joachim Perels (Hg.): Leiden beredt werden lassen. Beiträge über das Denken Theodor W. Adornos, Hannover 2006, S. 27-73
- David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968
- Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007
- Michael Wildt, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: Mittelweg 36, Jg. 14 (2005), H. 3, S. 69-80

Sammelband erschienen:

Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft

– Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III

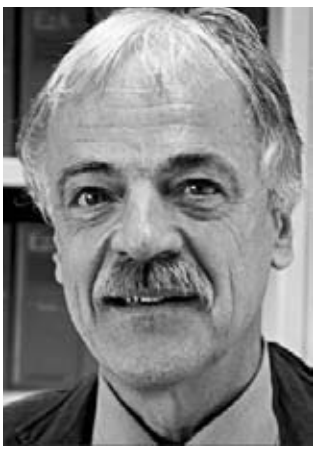
2009 jährt sich zum 40. Mal die Einführung aktiver Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes. Mit der Einführung des AFG 1969 wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland nicht nur als Instrument des Marktausgleichs kodifiziert, sondern diese als ein „emanzipatorisches Projekt" in den sozialpolitischen Kontext der Bundesrepublik eingeführt. Seitdem hat sie – in mehreren Etappen – einen tief greifenden Gestaltwandel erfahren. Nicht zuletzt mit der Neuordnung von Sozialgesetzbuch II und III (Hartz-Reformen) haben sich dabei nicht nur Maßnahmen, sondern auch Ansprüche und Ziele der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland gewandelt.

Ziel des Bandes ist es, diesen Wandel aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten: Welche Rolle hat die Arbeitsförderung in der sozialen Marktwirtschaft? Und welche sollte sie zukünftig haben? In 24 Kapiteln bietet dieser Band eine Analyse der Grundprinzipien der deutschen Arbeitsmarktpolitik, analysiert die einzelnen Teilbereiche unter dem Aspekt einer veränderten Grundlogik, hinterfragt die veränderten Steuerungslogiken und die Rolle der beteiligten Akteure und thematisiert Herausforderungen, auf die die Arbeitsmarktpolitik zukünftig reagieren muss. Dabei leistet der Band einen interdisziplinären Überblick über die bundesdeutsche (aktive) Arbeitsmarktpolitik, der bislang in der deutschen arbeitsmarktpolitischen Literatur fehlt. Adressat dieses Bandes ist daher vor allem ein breites interessiertes Publikum (Studierende, Lehrende, WissenschaftlerInnen aber auch arbeitsmarktpolitisch Interessierte).

Bothfeld, Silke/Sesselmeier, Werner/Bogedan, Claudia (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft - Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III, VS-Verlag, Wiesbaden 2009.

Nachruf auf Ulrich Zachert (1943-2009)

von Kai Burmeister und Felix Welti



Ulrich Zachert

Foto: privat

Ulrich Zachert ist am 9. September 2009 verstorben. Während einer Wattwanderung erlitt er einen Schlaganfall. Ulrich Zachert hatte von 1974 bis 1981 als Referent für Arbeitsrecht beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB gearbeitet. Von 1981 bis 2008 war er Professor für Arbeitsrecht, lange Zeit an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), nach deren Eingliederung in die Universität Hamburg an deren Fachbereich Sozialökonomie. Zuletzt war er in kaum vermindertem Umfang in Lehre, Forschung und Beratung sowie als ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht tätig.

Ulrich Zachert war ein politischer Mensch und Wissenschaftler, der sich und dem Einsatz für die arbeitenden Menschen und den demokratischen Sozialismus über Jahrzehnte treu geblieben ist. Dieter Tietz, der mit Ulrich Zachert Anfang der 1970er Jahre bei den Jusos Pinneberg aktiv war, erinnert sich: „Uli war ein wichtiger Motor, dass wir in Basisgruppen und Plenum eine gründliche Marx-Schulung erhielten. (...) Mit seiner sympathischen, nie belehrenden Art hat Uli uns wichtige Grundzüge von ‚Lohnarbeit und Kapital' vermittelt und sicher den einen und anderen politisch geprägt. Ich habe jedenfalls von dieser Schulung bei meiner späteren kommunalpolitischen Arbeit (30 Jahre Fraktionsvorsitzender in Pinneberg) sehr profitiert."

In diesen Worten können Uli Zachert viele Menschen wieder erkennen, die an der HWP und in vielen gewerkschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen von seinen wissenschaftlichen und didaktischen Fähigkeiten, das Arbeitsrecht im gesellschaftlichen und europäischen Kontext darzustellen und zu analysieren, profitiert haben. Er hat gezeigt, dass Praxisorientierung nicht zur Verflachung und Wissenschaftlichkeit nicht zur Abgehobenheit führen müssen. Zahlreiche Publikationen geben Zeugnis von seiner Arbeit und hinterlassen bleibende Gedanken insbesondere für das Tarif- und Streikrecht, für die Verbindung rechts- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, für die internationale Sicht der Entwicklung sowie für ein soziales Arbeits- und Zivilrecht und seinen Stellenwert in der Arbeit und Strategie der Gewerkschaften. Die Fähigkeit der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen zum Interessenausgleich und zur Rechtsetzung durch Tarifverträge sowie durch die Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb waren ihm besonderes Anliegen.

Ulrich Zachert war immer an den politischen Auseinandersetzungen der Zeit beteiligt. Von 2001 bis 2006 hat er die spw mit herausgegeben; er hat zur Tarifautonomie und zum Kündigungsschutz in dieser Zeitschrift publiziert. Viele andere Engagements ließen ihm nicht die Zeit, die er und wir gerne zur Diskussion gehabt hätten, so dass er als Herausgeber ausgeschieden ist, uns aber politisch verbunden blieb.

Als kluger, humorvoller, engagierter Jurist, Lehrer und Wissenschaftler, als Kollege und Genosse wird uns Ulrich Zachert in guter Erinnerung bleiben. ■

Dokumentation
Richtung bestimmen!

Die SPD muss entscheiden, für was und für wen sie steht.

Ein Aufruf von Andreas Bach, Kai Burmeister, Hans-Joachim Olczyk, Eckhart Seidel und Stefan Stache

Kurze Wahlanalyse

Der Ausgang der Bundestagswahlen ist für die SPD eine historische Niederlage und markiert eine Zäsur in der Geschichte der SPD. Das Zweitstimmenergebnis ging von 16,2 Mio. Stimmen im Jahr 2005 auf knapp 10 Mio. Stimmen zurück. Damit verlor die Partei 40 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler. Alleine 2,1 Mio. Stimmen gingen an das Lager der Nichtwähler/innen verloren. 1,1 Mio. Menschen entschieden sich für Die Linke. Je 0,9 Mio. Menschen stimmten für Bündnis90/Die Grünen und die CDU/CSU, sogar 0,5 Mio. für die FDP. Insgesamt wählten nur noch 23 Prozent der Wähler/innen die SPD – gegenüber 34,2 Prozent im Jahr 2005.

Es fehlte in diesem Wahlkampf nicht an guten Plakaten oder überzeugenden Slogans. Wesentlich für das das schlechte Wahlergebnis ist das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD. Dies verdeutlichen folgende Themen:

Arbeit: Die SPD ist verantwortlich für die Schaffung eines umfangreichen Niedriglohnsektors: Sie weitete systematisch die Leiharbeit und die 1-Euro Jobs aus. Die SPD ist verantwortlich für die Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate, auch unter der Berücksichtigung leichter Verbesserungen für ältere Beschäftigte.

Finanzen: Die SPD ließ mit Clement einen Politiker an die Macht, der aktiv eine umfangreiche Deregulierung der Finanzmärkte unterstützte sowie die Unternehmenssteuern und die Einkommenssteuer weiter senkte. Auch die Mehrwertsteuererhöhung trug die SPD mit und stimmte für die Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz.

Soziales: Die SPD hat die Agenda 2010 im vollen Umfang auf den Weg gebracht und die Rente mit 67 eingeführt.

Privatisierung: Die SPD hätte fast die Privatisierung der Bahn im Bundestag ermöglicht.

Bildung: Die sogenannte Föderalismusreform hat die große Ungleichheit der Chancen im deutschen Bildungswesen durch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Schulpolitik zementiert.

Krieg: Die SPD hat ihr Image als Anti-Kriegs Partei in Jugoslawien und Afghanistan verloren.

Kurzum: Die SPD war nicht mehr in der Lage, das sozialdemokratische Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der friedensorientierten Außenpolitik glaubwürdig zu verkörpern und den gewachsenen Partizipationsansprüchen der Menschen gerecht zu werden.

Die Menschen empfinden es nicht mehr als glaubwürdig, wenn ihre Parteimitglieder im Wahlkampf fortschrittliche Positionen an den Infoständen vertreten, weil die SPD über elf Jahren hinweg eine gegenteilige Politik verfolgte. Bei der SPD-Führungsspitze dieses Wahlkampfes handelte es sich um die Architekten der Agenda 2010, die in der öffentlichen Diskussion vor allem mit den Begriffen „Hartz IV“ und „Rente mit 67“ verbunden ist. Das haben die Wähler/innen nicht vergessen. Die Befürwortung der Bahnprivatisierung, der privaten Altersversorgung und der Deregulierung stehen stellvertretend für neoliberale Grundhaltungen, die weit in die SPD-Spitze hineinreichen. Zwei Drittel der angestammten SPD-Wähler/innen sind Untersuchungen zufolge der Ansicht, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. ►

Zudem besaß die SPD nie eine realistische Strategie, den Kanzler zu stellen. Die Wähler/innen hatten den Eindruck, die SPD ziele nur noch auf die Regierungsbeteiligung, bestenfalls als Juniorpartner in einer großen Koalition oder im Bündnis mit der neoliberalen FDP Westerwelles. Die Aussicht auf diese Machtoption nahm der Sozialdemokratie vollends die programmatische Glaubwürdigkeit und trug dazu bei, dass 2,1 Mio. potentielle SPD-Wähler demobilisiert wurden und nicht zur Wahl gingen. Die SPD ist damit nicht unwesentlich für den Rückgang der Wahlbeteiligung verantwortlich.

Einst galt die SPD als Partei, die etwas von Wirtschaft, von Konjunktursteuerung und aktiver Beschäftigungspolitik verstand. Die SPD war auch eine Anti-Kriegs-Partei. Durch die Politik der letzten elf Jahre haben wir auf diesen Politikfeldern die Meinungsführerschaft verloren.

All dies zeigt: Die Strategie der SPD ist komplett gescheitert. Sie hat im Grunde nicht verstanden, warum sie im Jahr 1998 an die Macht gewählt wurde und, was die Menschen von ihr erwarteten. Sie konnte deshalb auch nicht verstehen, warum sich während ihrer Regierungszeit immer mehr Menschen von ihr abwandten. Aus diesen Gründen braucht die SPD dringend eine Erneuerung. Wir brauchen an der Spitze der Partei Personen, die unsere Forderungen nach einer sozialen Reformpolitik glaubwürdig repräsentieren.

Zur Lage in der Partei

Um die gelebte Demokratie in der SPD ist es schlecht bestellt. Die Mitbestimmung innerhalb der SPD trägt bereits seit der Ära Schröder eher absolutistische Züge. Die Führungsriege betreibt lediglich Politik mit sich selbst und verkündet die Beschlüsse anschließend in den Medien. Es ist praktisch unmöglich, diese Beschlüsse Wochen oder Monate später auf den demokratischen Parteitagen abzulehnen. Wer der so vorgegebenen politischen Linie widersprach, wurde massiv unter Druck gesetzt. Auf Parteitagen beschwor man die Einheit der Partei und bedrängte die Delegierten. Kritische Stimmen gerieten zu Feinden der tonangebenden Parteiführung, die den Kritikerinnen und Kritikern vorwarf dem öffentlichen Ansehen der Partei zu schaden. Diese Kultur der Gutsherrenart und Basta-Politik, in der wenige den Kurs bestimmen und jeder Widerspruch gnadenlos ignoriert oder bestraft wird, muss endlich beendet werden! Zu häufig haben auch PR-Agenturen oder externe Beratergremien vorgegeben, welche Themen gesetzt und wie sie kommuniziert werden. Sie und der tonangebende Teil der Partei hielten den berechtigten politischen Unmut, der sich in einer beispiellosen Serie von Wahlniederlagen äußerte, lediglich für ein „Vermittlungsproblem". Legitimierte Parteigremien und die Basis müssen dagegen die Kärnerarbeit leisten, verlieren jedoch immer mehr an Einfluss.

Trotz der dramatischen Wahlniederlage setzt sich die beschriebene politische Kultur fort: Eine halbe Stunde vor Schließung der Wahllokale beschloss eine Führungsgruppe, dass Frank-Walter Steinmeier in das Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden rücken soll. Wenig später verkündet Steinmeier dies in den Medien. Statt zunächst über die künftige politische Grundrichtung zu diskutieren und anschließend das Personal zu wählen, legte man sich erst auf einen Kandidaten fest, der dann seinen Kurs vorgibt. Dies ist schlicht verrückt. Frank-Walter Steinmeier ist der Mann, aus dessen Kopf die Agenda 2010 stammt. Von ihm stammt die Idee, der Partei die einzige Machtoption bei der vergangenen Bundestagswahl zu nehmen: Nie und nimmer sollte mit der Linkspartei regiert werden. Er hätschelte die Illusion, mit der FDP vielleicht doch zu einer Koalition zu kommen. Mit der Wahl Steinmeiers hat sich die SPD-Fraktion schon zum Start in der Oppositionsrolle Fußfesseln angelegt. Gleich, welche Themen im Bundestag debattiert werden: Die schwarz-gelbe Regierung muss nur wenige Minuten im Archiv graben und ist in der Lage, Steinmeier mit seinen alten Positionen zu konfrontieren. Nur 12 der 144 SPD Abgeordneten haben Steinmeier nicht ihre Stimme gegeben.

Foto: www.fotolia.com, © GaToR-GFX

Die große Mehrheit hat dagegen noch nicht verstanden, dass wir nicht die bisherige Linie fortsetzen können.

Die Partei hat quasi ein ständiges Diskussionsverbot erhalten und sich schließlich auch gefügt, um nicht ständig gegen die Wand zu rennen. Dabei haben wir jedoch zehntausende von aktiven und passiven Mitgliedern verloren, die wir wohl nie wieder zurückgewinnen werden.

Die SPD muss mehr sein als ein Kanzlerwahlverein, der alle Entscheidungen aus der Befürchtung heraus mitträgt und abnickt, eine Führungsperson zu beschädigen, bei den Medien ein schlechtes Bild abzugeben oder die eigene Karriere zu belasten. Aufstrebende oder kritische Genossinnen und Genossen dürfen nicht mundtot gemacht werden, nur damit die Macht der Führungselite dauerhaft gesichert wird! Im Gegenteil, die Partei muss kritische Geister fördern, wenn wir eine Zukunft haben wollen. Von zentraler Bedeutung ist, bei den Entscheidungen alle Altersgruppen zu involvieren. Unsere politische Arbeit muss wieder nah an den Bürgern stattfinden und den Menschen vermehrt Gehör schenken. Dazu gehört auch die weitere Öffnung zu den anderen wichtigen kritisch-engagierten Gruppen unserer Gesellschaft.

Wir haben uns in diesem Jahr, trotz Bauchschmerzen durch diese Politik, solidarisch eingereiht, als es darum ging, die neue Parteiführung zu stützen und geschlossen in die Wahlkämpfe zu gehen. Doch die Solidarität mit der Partei an sich muss mehr umfassen als die mit einzelnen Personen oder Strukturen. Die ganze Partei sollte ausgiebig in den Prozess der Erneuerung mit einbezogen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die Neuausrichtung

Nach dem schlechtesten Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg braucht die SPD eine deutliche inhaltliche und personelle Erneuerung. Ein einfaches „Weiter-so" darf es nicht geben.

Wir haben massiv an Ansehen verloren, glaubwürdig für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit einzustehen. Hier brauchen wir eine Überprüfung unserer Positionen und unserer politischen Praxis.

Dabei kann das Hamburger Parteiprogramm eine hilfreiche Funktion einnehmen. Unter Kurt Beck mit breiter Beteiligung der Partei entstanden, finden sich dort die Pfeiler der notwendigen politischen Debatten.

Die in der Programmdiskussion kurz geübte offene Diskurspolitik muss wieder Bestandteil der innerparteilichen Kultur werden. Dafür müssen wir alle Strukturen der Partei nutzen. Dort wo innerparteiliche Strukturen auf Kosten der Diskussionsmöglichkeiten zerschlagen wurden, wie z.B. durch die Auflösung der vier Bezirke in NRW, müssen wieder funktionsfähige und übersichtliche Diskussions- und Entscheidungsstrukturen aufgebaut werden.

Wir müssen dabei wieder verstärkt andere gesellschaftliche Gruppen, auch Parteien, in unsere Diskussionen einbeziehen. Sie sind es, die unsere Diskussion befruchten.

Unsere Politik auf der Grundlage des Hamburger Programms kann jedoch nicht mit den gleichen Köpfen vermittelt werden, die persönlich und praktisch das Programm nie vertreten haben, teilweise für eine eher neoliberale Politik stehen und lieber weiter mit der CDU/CSU oder der FDP weitere Koalitionen eingegangen wären.

Wenn die Politik der Agenda 2010 das öffentliche Bild der Partei weiterhin bestimmt, ist eine Wiederprofilierung als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht möglich. Eine Strategie des Schweigens oder des innerparteilichen Burgfriedens zu den negativen Auswirkungen der Agenda 2010 ist der falsche Weg.

Wir brauchen Führungspersonen, die die Realität des Fünf-Parteien-Systems wahrnehmen und für eine andere, für eine linke Machtoption, stehen. Wir brauchen eine öffentliche Distanz zur Agenda Politik. Nur so können enttäuschte SPD Wähler/innen aus dem Lager der Nichtwähler/innen zurück gewonnen werden.

Programmatisch wird es nicht ausreichen, das Regierungsprogramm schlicht fortzuschreiben und die Regierung in Einzelfragen zu kritisieren. Die Sozialdemokratie muss wissen, für was sie steht. Und wichtiger noch, für wen sie steht. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion um die Strategie und Praxis. Es muss gelingen, die SPD als die Partei zu profilieren, die für soziale Gerechtigkeit, biografische Selbstbestimmung und für eine nachhaltige industrielle Entwicklung steht. Die Einkommens- und Vermögensverteilung erfordert eine verteilungspolitische Offensive der SPD.

Wir müssen das gegenseitige Ausspielen von Gerechtigkeits- mit Wachstumszielen beenden und deutlich machen: Die Gerechtigkeitslücke in Deutschland hat sich längst zu einer Blockade für die wirtschaftliche Prosperität in diesem Lande entwickelt. Gesellschaftliche Solidarität ist für uns deshalb nicht nur ein Korrektiv unerwünschter Nebenwirkungen einer ansonsten nicht zu beeinflussenden wirtschaftlichen Dynamik. Im Gegenteil: Wir setzen auf die Beteiligung aller Menschen am Arbeitsprozess, wir wollen ihre Kreativität und ihre Erfahrungen wieder nutzbar machen. **Kurzum:** Wir setzen auf einen „produktiven Sozialstaat".

Kern dieser Strategie ist einerseits die ökonomische und sozialstaatliche Absicherung individueller Lebensentwürfe. Das beginnt mit guter Bildung. Bildungspolitik muss die Reproduktion sozialer Ungleichheit in die nächste Generation verhindern. Wir wollen den Wunsch nach guter Arbeit befriedigen. Dies setzt gute Arbeitsbedingungen, aber auch Entwicklungs- und auch Karrierechancen voraus. Wir brauchen ein Netz der sozialen Sicherung, das nicht als Bedrohung, sondern als Hilfe wahrgenommen wird, individuelle Ziele auch umsetzen zu können.

Andererseits brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Staat als Motor nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Die Erfahrungen der letzten 11 Jahre zeigen: wirtschaftliche Prosperität erfordert einen aktiven Staat, dessen Rolle sich nicht auf die der Feuerwehr in Krisenzeiten reduzieren lässt. Es wird daher darum gehen, den Investitionsentscheidungen eines nicht steuerbaren Kasino-Kapitalismus ein Programm der demokratischen Investitionssteuerung entgegen zu setzen, mit welcher sich eine an den Zielen wirtschaftlicher Stabilität und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung umsetzen lässt.

Die erste Aufgabe des neuen Parteivorstandes besteht in der kritischen Aufarbeitung des Wahlergebnisses. Diese Aufarbeitung muss als offener Diskussionsprozess in der gesamten Breite der Partei organisiert werden und konkrete Ergebnisse bringen. Regionalkonferenzen mit Frontalreden wie in der Vergangenheit bergen dagegen die Gefahr von Alibiveranstaltungen. Zweitens muss der Parteivorstand sich an die Spitze einer Entwicklung stellen, welche die Partei selbst wieder zum Zentrum der politischen Debatten und Entscheidungen macht. Die Fraktion ist nicht der Kopf, sondern der Arm der Partei.

Wir wissen: Die Arbeit an der programmatischen und personellen Neuausrichtung wird schwer, aber sie lohnt sich! ■

Dr. Andreas Bach ist Unternehmer und Mitgesellschafter des spw-Verlags.
Hans-Joachim Olczyk ist Unternehmer und Mitglied der Geschäftsführung des spw-Verlags.
Eckhart Seidel ist Rechtsanwalt und Mitglied der Geschäftsführung des spw-Verlags.

20 Jahre spw-Förderverein:

Jubiläumstagung 27.-29. November 2009 in Hattingen

Es war im Juni des Wendejahres 1989, als der Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V. gegründet wurde. Ohne seine solidarische Unterstützung wäre ein einzigartiges Zeitschriftenprojekt der politischen Linken – die spw – heute nicht denkbar. In diesem Jahr feiert der Verein seinen 20. Geburtstag. Diese Jubiläum nimmt der Vereinsvorstand zum Anlass, die gemeinsame Arbeit zu feiern und den politischen Blick nach vorn zu richten – mit bekannten und kritisch-engagierten GenossInnen, Freunden und Gästen aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Presse.

Auf dem Programm steht ein Rückblick auf wichtige Etappen des Zusammenhangs von den 80er Jahren bis in die Gegenwart. Doch mit dem Rückblick allein begnügt sich die Tagung nicht. Dem Gründungsgeist des Vereins entsprechend, geht es vor allem um Fragen der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus und politische Perspektiven der Linken:

Ausgehend von einer Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl sollen deshalb die Chancen und Stolpersteine eines neuen Crossovers der politischen Linken über die Parteigrenzen hinweg in den Mittelpunkt gestellt werden. Darüber hinaus beleuchtet die Jubiläumstagung, wie biografische Selbstbestimmung unter den Bedingungen der neuen kapitalistischen Landnahme und sozialer Schließungen mittels einer emanzipativen Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik organisiert werden kann.

Als ReferentInnen werden u.a. Klaus Dörre, Björn Böhning, Franziska Drohsel, Horst Peter, Claudia Bogedan, Tom Strohschneider, Bettina Kohlrausch, Joachim Schuster, Thomas Westphal, Dieter Scholz, Uwe Kremer und Robert Zion erwartet.

► **Veranstaltungsort:**
Willi-Michels-Bildungsstätte Hattingen. **Programm und Anmeldung unter:** www.spw.de

Kampagne www.starkebasis.de zum Bundesparteitag der SPD

InitiatorInnen fordern Erneuerung von unten

Mit der Kampagne StarkeBasis, die der SPD-Stadtverband Göttingen gestartet hat, steht eine Internetplattform mit einem niedrigschwelligen Angebot zur Perspektivdebatte in der Partei nach den Wahlen bereit. Der Juso-Bundverband und andere Gliederungen, wie z.B. die SPD-Region Hannover, unterstützen die Idee. Jeder/e kann dort seine/ihre Erwartungen an die Partei offen einbringen, über die verschiedenen Meinungen frei diskutieren und sie bewerten. Das dort entstehende Meinungsbild soll auf dem Bundesparteitag im November präsentiert werden. Mitglieder und politisch Interessierte sind eingeladen, sich auf **www.starkebasis.de** an der Diskussion zu beteiligen. Die InitiatorInnen wollen im Vorfeld des Bundesparteitags „deutlich machen, dass der nun folgende Erneuerungsprozess keinesfalls mehr von einigen Wenigen beschlossen werden darf“ und fordern daher die Einbeziehung der Parteibasis.

Trotz der teils lebhaften Debatten und der Verbreitung von Aufrufen fühlen sich nach ihrer Einschätzung weite Teile der Partei „nur am Rande dieses beginnenden Erneuerungsprozesses stehend und sehen für sich keine Einflussmöglichkeiten“. Die Kampagne soll einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen.

StarkeBasis richte sich auch an Menschen, „die sich zuletzt – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr mit der SPD identifizierten.“ Man lade daher die Bevölkerung zum Dialog ein und frage nach Ihren Erwartungen an die Partei, um einen „ernsthaften Erneuerungsprozess“ zu beginnen.

► **www.starkebasis.de**

5 Fragen an... Christina Ujma

Christina Ujma

Foto: privat

Dr. phil. Christina Ujma, Wissenschaftlerin und Publizistin, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende 1986-88; journalistische Arbeiten zu Italien, England, Frauen, Kultur; Regelmäßige Beiträge in diversen Journalen zu Gegenwartsliteratur, zur italienischen, deutschen und englischen Linken, sowie zu AutorInnen des westlichen Marxismus; nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Marburg und Pisa von 1994-2008 Hochschuldozentin am Department „European Studies, Loughborough University, heute Dozentin an der Freien Universität Berlin. Veröffentlichungen u.a.: - Promotion mit der Arbeit Ernst Blochs Konstruktion der Moderne aus Messianismus und Marxismus. Erörterungen mit Berücksichtigung von Lukács und Benjamin (Metzler 1995). -Fanny Lewalds urbanes Arkadien, Studien zu Stadt, Kunst und Politik in ihren italienischen Reiseberichten aus Vormärz, Nachmärz und Gründerzeit (Aisthesis 2007)

spw: Du warst stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und bist bis heute politisch aktiv. Welche Unterschiede siehst Du in der politischen Kultur damals im Vergleich zu heute?

» **C.U.:** In meiner Juso-Bundesvorstandszeit haben die Vorsitzenden Brandt und Vogel den Stil geprägt, die SPD war ein relativ offener und diskussionsfreudiger Verein, der sich zusammen mit Partnern, wie den Gewerkschaften, für eine bessere und gleichere Gesellschaft einsetzte. Ohne die Vergangenheit zu idealisieren, muss man leider sagen, dass davon wenig geblieben ist. Die SPD wirkt heute gelegentlich don-quichottesk. Sie ist eine Partei, der die Mitglieder und WählerInnen im Rekordtempo davonlaufen, die sich aber die Krise nicht eingestehen mag, sondern gegen Windmühlen, d.h. alle kämpft, die die SPD Politik nicht mögen oder gegen sie Einspruch erheben. Dabei sind die strategisch-theoretische Ahnungslosigkeit und der Mangel an politischen Visionen wirklich beunruhigend. Der Verweis darauf, dass es den meisten Schwesterparteien in Europa auch nicht besser geht, kann da auch nicht beruhigen.

spw: Du bist heute Dozentin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Wie siehst Du die politische Kultur an den Hochschulen aus Sicht einer linken Sozialdemokratin und welche Rolle spielt dabei der Bologna-Prozess?

» **C.U.:** Das OSI ist ein munterer Ort, an dem es viele linke und theorie-interessierte Studierende gibt, aber es ist leider eine Insel innerhalb der Hochschullandschaft. Im Unterschied zu Italien und Großbritannien etwa, gibt es gerade in den Geisteswissenschaften kaum noch linke HochschullehrerInnen, ein Gesellschaftsbezug in den Kulturwissenschaften ist zum Exotikum geworden. Bologna hin, Bologna her, die Hauptprobleme der deutschen Unilandschaft haben sich nicht geändert. Das betrifft vor allem die Unterfinanzierung der Lehre, die Hybris vieler professoraler Lehrender und den Mangel an Frauen unter den festangestellten Lehrenden.

spw: Besondere Kenntnisse hast Du von den Verhältnissen in Italien und Großbritannien, wo Du gearbeitet hast und Dich häufig aufhältst. Siehst Du die Lage der Linken dort düster, wie sie sich uns hier bisweilen darstellt, oder gibt es einen Hoffnungsschimmer?

C.U.: Die Labour Party scheint mir eher als hoffnungsloser Fall, die neoliberale Orientierung, der Mitglieder- und Theorieverlust sind ja noch ausgeprägter als bei der SPD. Andererseits ist Labour weiterhin relativ eng mit den Gewerkschaften verbunden, was bei der Rückgewinnung eines sozialdemokratischen Politikverständnisses hilfreich sein mag. Um Italien mache ich mir vergleichsweise wenig Sorgen, allen Unkenrufen zum Trotz hat das Land die lebendigste und protestfreudigste Bewegungslandschaft Westeuropas und die theoretische Debattenkultur kann Neidgefühle hervorrufen. Zudem hat die Demokratische Partei gerade in einem basisdemokratischen Kraftakt ihren neuen Vorsitzenden bestimmt und dabei über 400.000 Mitglieder und fast 3 Millionen Unterstützer zur Stimmabgabe mobilisiert.

spw: Welche Lehre sollte die deutsche Sozialdemokratie aus der Entwicklung ihrer Schwesterparteien in den Nachbarländern ziehen?

C.U.: Die italienische Linke ist immer noch stark in der Kultur verankert, das verschafft ihr die Ausstrahlungskraft, die der SPD fehlt. Sie schafft es dabei auch Dissens auszuhalten und sich der Diskussion zu stellen. Bei allen Vorbehalten gegen New Labour muss ich sagen, sie haben die sozialen Belange der eigenen WählerInnenschaft immer fest im Blick gehabt, d.h. sie hat im Unterschied zur SPD Umverteilung nach unten betrieben, sowie die Gleichberechtigung von Frauen und MigrantInnen vorangetrieben. Zudem haben sie durch intensive sozialwissenschaftliche Fundierung ihrer Politik lange ihre Hegemonie erhalten können. Auch die SPD hätte dadurch so manchen Fehlschlag, z.B. die Hartz-Gesetze, vermeiden können.

spw: Schwerpunkte für Dich als Autorin sind u. a. Weimarer Republik und Exilliteratur und die Literatur des Vormärz. Welches sind Dir die wichtigsten Erkenntnisse, die Du Deinen LeserInnen vermitteln möchtest?

C.U.: Mich interessieren vor allem DenkerInnen und SchriftstellerInnen, die den Mut hatten gegen den Strom der Überlieferung zu schwimmen und die Grenzen des hergebrachten Denkens zu überschreiten. Dabei habe ich mich besonders mit der deutsch-jüdischen Tradition, der Frauenliteratur und kreativen Linksdenkern, wie Ernst Bloch, Walter Benjamin und Antonio Gramsci beschäftigt. Zudem interessiert mich auch die Grenzüberschreitung in ganz praktischer Hinsicht, in der Reiseliteratur und der Wahrnehmung eines anderen Landes, besonders Italiens. ■

Das Interview führte Thomas Gutsche.

■ Reiseliteratur des Vormärz

Als Vormärz gilt die Zeit zwischen dem Wiener Kongress und den europäischen Revolutionen von 1848. Berühmteste Autoren der Zeit waren Heinrich Heine und Ludwig Börne, aber auch der junge Karl Marx. Es war eine Zeit, in der die soziale Frage literarisch und publizistisch entdeckt wurde, aber auch die Zeit des erwachenden weiblichen Selbstbewusstseins, als wichtige Autorinnen wie Fanny Lewald ihre ersten großen Erfolge feiern konnten. Neben dem politischen Aufbruch, brach man auch gern auf, um der deutschen Misere für eine Weile zu entkommen, die Situation in Nachbarländern zu studieren oder einfach, um ein bisschen Kunst und Sonne zu tanken, weshalb die Reiseliteratur im Vormärz eine besondere Rolle spielt.

Nachzulesen in: **Wege in die Moderne.** Reiseliteratur von Schriftstellerinnen und Schriftstellern des Vormärz, hrsg. v. Christina Ujma, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2009

Top of the Hubs.

Frankfurt Airport – erfolgreich durch Teamgeist, Technik und Präzision.

Täglich konzentrieren wir alle Kräfte darauf, dass zwischen Landung und Start alles reibungslos läuft. Deshalb bietet Fraport das komplette Spektrum der Airport-Dienstleistungen und die Experten, die wissen, worauf es ankommt. Wir sorgen dafür, dass die komplexen logistischen Prozesse nahtlos ineinander greifen und garantieren Effizienz auf höchstem Niveau, von der Apron-Control bis zum Ground Handling. Auf diese Spitzenleistungen können Sie vertrauen – auch über den Flughafen Frankfurt hinaus.

Sprechen Sie uns an: marketing@fraport.de
www.fraport.de

Fraport. The Airport Managers.

Fraport